

UM/BRUCH

Möglichkeiten und Grenzen der Mitgestaltung in
der ostdeutschen Transformationsgesellschaft
1989 bis 1994. Teil 1

UM/BRUCH

Möglichkeiten und Grenzen der Mitgestaltung in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft 1989 bis 1994. Teil 1

Christian Faludi (Hg.)

Inhalt

1	Einleitung <i>Christian Faludi</i>
2	Initiativplan Demokratieggeschichte/Ost
4	1989–1994 als Lernfeld demokratischer Praxis
4	Thementage als Resonanzräume
5	Dokumentation als Transfer
7	Orte, Themen, Lernpunkte
9	Querlinien
10	Demokratiegeschichtlicher Werkzeugkasten
12	Verfassungsfragen <i>Marc Bartuschka</i>
12	Historische Einordnung
15	Der Thementag im Stadtmuseum Halle (Saale)
20	Einordnung und Bewertung
24	Literatur
25	Industriekultur <i>Leona Ludwig</i>
25	Historische Einordnung
27	Der Thementag im ehemaligen Muskator-Werkraum in Riesa
32	Reflexion
35	Literatur
36	Urlaubskultur <i>Margarete Puhl</i>
36	Historische Einordnung
40	Die Thementage in der Humunkulus Figurensammlung in Vitte
44	Reflexion
46	Literatur
47	Fluchtgeschichten <i>Sarah Traub</i>
47	Historische Einordnung
48	Fluchtbewegungen 1989
49	Das Notaufnahmefager Gießen
50	Gießen im Jahr 1989 – Ausnahmezustand
51	Der Thementag im Notaufnahmefager in Gießen
56	Reflexion
59	Literatur
60	Queere Bewegung <i>Lena-Marie Forkel</i>
60	Historische Einordnung
63	Die Thementage im Sonntags-Club und der Gedenkstätte Berliner Mauer in Berlin
67	Reflexion
69	Literatur
70	Netzwerk und Danksagung

1

Einleitung

Christian Faludi

Dreieinhalb Jahrzehnte nach der Friedlichen Revolution sind die Jahre 1989/90 im öffentlichen Gedächtnis vielfältig präsent – als gewaltarmer »Systemsturz«, als emotional aufgeladener »Aufbruch«, als »Wende« und »Vereinigung«, als »Übernahme« und »Einheit«; immer in ikonischen Bildern verdichtet, und selten frei von Widersprüchen. Weniger sichtbar ist hingegen, was danach kam: die Phase, in der Demokratie nicht nur erkämpft, sondern im Alltag eingerichtet, geprüft und immer wieder neu ausgehandelt werden musste – unter Bedingungen radikaler ökonomischer, sozialer und institutioneller Umbrüche. In genau diesem Zwischenraum – zwischen Aufbruch und Überforderung, zwischen neuen Freiheitsversprechen und biografischen Zumutungen – aber liegen die Erfahrungen, die bis heute die Selbstbilder, Konfliktlinien und Erwartungen in Ostdeutschland und im vereinigten Deutschland prägen.

Das Projekt »UM/BRUCH. Möglichkeiten und Grenzen der Mitgestaltung in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft 1989 bis 1994« setzt hier an: Es rückt die frühen 1990er Jahre als demokratiegeschichtliches Lernfeld in den Mittelpunkt und fragt nach Handlungsspielräumen, nach Aushandlungsformen und nach den Bedingungen, unter denen Mitbestimmung möglich war – oder scheiterte. Und es fragt nach den Kontexten in den langen Linien der Transformationszeit ab Mitte der 1980er Jahre sowie nach dem, was bis heute bleibt.

Die Leitidee ist dabei ausdrücklich nicht, die historische Phase zu »befrieden« oder ein einheitliches, teleologisches Erinnerungsbild einer Meistererzählung zu erzeugen. Vielmehr sollen Ambivalenzen, Konflikte und unterschiedliche Erfahrungslagen sichtbar bleiben. Erklären sie doch, warum die Transformationsjahre bis heute politisch, emotional und kulturell so intensiv nachwirken.

Der folgende, einleitende Text führt in die Entstehungslinien des Projekts ein, skizziert das zugrundeliegende Verständnis von Demokratiegeschichte als Ressource gegenwärtiger Selbstwirksamkeit und erläutert den Zweck des vorliegenden GEDG-Papers, das Teil eines breit angelegten Projektdesigns ist. Nicht zuletzt soll das im Dialog an authentischen Orten gewonnene und multimedial aufbereitete Wissen in nachhaltige Lehr- und Lernressourcen übersetzt werden, die nicht am Veranstaltungstag enden, sondern in Bildung, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft weiterarbeiten können.

Initiativplan Demokratiegeschichte/Ost

Das UM/BRUCH-Projekt ist kein isoliertes Vorhaben. Vielmehr fügt es sich zugleich in eine ganze Reihe von Projekten ein, die 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution eine gewisse Konjunktur erleben und ist darüber hinaus die Folge von institutseigenen Vorarbeiten. Es ist die

Im Fokus: Staatsminister Carsten Schneider im Gespräch mit dem Publikum während der Präsentation des von der GEDG erarbeiteten »Initiativplans Demokratiegeschichte/Ost« anlässlich des Jubiläums »35 Jahre Zentraler Runder Tisch« im Bonhoeffer-Haus in Berlin, 4. Dezember 2024. Die Veranstaltung bildete zugleich den Auftakt zum UM/BRUCH-Projekt (C. Faludi / GEDG)



praktische Fortsetzung eines zuvor angelegten Orientierungspunktes: des »Initiativplans Demokratiegeschichte/Ost«.¹ Die seinerzeit entstandene Publikation, die zugleich die erste Folge der Paper-Reihe bildet, entstand ab Frühjahr 2023 im Auftrag des Staatsministers beim Bundeskanzler und Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, Carsten Schneider, mit dem Ziel, einen Überblick über zentrale Kapitel ostdeutscher Demokratiegeschichte zu erarbeiten, Leerstellen zu markieren, potenzielle Kooperationspartner zu benennen und Anregungen zu formulieren, wie Demokratiegeschichte im Sinne einer Stärkung demokratischer Identität besser sichtbar gemacht werden kann.

Schon die Struktur des Initiativplans machte deutlich, dass ostdeutsche Demokratiegeschichte nicht auf 1989 zu reduzieren ist. Der Plan verstand Demokratiegeschichte als langes, vielfach gebrochenes Ringen um Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und politische Mitbestimmung – mit Spuren, die bis in die frühe Neuzeit zurückreichen, und mit Gründungsmomenten, die Ostdeutschland immer wieder zu einem zentralen Schauplatz demokratischer Bewegungen machten. Zugleich formulierte der Initiativplan eine Diagnose, die für die spätere Entwicklung von Folgeprojekten entscheidend wurde: Jenseits einiger prominenter Ereignisse und Personen spielt das ostdeutsche demokratiegeschichtliche Erbe im öffentlichen Bewusstsein häufig nur eine marginale Rolle – und genau dies sollte sich ändern, und zwar weit über den Blick auf 1989 hinaus.

Methodisch war der Initiativplan von Beginn an auch als ein Netzwerkprojekt gedacht. Neben Literatur- und Quellenarbeit wurden in Workshops und im Austausch mit zahlreichen Einrichtungen und Akteuren der Forschung und Vermittlung demokratiegeschichtlicher Inhalte Leerstellen, Konfliktfelder und Anschlussmöglichkeiten ausgelotet. Auch dieser inklusive Ansatz sollte im Folgeprojekt eine Rolle spielen.

In der Finalisierung wurde die Argumentation durch Impulse aus Fachöffentlichkeit und Vermittlungspraxis geschärft; der Plan lag im

1 — Marc Bartuschka: Initiativplan Demokratiegeschichte/Ost (=GEDG Paper #1), Weimar 2024.

Im Austausch: Stephan Hilsberg in der Podiumsdiskussion zur Geschichte und Relevanz des Zentralen Runden Tisches an seinem ersten Tagungs-ort mit Nine-Christine Müller, Juliane Baruck und Gesine Oltmanns, 4. Dezember 2024 (C. Faludi /GEDG)



November 2024 druckfertig vor – als erstes chronologisches Gesamtresümee über mehr als 500 Jahre ostdeutscher Demokratiegeschichte, verbunden mit dem Anspruch, Impulsgeber für künftige Projekte zu sein und die Förderung demokratiegeschichtlicher Initiativen zu verstetigen.

Die Abschlusspräsentation des Initativplans am historischen Ort des Zentralen Runden Tisches – im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Berlin – 35 Jahre nach dessen erster Zusammenkunft verdichtete diese Programmatik und gab einen Fingerzeig für das kommende Vorhaben. Der Abend am authentischen Ort mit Rede, Zeitzeugen-Podiumsdiskussion und Empfang wurde gemeinsam von dem Arbeitsstab des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland und der GEDG gestaltet. Der Initativplan wurde vorgestellt und zugleich in eine Debatte über demokratische Verfahren »damals und heute« übersetzt; die Veranstaltung verband wissenschaftliche, zivilgesellschaftliche und politische Perspektiven mit Zeitzeugenarbeit und markierte den Ort – in Kooperation mit der Bundesstiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte – als Teil der »Orte der deutschen Demokratiegeschichte«. Der Initativplan selbst wurde dabei bewusst als offen angelegter Impuls verstanden: Frei zugänglich, soll er Vernetzung fördern und bleibt – wie das während seiner Erstellung geknüpft Netzwerk – anschlussfähig für neue Anregungen.

In dieser Logik liegt die Brücke zum UM/BRUCH-Projekt. Der Initativplan zeigte nicht nur »was« erzählt werden könnte, sondern machte auch sichtbar, dass Erinnerung dort besonders wirksam wird, wo Menschen sich als Teil einer demokratischen Geschichte erfahren – nicht nur als Adressaten von Deutungen. Daraus folgt ein praktischer Anspruch: Demokratiegeschichte muss erfahrbar werden, als gelebte, konflikthafte Praxis, die an konkreten Orten stattfindet. »UM/BRUCH« ist die Umsetzung dieses Anspruchs im Modus einer projektförmigen, partizipativen und mediengestützten Arbeit – als Fortsetzungsprojekt, das Handlungsempfehlungen aus dem Initativplan praxisnah aufnimmt.

1989–1994 als Lernfeld demokratischer Praxis

Das Projekt setzt bewusst bei den Jahren 1989 bis 1994 an und macht die Runden Tische als zentrale Fixpunkte zum Ausgangspunkt. Es folgt der Einsicht, dass diese Gremien als Brückeninstitutionen den friedlichen Systemwechsel mit strukturierten, Freiräume der Aus-handlung eröffneten und eine Kultur des Mitbestimmens in Städte und Gemeinden trugen. In dieser Perspektive sind die frühen 1990er Jahre keine »Nachgeschichte«, sondern die Phase, in der sich Demokratie praktisch bewähren musste: Föderalisierung, freie Wahlen, neue Verwaltungen, radikale wirtschaftliche Umstrukturierung, biografische Brüche – und zugleich die Erprobung von Freiheit, Teilhabe, Organisationsgründungen und Unternehmungen in allen Bereichen des Alltagslebens. Das Projekt reagiert damit auch auf verkürzende Gegenwartsdiagnosen, in denen die Transformationszeit entweder als Erzählung kollektiver Niederlage oder als Defizitgeschichte »der Ostdeutschen« verhandelt wird. Statt pauschaler Zuschreibungen rückt »UM/BRUCH« konkrete Demokratisierungserfahrungen ins Zentrum und fragt: Wo entstanden Handlungsspielräume? Wie wurden sie genutzt? Welche Konflikte wurden verhandelt – und welche blieben unbearbeitet?

Der Blick auf Alltagserfahrungen bildet dabei keinen gefällig-narrativen Zugang, sondern einen analytischen: Denn gerade im Alltag zeigen sich die konkreten Übersetzungsprobleme von Freiheit in Verfahren, von Rechten in Praxis, von institutionellen Reformen in Lebenswelten. Leitend sind daher Fragen, die historisch präzise und gegenwartsbezogen anschlussfähig sind: Was war im ersten Jahrfünft nach 1989 wirklich verhandelbar – und wo lagen strukturelle Grenzen? Welche Arrangements der Mitbestimmung entstanden, welche scheiterten, welche wurden in veränderten Formen weitergeführt? Wie gingen Menschen mit Zumutungen um, die sie nicht (selbst) gewählt hatten, und welche Ressourcen der Selbstorganisation entwickelten sie dennoch? Und schließlich: Wie lassen sich historische Erfahrungen produktiv in heutige Transformationsarenen übersetzen – von Arbeitswelten und Strukturwandel über Infrastruktur- und Umweltkonflikte bis zu Anerkennungs- und Gleichheitsfragen?

Wichtig ist dabei auch eine räumliche Öffnung. Das Projekt arbeitet in der Fläche und bezieht bewusst westdeutsche Bezugspunkte ein, um Migrations- und Transformationsbewegungen zwischen Ost und West sichtbar zu machen und die ostdeutschen Erfahrungen in eine gesamtdeutsche Lernschleife zu integrieren. Diese Erweiterung ist nicht nur historisch naheliegend, sondern politisch bedeutsam: Sie unterläuft die Vorstellung, Transformation sei »ein Ostproblem«, und zeigt, wie sehr die Umbruchszeit 1989/90 auch westdeutsche Institutionen, Kommunen und Biografien herausforderte und zukünftig gesamtdeutsch herausfordern wird – etwa als Aufnahmegesellschaft, als Arbeitsmarkt, als Verwaltungsraum, als öffentlicher Diskurs, sprich: als sich zunehmend rasanter vollziehende Veränderung insgesamt.

Thementage als Resonanzräume

Den Kern des Projekts bilden Thementage an authentischen Orten. Das Format ist bewusst vielfältig gebaut: offene Beteiligung und fachliche Einordnung, subjektive Erinnerung und historisches Kon-

textwissen, lokale Konflikte und überregionale Linien werden miteinander verschränkt. So entsteht ein Resonanzraum, in dem Zeitzeugen, junge Engagierte, lokale Initiativen, Forschende und politisch Agierende ihre Perspektiven darlegen und miteinander in Beziehung setzen.

Dramaturgisch bildet ein Erzählcafé das Zentrum: als Werkstatt der Erinnerungen und Haltungen, niedrigschwellig, dialogisch, auf Augenhöhe. Es wird flankiert von einer öffentlichen Podiumsdiskussion, die in einem dialogischen Setting die Grenze zwischen Bühne und Publikum bewusst aufhebt. Gemeinsam zielen beide Formate darauf, Möglichkeiten und Grenzen der Mitgestaltung sichtbar zu machen – also jene Momente, in denen Menschen (oder Institutionen) tatsächlich entscheiden, verhandeln, moderieren, improvisieren, blockieren oder neu verbinden konnten. Dass die Formen der Beteiligung selbst zum Gegenstand werden, gehört zum methodischen Kern: »UM/BRUCH« will nicht allein die Demokratie(-Geschichte) rückblickend thematisieren, sondern im Prozess auch demokratische Gesprächsformen praktisch selbst erproben und auswerten.

Wesentlich ist die Präsenz vor Ort über die öffentlichen Veranstaltungen hinaus. Das Projektteam bleibt jeweils über mehrere Tage, um Interviews – bewusst auch mit nicht prominenten Stimmen – zu führen. Die mediale Dokumentation ist integraler Bestandteil des Gesamtprojekts: Podien werden aufgezeichnet und kuratiert, Interviews werden in Kurzclips und Podcast-Feature übersetzt, die O-Töne montieren und in moderierten Erzählungen bündeln. Dadurch entsteht gewissermaßen ein Kreislauf aus Wissensgewinnung, -sicherung und -vermittlung, der die Wirkung über das jeweilige Ereignis hinaus verstetigt.

In dieser Praxis versteht sich das Projektteam als Kurator und Ermöglicher: Es strukturiert, professionalisiert die Dokumentation, liefert Brücken zur Forschung und gibt Ortspartnern Sichtbarkeit, Handwerkszeug und Anschluss an ein wachsendes Netzwerk im thematischen Spektrum der Veranstaltungstage. Der Projekterfolg bemisst sich daher nicht nur an Besucherzahlen, sondern an Diversität und Tiefe des Erfahrungstransfers, an Tragfähigkeit der Kooperationen und an der Nutzung der Medienprodukte – flankiert von qualitativen Rückmeldungen und laufender methodischer Reflexion. Kurzum: »UM/BRUCH« ist ein nachhaltiges Mitmachprojekt, das vielfältige Zugangs- und Nutzungsangebote schafft.

Dokumentation als Transfer

Das vorliegende Paper ist Bestandteil dieses Verstetigungsanspruchs, und es beschreibt einen Perspektivwechsel: Die Publikation soll nicht nur dokumentieren, was gemacht wurde, sondern die historische Einordnung mit einer übergreifenden methodischen Reflexion verbinden – und sich ausdrücklich als Transferinstrument an Bereiche der Vermittlung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft richten. Kern ist die Auswertung aller Thementage und Formate (Podien, Erzählcafés, Interviews), ergänzt um kontextualisierende Beiträge zu politischen, sozialen und regionalspezifischen Rahmenbedingungen der Transformationszeit 1989–1994. Damit folgt dieses Heft im Rahmen der gesamten Produktpalette des Projekts drei miteinander verschränkten Logiken:

Erstens: Sichtbarmachen. Die Produkte des Projekts machen lokale/regionale und thematische Perspektiven zugänglich, die in nationalen Erzählungen über 1989/90 oft unterbelichtet bleiben. Dabei wird sichtbar, dass Transformationsgeschichte nicht monolithisch ist, sondern aus vielen, teils widersprüchlichen Erfahrungsräumen besteht – und dass gerade diese Vielstimmigkeit einen demokratiegeschichtlichen Wert besitzt.

Zweitens: Kontextualisieren. Jeder Beitrag (Audio, Video und Print) verbindet Zeitzeugenperspektiven und lokale Konfliktlinien mit historischer Einordnung. Das Projekt übersetzt die Verdichtung des Veranstaltungstages (Erzählungen, Deutungen, Konflikte, Fragen) in seinen Produkten in eine nachvollziehbare Erzählung, die auch ohne »dabei gewesen zu sein« anschlussfähig ist. Dadurch entsteht nicht nur (dokumentierte) Erinnerung, sondern auch ein Orientierungsangebot – etwa für ähnliche Vorhaben.

Drittens: Nachnutzbar machen. Das Projekt ist mit seinen vielfältigen Inhalten medienübergreifend angelegt: Speziell im Paper verweisen etwa QR-Codes auf ausgewählte Veranstaltungs- und Interviewclips sowie Feature-Podcastfolgen; Fotos illustrieren und bieten einen erleichterten Zugang; Zitierhinweise und Verweise auf weiterführende Materialien fördern Anschlussmöglichkeiten. Schlussendlich ist dieses Paper zum Projekt selbst Teil einer größeren Auswertungsarchitektur im Druckformat: Neben den Porträts und Berichten, die zentrale Aussagen aus Erzählcafés und Podien bündeln, entsteht perspektivisch durch weitere Paper-Folgen eine analytische Verdichtung, die die Vielschichtigkeit der historischen Kontexte beleuchtet und die im Projekt erprobten Beteiligungsansätze systematisch auswertet und deren Fortentwicklung nachvollziehbar macht – von Moderationsdesigns über Barrierefreiheit bis zu Ansprachekanälen und Partnerstrukturen. Damit soll transparent werden, unter welchen Bedingungen Teilhabe in historisch-politischer Bildung gelingen kann, wo Irritationen auftreten und wie sich aus Erfolgen und aus Scheitern belastbare Empfehlungen ableiten lassen.

Diese Transferlogik wird bereits in den bisherigen Projektstationen praktisch umgesetzt. Den Auftakt des Projekts bildete demgemäß ein Workshop im Stadtmuseum in Halle (Saale), in dem das Projektteam mit potenziellen Partnern sowie Expertinnen und Experten über die Möglichkeiten und Grenzen des Vorhabens diskutierte. Eine wesentliche Erkenntnis des Treffens – neben vielen diskutierten Detail- und Fachfragen – bestand darin, dass das Projektvorhaben nur dann seine gesamte Wirkung entfalten kann, wenn es mehrjährig durchgeführt wird. Kurze Zeit später fand in derselben Stadt der erste Thementag statt, bei dem erstmals Material für weitere Formate generiert wurde – kurze Filmclips, eine vollständige Aufzeichnung der Podiumsdiskussion und Bausteine für das Podcast-Feature, das als »Ankerpunkt« der Publikationen zur Popularisierung beitragen und niedrigschwellig ein breites Publikum erreichen soll. Gleiche Medienpfade wurden anschließend auch an weiteren Orten beschritten, um die Dialoge zu sichern, zugänglich zu machen und zur Nachnutzung zu qualifizieren.

Die Paper-Folge ist insgesamt betrachtet kein Begleitmaterial »nebenbei«, sondern Teil einer Strategie: Historische Erfahrungen der Transformationszeit werden als Lernstoff verfügbar gemacht – nicht museal, sondern als Ressource für heutige Auseinandersetzungen über Teilhabe, Konfliktbearbeitung und demokratische Selbstwirksamkeit.

Im Dialog: Themeninsel zur Industriekultur mit Zeitzeugen in der Ausstellungswerkstatt der Elbland-Kunsthalle in Riesa, 26. August 2025
(C. Faludi/GEDG)



Orte, Themen, Lernpunkte

Das hier vorliegende Heft versammelt Beiträge zu mehreren Themenlagen, die das thematische Spektrum des Projekts erkennbar werden lassen. Gemeinsam ist ihnen die Frage nach Mitgestaltung; aber jede Station erschließt sie in einem anderen Erfahrungsraum, mit eigenen Konfliktlagen und Lernpunkten:

Halle (Saale): Verfassungsfragen und der Möglichkeitsraum 1990

Nicht zufällig fand der Auftakt in Halle (Saale) statt: Als Standort des künftigen Zukunftszentrums Deutsche Einheit und Europäische Transformation bietet die Stadt einen aktuellen Bezugspunkt zur Frage, wie gesellschaftliche Umbrüche institutionell begleitet und öffentlich verhandelt werden. Der Auftakt nahm daher ein Thema in den Blick, das wie kaum ein anderes für demokratische Gestaltung steht: das Ringen um eine Verfassung. Schon die erste Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 7. Dezember 1989 setzte sich die Erarbeitung einer neuen Verfassung zum Ziel; die anschließende Arbeitsgruppe legte im Frühjahr 1990 einen Entwurf vor, der – wenn auch verworfen – bis heute einen Fixpunkt in der Erinnerung der Beteiligten bildet.

Das UM/BRUCH-Projekt greift diese Spur auf, weil sie einen kaum erinnerungskulturell-kollektiv verankerten Marker setzt und weil sie hilft, die Einigungsgeschichte als Kontingenzraum zu lesen: Was hätte anders verlaufen können? Welche Vorstellungen von Grundrechten, Teilhabe und Staatlichkeit standen im Raum? Und was bedeutet es für die heutige Demokratie, wenn Alternativen historisch »unsichtbar« werden?

Riesa: Industriekultur zwischen Deindustrialisierung, Identität und neuen Aushandlungsformen

Die Station Riesa rückte die Industriekultur als Brennpunkt der frühen 1990er Jahre ins Zentrum. Zwischen 1989 und 1994 wurde das DDR-Wirtschaftssystem innerhalb kurzer Zeit in eine marktwirtschaftliche Ordnung überführt; Privatisierungen, Sanierungen und Schließungen griffen tief in lokale Strukturen ein. In Riesa, einer Stadt, deren so-

ziale und kulturelle Infrastruktur eng mit dem Stahl- und Walzwerk verbunden war, sind diese Umbrüche bis heute als biografische und städtische Zäsur erfahrbar. Der Thementag verband Erzählcafé und Podiumsdiskussion in der Elbland Kunsthalle Riesa – einem Ort, der als ehemaliges Heizhaus eines Kraftfuttermischwerks die industrielle Vergangenheit nicht nur thematisch, sondern auch räumlich erfahrbar machte.

Im Zentrum stand die Frage, wie Industriekultur als fortlaufender Aushandlungsprozess verstanden werden kann: nicht als »fertiges« kollektives Bild, sondern als Konflikt- und Verständigungsraum, in dem Erinnerung, Stadtentwicklung und soziale Gerechtigkeit miteinander ringen.

Hiddensee: Urlaubskultur, »sanfter Tourismus«
und die Politik des Ortes

Mit den Thementagen auf Hiddensee (im Figurentheater Homunkulus in Vitte) verschiebt sich der Blick in einen Erfahrungsraum, der in Transformationsnarrativen selten zentral steht: die Urlaubskultur. Das Reisen war in der DDR stark reglementiert und zugleich staatlich subventioniert; Tourismus erfüllte soziale und politische Funktionen, und gerade Hiddensee war zugleich begehrte Urlaubsregion des Individualtourismus und Grenzraum, in dem Kontrolle und Freiraum auf besondere Weise verschränkt waren.

Ziel der Thementage war es, die Transformation des Tourismus in den frühen 1990ern zu diskutieren: Was änderte sich – und wie wurden diese Veränderungen gestaltet und erfahren? Die historische Einordnung zeigt dabei, wie lokale Mitgestaltung (so etwa »sanfter Tourismus«, Baustopps, kommunale Regelungen) mit neuen Eigentumsregimen und Investorenlogiken kollidierte – und wie sich Handlungsspielräume in einem hochsymbolischen Raum zwischen Natur, Infrastruktur und Ökonomie formierten.

Berlin: Queere Bewegung als Transformationsgeschichte
der Emanzipation

Der Thementag »Queere Bewegung« (im Sonntags-Club und in der Gedenkstätte Berliner Mauer) erweiterte das UM/BRUCH-Projekt um eine Perspektive, die in Transformationsdebatten häufig marginalisiert bleibt, obwohl sie zentrale demokratische Aushandlungen berührt: Rechte, Anerkennung, öffentliche Sichtbarkeit und Schutz vor Diskriminierung. Historisch zeigt sich, dass die Umbruchszeit für queere DDR-Bürger ambivalent war: Sie eröffnete neue Möglichkeiten der Organisationsgründung und politischen Mitgestaltung, brachte aber auch neue Herausforderungen durch die Übernahme bundesdeutscher Rechtslagen und durch den sozialen Strukturwandel.

Der Thementag hatte das Ziel, mit Zeitzeugen und Experten einen *queeren Blick* auf die Umbruchszeit zu werfen und Gestaltungsmöglichkeiten wie Herausforderungen für queere Emanzipationsarbeit zu diskutieren – auch als bewusste Gegenstrategie zu gegenwärtig lauter werdenden queerfeindlichen Diskursen. Damit rückte die Station Berlin eine Demokratiegeschichte der Gleichheit und Anerkennung in den Mittelpunkt, die bis heute in Verfassungs- und Rechtsdebatten nachwirkt.

Gießen: Fluchtgeschichten, Aufnahmegesellschaft und der westdeutsche Erfahrungsraum

Mit der Station im ehemaligen Notaufnahmelager Gießen öffnete das Projekt den Raum bewusst über Ostdeutschland hinaus. Flucht, Migration und Neuanfang im Westen sind zentrale Erfahrungsdimensionen der Umbruchszeit; sie prägen nicht nur den Zusammenbruch der DDR, sondern auch die Transformationsprozesse der frühen 1990er Jahre weit über den nationalen Rahmen hinaus.

Der Thementag »Fluchtgeschichten« nahm die »doppelte Transformationsgeschichte« von Geflüchteten in den Blick: Für alle Geflüchteten begann der Umbruch spätestens mit der Flucht selbst; nach 1989 erlebten sie eine zweite Zäsur, als sich ihre Herkunftsgesellschaft grundlegend wandelte – nun aus der Perspektive eines neuen Sozialraums. Der Ort wurde dafür nicht zufällig gewählt: Als historischer Lern- und Erinnerungsort verbindet er Verwaltungsgeschichte, Migrationsgeschichte und Demokratiegeschichte und ermöglicht einen Zugang, der zugleich institutionell und biografisch ist.

Querlinien

Bei aller thematischen Breite lassen sich über die Thementage hinweg gemeinsame Querlinien erkennen, die den roten Faden des Projektes und damit auch dieses Heftes bilden. So wird deutlich, dass *Mitgestaltung* selten als abstraktes Recht erinnert wird, sondern als konkretes Set von Verfahren, Orten und Rollen: Wer darf sprechen? Wer moderiert? Wer setzt Themen? Welche Regeln und Kontexte strukturieren das Gespräch? Gerade die Arbeit auf verschiedensten Ebenen mit Einzelinterview, Erzählcafé und dialogischem Podium macht diese Verfahren sichtbar und damit auch ihre Grenzen – etwa dort, wo Zugänge fehlen. Dass das Projekt auch Moderationsdesigns, Barrierefreiheit, Ansprachekanäle und räumliche Setzungen als Bedingungen gelingender Teilhabe diskutieren will, ist deshalb mehr als *Methodik*: Es ist wesentlicher Kern.

Ferner zeigen die Stationen, wie sehr Transformation räumlich verankert ist. Industriehalle, Insel, Vereinsräume, Gedenkstätte, Aufnahmelager – all diese Orte sind keine neutralen Bühnen. Sie speichern Konfliktgeschichten, Machtordnungen und Erwartungen; zugleich eröffnen sie symbolische und praktische Ressourcen, um über Vergangenheit zu sprechen, ohne sich in Abstraktionen zu verlieren. Dass das UM/BRUCH-Projekt Orte als Erinnerungslandschaften und zugleich als Projektionsflächen aktueller Auseinandersetzungen versteht, ist daher ein zentrales Strukturprinzip aller Maßnahmen.

Überdies arbeitet das Projekt konsequent gegen die Tendenz, Transformationsgeschichte auf Gewinner- und Verliereretiketten zu reduzieren. In den Gesprächen treten Leistungen, Enttäuschungen, Improvisationen und Brüche nebeneinander – oft in denselben Biografien. Gerade diese Ambivalenzen sind vielsagend: Sie zeigen, warum bis heute um Deutung, Anerkennung und Gerechtigkeit gerungen wird, und sie verdeutlichen zugleich, dass demokratische Selbstwirksamkeit nicht erst *nach der Stabilisierung* beginnt, sondern häufig genau in Phasen hoher Unsicherheit erprobt wird.

Im Werkraum: Im Zeitzeugeninterview berichtet der ehemalige Pfarrer im Notaufnahmelager Gießen, Matthias Leschhorn, der GEDG-Mitarbeiterin Margarete Puhl (GEDG) und Johannes Romeyke (musealis) von seinen Erfahrungen. Dahinter dokumentiert Leona Ludwig (GEDG) für die Öffentlichkeitsarbeit, 4. Dezember 2025 (C. Faludi/GEDG)



Demokratiegeschichtlicher Werkzeugkasten

Das hier vorliegende Paper als Teil der Produktpalette führt vor, wie das UM/BRUCH-Projekt Transformationsgeschichte lesbar macht: als Geschichte von Erwartungen und Enttäuschungen, von Konflikten und Kompromissen, von Handlungsmacht und Begrenzung. Das Projekt lässt Leistungen erkennbar werden, ohne Brüche zu beschönigen; es benennt Enttäuschungen, ohne sie in Ohnmachtserzählungen zu fixieren; und es macht Konflikte verhandelbar, indem es sie an Orte, Biografien und konkrete Praktiken demokratischer Aushandlung bindet. Auf praktischer Ebene analysieren die Teammitglieder auf den folgenden Seiten die einzelnen Thementage, fragen nach Erfolg und Misserfolg methodischer Ansätze und der Resonanz des Publikums im authentischen Raum.

Dieser Blick in das Projekt liefert kein abgeschlossenes Urteil über »die Transformationszeit«, sondern einen Werkzeugkasten an Erzählungen, Kontexten und methodischen Erfahrungen, der für weitere Projekte, für Bildungsarbeit und für lokale Demokratiepraxis nutzbar ist. Die gewonnenen Erfahrungen – mit dokumentarischen Orts- und Formatporträts, analytischen Teilen zur Auswertung der Beteiligungsansätze – bilden hierfür den Rahmen. Fernerhin legt dieses Heft zugleich die Grundlage für die Fortführung des Projekts, indem es die im zurückliegenden Zeitraum erarbeiteten Perspektiven nachvollziehbar zusammenführt und für Anschlussdebatten öffnet.

Für das vollständige Bild soll zum Abschluss noch einmal auf die weiteren Produkte verwiesen sein, die aus den Thementagen entstanden sind, das Projekt bewusst über den Veranstaltungstag hinaus verlängern und als dauerhaft nutzbare Lern- und Dokumentationsressourcen bündeln: Im Zentrum stehen die Podcast-Feature-Folgen, die als *Fixpunkt* die jeweiligen Stationen erzählerisch verdichten, O-Töne aus Gesprächen und Interviews montieren und die zentralen Konflikt- und Erfahrungslinien in eine zugängliche, zugleich historisch gerahmte Erzählform übersetzen. Als erste Vertiefungsebene folgen kuratierte Interview-Videoclips, die einzelne Perspektiven, Biografien und Streit-

fragen fokussieren und so ein gezieltes Weiterarbeiten an Themen ermöglichen. Ergänzend werden die Podiumsdiskussionen als Clip vollständig angeboten und als ein weiteres Angebot zur Vertiefung bereitgestellt – als vollständige Dokumentation der öffentlich geführten Debatte, ihrer Argumente und ihrer Dynamik.

Alle Formate sind redaktionell und technisch aufwändig produziert und werden gebündelt online zugänglich gemacht; über die Projektwebsite umbruch89.de lassen sich die Inhalte orts- und themenbezogen auffinden, miteinander kombinieren und für Bildung, Forschung sowie zivilgesellschaftliche Praxis nachnutzen.

Wer die Jahre 1989 bis 1994 als besonderes Kapitel von Demokratie-Geschichte erkennt, gewinnt – so die Grundannahme des Projekts – einen *längeren Atem* für die Lösung von Problemen der Gegenwart: Aktuelle Fragen können mit dem Wissen um die jüngere Vergangenheit mit längerer Zeithorizontierung verhandelt werden, und die Erfahrung, dass Mitgestaltung möglich war (begrenzt, umkämpft, aber wirksam), wird als Ermutigung lesbar.

In diesem Sinne lädt das Projekt dazu ein, die Transformationsgesellschaft nicht als abgeschlossenen Kosmos zu betrachten, sondern als Erfahrungsraum, dessen Konflikte und Lernpunkte bis heute nachwirken – und dessen demokratische Potenziale gerade dort sichtbar werden, wo man bereit ist, Vielstimmigkeit auszuhalten und Aushandlung als Praxis ernst zu nehmen.

Für Fragen, Anregungen, Vorschläge und Kritik finden Sie Kontakt zu uns unter: fragen@umbruch.de.

Weitere Informationen und alle Produkte finden Sie auf der Website umbruch89.de.



Link zum ersten Podcastfeature



Link zur Webseite

2

Verfassungsfragen

Marc Bartuschka

Thementag am 22. Mai 2025 im Stadtmuseum Halle (Saale)

Der Zentrale Runde Tisch im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Berlin zur Eröffnung seiner ersten Sitzung.

7. Dezember 1989
(SZ-Photo)



Link zum Podcastfeature



Historische Einordnung

Am Anfang der DDR hatte mit der am 7. Oktober 1949 verabschiedeten Verfassung ein nach den Erfahrungen der NS-Diktatur auf den ersten Blick verheißungsvoller Neuanfang gestanden. Das konstitutionelle Fundament des ostdeutschen Staates verfügte über einen umfangreichen Grundrechtekatalog einschließlich des Verbots der Auslieferung oder Ausweisung von Ausländern, die sich für die in der Verfassung garantierten Grundsätze eingesetzt hatten. Es untersagte die Propagierung von Militarismus, Glaubens-, Rassen- und Völkerrass. Ferner wurden alle Gesetze und Bestimmungen aufgehoben, welche der Gleichberechtigung von Männern und Frauen widersprachen, ebenso jene, die uneheliche Kinder oder deren Eltern benachteiligten. Diese Gleichstellungsbestimmungen waren etwa dem westdeutschen Grundgesetz und Bürgerlichen Gesetzbuch um Jahrzehnte voraus. Doch wenn auch manches umgesetzt wurde, zahlreiche Punkte des Verfassungswerkes einschließlich fundamentaler Grundrechte standen in Wahrheit nur auf dem Papier, gerade was die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger betraf. Die späteren Verfassungen des ostdeutschen Staates von 1968 bzw. 1974 zementierten offen den Führungsanspruch der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), und auch wenn sie gleichfalls zahlreiche Rechte versprachen, wurden diese in der Realität vielfach ignoriert.¹ Es kam deshalb nicht von ungefähr, dass sich in dem ab Herbst 1989 vollziehenden politischen Umbruch frühzeitig die Frage nach Überarbeitung

1 — Vgl. die Verfassungen in Fischer/Künzel (Hg.): Verfassungen (1989), S. 469–540.

der Verfassung, ja nach einer neuen konstitutionellen Grundlage des ostdeutschen Staates stellte. Die Streichung des Führungsanspruchs der SED am 1. Dezember 1989 erschien da bei weitem zu wenig. Noch waren die Stimmen dominierend, die auf ein Fortbestehen einer demokratisch erneuerten DDR setzten. Selbst für jene, die letztlich auf ein vollständiges Zusammengehen mit der BRD zielten, erschien dies als schrittweiser Prozess, der leicht mehrere Jahre in Anspruch nehmen konnte. Für die Zukunftsgestaltung Ostdeutschlands, aber auch für ein mehr als nur noch kurzfristiges Funktionieren, erschien die Lösung der Verfassungsfrage unausweichlich. Schon in der ersten Sitzung des Zentralen Runden Tisches (ZRT) als dem Gremium, das den demokratischen Übergang moderieren sollte, wurde am 7. Dezember 1989 im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Berlin-Mitte auch die Erarbeitung einer neuen Verfassung zum Ziel gesetzt und eine Resolution für die Schaffung einer entsprechenden Arbeitsgruppe verabschiedet. Bereits am 18. November hatte die 9. Volkskammer der DDR ihrerseits einstimmig beschlossen, eine Kommission zur Änderung und Ergänzung der Verfassung einzuberufen.²

Die geänderten faktischen Machtverhältnisse diktierten den weiteren Gang der Entwicklung. Obwohl weder die 9. Volkskammer noch der ZRT demokratisch legitimierte Gremien waren, war es die Arbeitsgruppe des Letzteren, welche die Arbeit an einem Verfassungsentwurf federführend übernahm, auch weil eine reine Modifikation der alten Verfassung nicht ausreichend erschien. Nach der Friedlichen Revolution waren die Vertreter der verschiedenen Protestgruppen, gesellschaftlichen und politischen Bewegungen nicht mehr bereit, dem delegitimierten DDR-Parlament das Heft des Handelns zu überlassen. Tatsächlich waren Rolle und Präsenz der Runden Tische, wie hier deutlich sichtbar demonstriert, ein Spezifikum der ostdeutschen Revolution von 1989/90, ab etwa November 1989 bis zur Etablierung neuer, demokratisch legitimierter Gremien im Frühjahr 1990. Zwar gab es zeitgleich bzw. bereits zuvor »zentrale« Runde Tische als Ort des Dialogs zwischen Opposition, gesellschaftlichen Gruppen und den Vertretern der mehr oder minder angeschlagenen, aber eben faktisch (noch) nicht gestürzten Staats- und Parteiführungen in nahezu allen Ostblockstaaten. Dies galt sogar für die Mongolei, nicht aber in der UdSSR. Gerade der Runde Tisch Polens hatte Vorbildrolle für die DDR. In Ostdeutschland wuchsen die Gremien jedoch viel weiter in Breite und Tiefe als andernorts, entstanden auf Bezirks- und Kreisebene, in vielen Städten und Gemeinden, mitunter auch in Betrieben, Bildungseinrichtungen und an anderen Orten. Sie waren Moderatoren der Revolution, förderten die Kommunikation zwischen den Behörden und zivilgesellschaftlichen Akteuren und Akteurinnen, und trugen damit maßgeblich dazu bei, dass die Friedliche Revolution tatsächlich zwar nicht konflikt-, aber weitgehend gewaltarm blieb. Sie überwachten die Auflösung der Strukturen des Ministeriums für Staatssicherheit, griffen mitunter auch aktiv ein und halfen ferner bei der Sicherung des Materials der Betriebskampfgruppen. Runde Tische avancierten zu Kommunikationsorten für ein zunehmend ungeschminktes Bild von den Zuständen in der DDR in der Öffentlichkeit, was den Herrschaftsanspruch der SED weiter untergrub. Auch wenn die Durch-

2 — Zum ZRT vgl. Barth: Zentrale (2009); Thaysen (Hg. u. Bearb.): Tisch (2000).

Demonstration auf der Zuschauertribüne zur 9. Tagung der Volkskammer für die Volksabstimmung zu einer neuen Verfassung, 31. Mai 1990 (G. Senft/Bundesarchiv)³



führung freier Wahlen nicht in ihrer Verantwortung lag, halfen sie vielfach bei der praktischen Durchführung. Mitunter waren sie Impulsgeber im Bereich Umweltschutz, auch wenn sie die Umsetzung der Beschlüsse nur begrenzt überwachen konnten. Namentlich die Runden Tische der sächsischen Bezirke waren zudem in die Vorbereitung der Landesneugründung eingebunden. Insbesondere die lokalen Runden Tische waren vielfach in die Organisation des Alltagslebens in einer Zeit der Krise involviert, als Massenabwanderung und Orientierungslosigkeit dringend Handeln erforderten. In Grenznähe waren sie Impulsgeber und Bestandteil der Kontaktaufnahme mit den westdeutschen Stellen.⁴

3 — Bundesarchiv, Bild 183-1990-0531-034/Gabriele Senft/CC-BY-SA 3.0).

4 — Einen Eindruck vermitteln Weil: Tische (2014); Winter (Hg.): Moderatoren (1999).

Die Verfassungs-Arbeitsgruppe des ZRT schuf unter Hinzuziehung west- und ostdeutscher Experten in nicht einmal vier Monaten einen Entwurf, der am 4. April 1990 einstimmig in der Redaktionsgruppe verabschiedet und kurz darauf der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Es war aber nicht mehr am ZRT, sondern an der kurz zuvor am 18. März gewählten 10. (ersten durch freie Wahlen legitimierten) Volkskammer der DDR, über ihn zu entscheiden. Der Entwurf enthielt in Konsequenz der Friedlichen Revolution einen umfassenden Grundrechtekatalog, der auch ein starkes Bekenntnis zum Schutz der Umwelt mit einschloss und damit seiner Zeit voraus war. Auch das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft wie auf den Schutz persönlicher Daten wiesen in die Zukunft, sind diese Rechte doch auch in Demokratien bis heute keineswegs unangefochten garantiert. Ebenso war das Recht auf politisches Asyl in den Grundrechten verankert. Zum Zeitpunkt seiner Präsentation war der Verfassungsentwurf freilich bereits von der Dynamik der Ereignisse überholt worden. Namentlich das bürgerlich-konservative Wahlbündnis »Allianz für Deutschland«, das die absolute Mehrheit in der Volkskammer nur knapp verfehlt hatte, setzte auf einen raschen Zusammenschluss mit der BRD unter vollständiger Übernahme des Grundgesetzes. Eine eigene Verfassung der DDR neu zu schaffen, wurde da nur als potentielle Verzögerung gesehen. Mit 179 zu 167 Stimmen (bei vier Enthaltungen) wurde am 26. April 1990 eine Überweisung des Entwurfs in den Verfassungsausschuss abgelehnt. Letztlich begnügte sich die Volkskammer mit erweiternden Bestimmungen zur DDR-Verfassung, etwa einem Grundrechtekatalog, aber auch der weitgehenden Garantie der bestehenden Besitz- und Nutzungsverhältnisse der DDR, um umfassende Rückgabeforderungen aus Westdeutschland zu verhindern. Reichliche fünf Monate nach Zurückweisung des Entwurfs erhielt das westdeutsche Grundgesetz Gültigkeit für ganz Deutschland. So kam der Verfassungsentwurf des ZRT niemals zur weiteren Bearbeitung, geschweige denn der Prüfung in einer Volksabstimmung über seine Annahme und Akzeptanz in der ostdeutschen Bevölkerung. Er wirkte freilich einflussgebend in den in den folgenden Jahren ausgearbeiteten Verfassungen der wiedergegründeten ostdeutschen Länder weiter.⁵

Der Thementag im Stadtmuseum Halle (Saale)

Als Einstieg in ein Projekt zum Umbruch ab 1989 waren die frühzeitige Betrachtung der Themen »Runde Tische« und »Verfassung« naheliegend. Sie standen für zentrale Elemente der ostdeutschen Demokratiegeschichte, für die Gestaltung der politisch-gesellschaftlichen Transformation wie für Wünsche und Pläne, die sich im weiteren Verlauf nicht immer wie ursprünglich gedacht umsetzen ließen. In einer Gegenwart (2025/2026), in der die Ergebnisse des Umbruchs von zu vielen Ostdeutschen auf die negativen Begleiterscheinungen reduziert werden oder von einer angeblich »unvollendeten« Revolution fabuliert wird, ist ein Blick auf die aktuellen Ereignisse unerlässlich. Ziel war es, die Erfahrungen von Beteiligten bei der Mitgestaltung des politischen Umbruchs einzubinden, aber auch Experten und Expertinnen zu den Chancen oder Blindstellen eines ambitionierten Projektes wie der Schaffung einer neuen Verfassung für die DDR zu hören. Zugleich konnten über die gezielt von der GEDG Kontaktierten hinaus interessierte Personen in zwei voneinander deutlich unterschiedlichen Formaten nicht nur passiv fremde Erfahrungen erfahren, sondern sich selber zu Wort melden.

5 — Siehe eine Zusammenfassung der Ereignisse <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/546089/verpasste-chancen-die-gescheiterte-ddr-verfassung-von-1989-90/>, z. a. 22.1.2026, ausführlich bei Rogner: Verfassungsentwurf (1993). Für den Verfassungsentwurf siehe http://www.documentarchiv.de/ddr/1990/ddr-verfassungsentwurf_runder-tisch.html, z. a. 22.1.2026.

Diskussionsrunde im Erzählcafé
im Christian-Wolff-Saal des Stadt-
museums Halle (Saale), 22. Mai 2025
(C. Faludi/GEDG)



Erster öffentlicher Bestandteil des Projekttagess war das Erzählcafé, in dem der politische Umbruch 1989 und die regionalen Runden Tische im Fokus standen. Im historischen Christian-Wolff-Saal des Stadtmuseums Halle hatte die GEDG in Kooperation mit dem Museum und mit dessen tatkräftiger technischer und logistischer Unterstützung am frühen Nachmittag des 22. Mai 2025 eingeladen. Das Café war weitaus zwangloser als ein klassischer Vortrag mit anschließender Fragerunde gehalten und bot mit Kaffee, Kaltgetränken und Snacks eine gelockerte Atmosphäre des Austausches auf Augenhöhe. Über ihre Erfahrungen in der Transformationszeit in Halle und über lokale politische Gestaltungsräume berichteten Christel Riemann-Hanewinkel, eine zentrale Figur der kirchlichen Opposition und Moderatorin der Runden Tische in Halle, Torsten Hahnel als Mitorganisator zahlreicher Montagsdemonstrationen, und Wolfgang Schuster, damals in der Umweltbewegung in Halle aktiv. Moderiert wurde das Gespräch von Lena-Marie Forkel von der GEDG. Die Beiträge beleuchteten die zunächst vollkommen unkalkulierbare Umbruchssituation. So hatte Thorsten Hahnel Anfang Oktober 1989 auch im Wissen um die gewaltsame Niederwerfung der Proteste in Peking im Juni eher eine Verschärfung des Vorgehens der Sicherheitskräfte der DDR erwartet. Tatsächlich griffen Staatssicherheitsdienst und Volkspolizei am 9. Oktober in Halle (anders als in Leipzig) noch einmal gewaltsam durch und nahmen zahlreiche Menschen fest. Die daraufhin initiierte Mahnwache an der Marktkirche erinnerte er als wichtigen Politisierungsschub: Hier formierte sich der städtische Protest unter dem Dach der Kirche zu einem breit organisierten Widerstand mit der zentralen Forderung nach Gewaltfreiheit. In Reaktion auf die Ereignisse wurde am 15. Oktober auch eine Bürgerversammlung einberufen, so berichtete Wolfgang Schuster. Rund 3.000 Personen trafen sich in der Pauluskirche, um Gewaltfreiheit zu fordern und erneute Gewalt gegen die kommenden Montagsdemonstrationen zu verhindern. Auf dieser Versammlung wurden Delegierte bestimmt und mit der Aufgabe betraut, ein Übergangsgremium einzuberufen, welches das sich abzeichnende Machtvakuum auf städtischer Ebene ausfüllen sollte. Das erste Treffen des städtischen Runden Tisches Halle fand dann am 28. Dezember 1989 statt.

Christel Riemann-Hanewinkel und
Torsten Hahnel während des Erzähl-
cafés in Halle (Saale), 22. Mai 2025
(C. Faludi/GEDG)



Wie beim ZRT in Berlin erprobt, wurden die evangelischen und katholischen Kirchen für die Moderation angefragt. So erhielt Christel Riemann-Hanewinkel, damals Pastorin in der Klinikseelsorge in Halle, ihre Rolle. Der Runde Tisch in Halle bildete ein alternatives Gremium zum SED-geführten Stadtrat, dem von weiten Teilen der Bevölkerung kein Vertrauen mehr entgegengebracht wurde. Bemüht wurde sich um Repräsentation verschiedener Bevölkerungsgruppen, der Runde Tisch fasste zudem keine Beschlüsse, sondern sprach lediglich Empfehlungen aus und unterstützte Personen in ihren Anliegen gegenüber der Stadtpolitik und -verwaltung, die nach wie vor im Amt und (eingeschränkt) handlungsfähig war.

Riemann-Hanewinkel erinnerte, dass der Runde Tisch der Stadt in erster Linie problemorientiert arbeitete: Es war möglich, sich niedrigschwellig mit Problemen an das Gremium wenden. Die Moderation entschied dann darüber, welche Anliegen überhaupt in den Gegenstandsbereich des Runden Tisch fielen. Diese wurden gemeinsam diskutiert und mitunter nach noch geltendem DDR-Recht beurteilt. Dabei gab es wenig Austausch zwischen den Runden Tischen der Städte oder Kommunen über die politische Form oder Diskussionsgegenstände – und in solch »ferne« Debatten wie die Verfassungsarbeit der ZRT waren die »unteren« Runden Tisch nur über etwaige persönliche Beziehungen zu Beteiligten involviert. Damit waren die Runden Tische vor allem ein lokales Experimentierfeld jener, die nach vier Jahrzehnten gerade erst die Freiheit politischer Selbstverwaltung erprobten. Mitunter schlug die freudige Aufbruchsstimmung zügig in politische Sorge um: Einerseits erschien Torsten Hahnel die Kompromisslosigkeit einer kurzfristigen Wiedervereinigung problematisch, schmälerete sie doch den Raum für ostdeutsche Selbstbestimmung, andererseits nahm bereits ab Spätherbst 1989 in der DDR, gestützt auf westdeutsche »Importkader« und ostdeutsches »Fußvolk«, die rechte Gewalt zu, was die Hochstimmung durch den Freiheitsgewinn überschattete.

Liane von Billerbeck, Jes Möller, Christopher Banditt und Tine Stein (von links) auf dem Podium zum Thema Verfassungsfragen, Halle (Saale) 22. Mai 2025 (C. Faludi / GEDG)



Link zum Podium in Halle (Saale)



Das Publikum des Erzählcafés, das teilweise selbst den Umbruch ab 1989 in Halle miterlebt hatte, stellte im Anschluss an die Berichte der Beteiligten viele Fragen und brachten eigene Erinnerungen und Perspektiven ein: Wie akzeptiert war der Runde Tisch in der Halleschen Stadtbevölkerung? Waren die Sitzungsprotokolle öffentlich einsehbar? Aus welcher Quelle speiste sich das Selbstbewusstsein der Teilnehmenden des Runden Tisches, städtische Angelegenheiten zu beurteilen? Und wie ging es nach den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 in Halle weiter? Es zeichnete sich ab, dass das Café weniger geeignet war, um solche Fragen abschließend zu beantworten, als vielmehr ein Ort, um erst zum Fragenstellen anzuregen, Hinweise auf mögliche Informationsangebote zu geben und Aufklärungsbedarf selbst bei Personen aufzuzeigen, die die Ereignisse miterlebt hatten. Exemplarisch vermittelte es die Vielschichtigkeit der Erfahrungen im Umbruch.⁶

Das zweite öffentliche Element des Projekttag in Halle stellte eine Podiumsdiskussion zum Verfassungsentwurf des ZRT dar. In den frühen Abendstunden beteiligten sich Interessierte im Christian-Wolff-Haus schließlich auch lebhaft an der Diskussion. Moderiert von der Journalistin Liane von Billerbeck setzte sich das Podium zusammen aus Prof. Dr. Tine Stein, Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Göttingen und Kommentatorin der Verfassungsfragen Anfang der 1990er Jahre, Jes Möller, 2012 bis 2019 Präsident des Verfassungsgerichts Brandenburg und politischer Aktivist in der DDR und während der Transformationszeit, und Christopher Banditt von der Universität Potsdam, der zur Verfassungsdiskussion in den frühen 1990ern geforscht und publiziert hatte. Dabei stand die oben skizzierte Genese und Schicksal des Verfassungsentwurfes der Arbeitsgruppe des ZRT nur am Anfang der Veranstaltung, die deutlich über diese Thematik hinausging.

So merkte Christopher Banditt anhand von Wahlumfragen an, dass auch in den Umbruchmonaten die große Zustimmung für die »Al-

6 — Vgl. zum Hintergrund der Ereignisse Rupieper (Hg.): *Revolution* (2000); Stude: *Revolution* (2009).

lianzen für Deutschland« nicht unbedingt aus einem überwältigenden Wunsch der DDR-Bürgerinnen und Bürger resultierte, das westdeutsche Grundgesetz umgehend zu übernehmen. Vielmehr überwog eher der Wunsch nach der raschen Währungs-, denn nach einer Verfassungsunion. In dem in den frühen Nachwendejahren einsetzenden »Einigungskater«, als Teile der ehemaligen DDR-Bevölkerung die Folgen der wirtschaftlichen Transformationen zunehmend als schmerzhaft empfanden, verband sich diese Erfahrung mit dem Gefühl, zusammen mit der Übernahme des politischen Systems und Grundgesetzes gleich mehrfach aus Westdeutschland »fremdbestimmt« worden zu sein. Dies nährte die Skepsis gegenüber dem neuen politischen System, mit der Ostdeutschland bis heute kämpft.

Es hatte zugleich von vornherein in der Umbruchsituation Stimmen gegeben, die argumentierten, die Bevölkerung der DDR habe sich durch die friedliche Überwindung der SED-Diktatur das Recht verdient, eine eigene Verfassung öffentlich zu diskutieren und über deren Annahme in einer Volksentscheidung zu befinden. Auf dieser Basis wäre die Vereinigung der deutschen Staaten und die Verhandlung ihrer rechtlichen Grundlage zumindest formal gleichberechtigt vollzogen worden. Allerdings machte die ständige Dynamisierung des Einigungsprozesses die Formulierung und Beratung einer eigenen Verfassung zeitlich nahezu unmöglich. Es hätte aber, wie Tine Stein argumentierte, fraglos die Chance bestanden, nach 1990 eine neue gesamtdeutsche Verfassung zu schaffen und durch Volksentscheid bestätigen zu lassen, ein Gesetzeswerk, das Menschen in Ost wie West dank ihres Votums und Mitwirkens an seiner Entstehung als das eigene hätten empfinden können. Dem standen jedoch partiell Befürchtungen in Westdeutschland entgegen, eine neue Verfassung würde die »Ewigkeitsklausel« in Artikel 79 des Grundgesetzes antasten, was bedeuten könnte, dass letztlich auch alle Grundrechte zur Debatte gestellt würden. Die in den frühen 1990er Jahren eher in den deutsch-deutschen politischen Eliten geführte Verfassungsdebatte brachte auch deshalb letztlich wenig Ergebnisse. Viele Westdeutsche wollten zum Alltagsbetrieb zurückkehren und sahen wenig Grund, die Republik zu stark zu ändern, die Mehrheit der Ostdeutschen war mit der notwendigen Umstellung ihres Lebens beschäftigt.

Die Aufnahme des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen in das Grundgesetz auf Empfehlung der 1991 von Bundestag und Bundesrat einberufenen Verfassungskommission war freilich eine nennenswerte Errungenschaft der Debatte, die unter anderem die umweltpolitischen Elemente der Friedlichen Revolution widerspiegelt. Ähnliches gilt für die 1994 beschlossenen Reformen für einen einheitlichen Datenschutz und die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter.

Dem Tag der Einheit 3. Oktober fehlt bis heute vielfach die Symbolkraft, schon weil das Ereignis der Wiedervereinigung selber geradezu verstohlen zu nächtlicher Stunde erfolgte. Vielleicht, so Tine Stein, wäre es sinnvoller, an seiner Stelle den 23. Mai als Tag der Verkündung des Grundgesetzes zum Feiertag zu erheben – wenn gleich dies wiederum ein sehr viel stärker westdeutsch konnotiertes Datum wäre, mit begrenzter Bindekraft für die an seinem Zu-

Tine Stein während der Podiumsdiskussion im Stadtmuseum Halle (Saale), 22. Mai 2025
(C. Faludi/GEDG)



standekommen nicht direkt beteiligten Ostdeutschen. Es scheint denkbar, so die Diskussion, dass eine neue gesamtdeutsche Verfassung, die durch einen Volksentscheid bestätigt worden wäre, als verbindendes Bekenntnis zur politischen Ordnung hätte fungieren können. Vielleicht wäre so die gerade in den letzten Jahren in Ostdeutschland, aber durchaus auch in Teilen der westdeutschen Gesellschaft immer lauter formulierte Skepsis am bestehenden politischen System gemindert worden, hätten doch die Grundpfeiler desselben auf offener Beratung und einer Billigung durch die Mehrheit der Deutschen in freier Abstimmung für ein vereinigtes Deutschland beruht.

Reflexion

Die gewählte parallele Verwendung von zwei unterschiedlichen Formaten der Vermittlung hat den Vorteil, breite Personenkreise anzusprechen. So ist das Erzählcafé für jene eine Option, die an einer Podiumsdiskussion, in der das Publikum erst ganz zum Schluss zu Wort kommen kann, nur begrenztes Interesse haben. Die lockere Atmosphäre erleichtert das Einbringen eigener Erfahrungen, da es die »Hauptpersonen« weit mehr auf derselben Ebene mit dem Publikum platziert, Hemmungen für eine Wortmeldung abbaut. Die Podiumsdiskussion wiederum ermöglicht einen hochkarätigen Austausch von Experten und Expertinnen mit Erkenntnisgewinn selbst für Personen, die sich mit der Materie bereits beschäftigt haben. Die Kombination eines stark regional verankerten Themas (in diesem Fall die Runden Tische mit Blick auf Akteure und Akteurinnen aus Halle) mit einem eher »theoretischen« und allgemeinen (wie dem nicht umgesetzten Verfassungsentwurf des ZRT) war gleichfalls sinnvoll, um ganz unterschiedliche Interessengruppen anzusprechen. Die aufgeworfenen Fragen aus dem Publikum in beiden Veranstaltungen sprechen dafür, dass ein grundsätzliches Interesse zu den Themen auch mehr als 35 Jahre später da ist, die vielfach auch mit aktuellen Fragen in Verbindung gebracht werden. So stehen die Runden Tische für ein Modell der zivilgesell-

schaftlichen Beteiligung und Eigenverantwortung, an dem gerade in Ostdeutschland Interesse besteht, wie etwa die in verschiedenen Städten umgesetzten Bürgerforen und vergleichbare Formate der Gegenwart belegen. Hier wäre eine noch stärkere Verbindung zwischen historischen Erfahrungen und dem Eintreten für/Chancen aus einer stärkeren zivilgesellschaftlichen Beteiligung in der Gegenwart vielversprechend – sprich, von vorneherein das historische Gesprächsthema mit einem aktuellen Bezug zu verbinden. Im konkreten Beispiel könnte dies etwa durch die Einbeziehung einer an solchen Gremien beteiligten Person oder einer Vertretung aus der Lokalpolitik geschehen. Dies ist bei »großen« Themen wie dem Verfassungsentwurf aus dem lokalen Umfeld nicht ohne weiteres zu realisieren. Dieses Thema aber führt direkt zu der Frage, wie die Akzeptanz des Grundgesetzes gerade in Ostdeutschland gesteigert werden könnte, das von vielen immer noch als eine »fremde« Konstitution betrachtet wird, zu der sie keine engere Bindung besitzen. Eine stärkere Betonung des ostdeutschen Einflusses auf das Grundgesetz bei Gedenk- und Informationsveranstaltungen wäre sinnvoll. So waren nicht nur (nach Westdeutschland ausgewanderte) Ostdeutsche an der Schaffung des Grundgesetzes 1948/49 beteiligt gewesen. Dass Grundforderungen und Konsequenzen aus der ostdeutschen Friedlichen Revolution in den Jahren nach 1990 schließlich mit etwas Verspätung doch Aufnahme im Grundgesetz fanden, sollte zudem gleichfalls stärker betont werden – wie auch die ostdeutsche Eigenleistung beim Schaffen neuer Landesverfassungen.

Im organisatorischen Bereich lassen sich gleichfalls Lehren ziehen. So erwies sich die Realisierung der Gesamtveranstaltung an einem Tag als zweischneidig. Für einen Auswärtstermin hatte es einerseits Vorteile, beide Formate in geringem zeitlichem Abstand zu realisieren. So ließen sich die Betriebs- und Personalkosten (Anmietung von Technik/Fahrzeug, Unterbringung etc.) wie auch die aufgewendete Zeit begrenzen und die Räumlichkeiten mussten nicht für zwei Tage geblockt werden. Dies sind Faktoren, die bei der Durchführung von ambitionierten Projekten mit einer letztlich beträchtlichen Zahl von Auswärtseinsätzen wie dem UM/BRUCH-Projekt durchaus von Belang sind, gerade in Zeiten unter zum Teil drastischen Sparzwängen. Andererseits wurde so die Präsenz des Teams auf eine Kurzvisite beschränkt – mit einer Ankunft gegen Mittag und einer Abreise am späten Abend. Dies engte auch die Spielräume in der Zeitgestaltung sehr ein. Deshalb fand das Erzählcafé gezwungenermaßen am frühen Nachmittag statt, also zu einem Zeitpunkt, der berufstätigen Personen einen Besuch sehr erschwerte. Eine Realisierung an zwei verschiedenen Tagen hätte deshalb ihre Vorteile, und könnte vielleicht auch Personen aus der ersten Veranstaltung zum Besuch der zweiten motivieren (während der Besuch beider Veranstaltungen am selben Tag nur für Personen mit viel Zeit und Geduld eine Option ist). Zudem würde das Team so längere Zeit vor Ort sein und die Gelegenheit haben, eine vertrauensvolle Atmosphäre zum lokalen Geschichtsraum und den Akteuren herzustellen. Für einen qualitativ noch höherwertigen Zugang liegt deshalb nahe, dass das Format mehr Zeit vor Ort benötigt, trotz der finanziellen Zwänge.

Zeitzeuge Günter Buchenau im Interview mit der GEDG in Halle (Saale), 21. August 2025
(Screenshot GEDG)



Link zum Interview mit
Günter Buchenau



Link zum Interview mit
Thorsten Hahnel



Auch wenn das Interesse und Partizipation des »freien« Publikums gegeben war, blieb die Beteiligung in beiden Formaten unter dem erhofften Ausmaß, was auch mit der erwähnten kurzzeitigen Präsenz zusammenhing. Hier scheint es sinnvoll, die Außenwerbung künftig auf eine noch breitere Basis zu stellen. Die Kooperation mit möglichst mehreren Vermittlungsinstitutionen, Vereinen etc. am Ort der Veranstaltung und deren Einbindung in die Werbung für die Veranstaltung könnte sich als hilfreich erweisen. Gegebenenfalls ist dafür auch eine Öffnung für das Einbringen eigener Schwerpunkte und Inhalte der lokalen Partner sinnvoll, da diese vielfach ein besseres Gespür haben, welche thematischen Aspekte beim lokalen Publikum verfangen. Falls im Voraus bereits ein festes Publikum als Grundstock eingeworben werden kann (aus den genannten Partnerinstitutionen, aus der Kinder-, Jugendlichen- und Erwachsenenbildung etc.) wäre dies von Vorteil, lässt sich aber nur bei großer Aufgeschlossenheit vor Ort realisieren. Sinnvoll ist ebenso eine noch stärkere Nutzung der (sozialen) Medien zur Ankündigung und Bewerbung der Veranstaltungen. Letzteres ist freilich vor allem dann effektiv, wenn die Veranstaltenden bereits als »Marke« etabliert sind und eine gewisse Bekanntheit und Zugkraft besitzen. Dies ist aber nur durch eine fortgesetzte Präsenz erreichbar, die ihrerseits konstante Unterfütterung durch Beiträge etc. und eine kompetente Handhabung des Medienprofils erfordert. Eine enge Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen vor Ort zur Nutzung deren medialer Präsenz ist selbstverständlich.

Integraler Bestandteil der Arbeit in Halle (Saale) war die Vorbereitung von Interviews mit zwei Zeitzeugen, die am 21. August in den Räumen der WohnUnion folgten. Günter Buchenau, Superintendent und Pfarrer in Halle, berichtete ausführlich über das Zustandekommen früher Dialogformate in der Umbruchszeit, vor allem aber über seine Arbeit bei der Moderation der örtlichen Runden Tisches. Das Interview sprach auch Fragen wie die »Legitimationslücke« des Gremiums an, da weder die Vertreter der Behörden noch diejenigen der Oppositionsgruppen ein klares demokratisches Mandat hatten. Der

Austausch konnte nur funktionieren, weil man sich in groben Zügen einig war, durch Dialog eine Eskalation zu vermeiden und drängende Fragen gemeinsam anzugehen, etwa die Vorbereitung der ersten freien Wahlen. Damit warf das Interview einen unmittelbaren Blick auf die Gestaltungsnotwendigkeiten und Gestaltungsräume in der überaus fluiden Situation Ende 1989/Anfang 1990. Zugleich blickte es auch über diese Zeit hinaus auf die sich neu eröffnenden Möglichkeiten der frühen 1990er Jahre.

Torsten Hahnel, der bereits am Erzählcafé teilgenommen hatte, sprach über seine Politisierung und die Erfahrungen als aktiver Teilnehmer an den Protesten im Herbst 1989. Auch er war als Vertreter der »Antifaschistischen Aktion Halle« am örtlichen Runden Tisch beteiligt, schätzte aber die tatsächliche Wirkmöglichkeit des lokalen Gremiums im kritischen Rückblick als gering ein – es sei eher eine *Übung* in Demokratie gewesen. Frühzeitig mit dem Erstarken neonazistischer Strukturen konfrontiert, mischten sich bei ihm Besorgnis in die Freude über die Veränderungen. Diese Gefahr und die daraus resultierende Gewalt der frühen 1990er Jahre gerieten in den Rückblicken zu runden Jahrestagen des politischen Umbruchs nach seinem Eindruck zu leicht in den Hintergrund oder wurden gar ganz ignoriert.

Neben den praktischen Erfahrungen, die in die Vorbereitung der folgenden Thementage und Interviews einfließen, bot das in Halle (Saale) gewonnene Material für das Projekt eine Vielzahl von Anschlussmöglichkeiten. Sowohl Erzählcafé als auch Podiumsdiskussion gaben aufschlussreiche inhaltliche Impulse. Neben dem vorliegenden Paper wurden sie auch bereits im Jahrbuch der GEDG für 2025 aufgenommen und halfen, das Projekt einer Vielzahl von Initiativen und potentiellen Kooperationspartnern vorzustellen.⁷ Die Interviews ermöglichten die Herstellung von zehn bis fünfzehnminütigen Filmclips für eine mediale Präsenz des Projektes. Darüber hinaus entstand ein rund 90minütiger Videoclip aus der Aufzeichnung der Podiumsdiskussion. Zusammengenommen entstand reichhaltiges Material für die Podcast-Feature des Umbruch-Projektes, die den zentralen Ankerpunkt der Publikationen bilden, zur Popularisierung beitragen und niedrigschwellig ein breites Publikum erreichen sollen.

7 — Forkel, Lena-Marie/Bartuschka, Marc: Um/Bruch. Transformationsgesellschaft Ost 1989–1994, in: Prospect 25. Bulletin der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte, Weimar 2025, S. 130–133; Puhl, Margarete: Demokratieaufbau 1990. Erinnerungen und Perspektiven, in: Ebd., S. 134–137.

Literatur

Barth, Thoralf: Die Zentrale des Umbruchs von 1989/90. Meinungen über den Runden Tisch der DDR, Berlin 2009.

Fischer, Erich/Künzel, Werner (Hg.): Verfassungen deutscher Länder und Staaten. Von 1816 bis zur Gegenwart, Berlin 1989.

Rogner, Klaus Michael: Der Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches der DDR, Berlin 1993.

Rupieper, Hermann Josef (Hg.): Die friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 2000.

Stude, Sebastian: Die friedliche Revolution 1989/90 in Halle (Saale). Ereignisse, Akteure und Hintergründe, Frankfurt am Main u. a. 2009.

Thaysen, Uwe (Hg. u. Bearb.): Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, 5 Bde., Wiesbaden 2000.

Weil, Francesca: Die Runden Tische in der DDR 1989/90, Erfurt 2014.

Winter, Friedrich (Hg.): Die Moderatoren der Runden Tische. Evangelische Kirche und Politik 1989/90, Berlin 1999.

3

Industriekultur

Leona Ludwig

Thementag am 26. August 2025 in der Elbland-Kunsthalle in Riesa

Abriss von Industriegebäuden durch ehemalige Metallarbeiter in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme in Riesa, 1992
(T. Lehmann/ZB)



Historischer Einordnung

Zwischen 1989 und 1994 erlebte die ostdeutsche Industriekultur einen tiefgreifenden Wandel, der die Lebenswirklichkeit der Menschen in den betroffenen Regionen nachhaltig veränderte. Innerhalb kürzester Zeit wurde das gesamte Wirtschaftssystem der DDR von einer zentral gelenkten Planwirtschaft in eine marktwirtschaftliche Ordnung überführt. Diese radikale Transformation geschah unter hohem Zeitdruck und mit massiven Einschnitten für Betriebe und Beschäftigte. Die Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion im Juli 1990 setzte die ostdeutschen Unternehmen plötzlich den Mechanismen eines nationalen wie internationalen Wettbewerbs aus. Dabei fehlten den Betrieben nicht nur die finanziellen Mittel, sondern oft auch moderne(re) Technik, stabile Absatzmärkte und kapitalistisch-betriebswirtschaftliche Erfahrung, um sich erfolgreich in dieser neuen Ordnung zu behaupten. Bereits im ersten Halbjahr 1991 sank die Industrieproduktion in Ostdeutschland um 67 Prozent, ein Rückgang, der weit über ökonomische Indikatoren hinauswies.¹ Er spiegelte den Verlust von Einkommen, aber auch von sozialen und regionalen Strukturen wider, die zuvor eng mit den Betrieben verbunden waren.

Der Wandel der ostdeutschen Industriekultur verlief regional sehr unterschiedlich: Die DDR-Verwaltungsreform von 1952 hatte 14 Bezirke zu politischen und wirtschaftlichen Zentren ausgebaut, die von Investitionen in Infrastruktur und Versorgung profitierten und nach der Wiedervereinigung zumindest teilweise auf bestehende Strukturen

1 — Warnecke: Kampf (2023), S. 14.

Zwei ehemalige Mitarbeiterinnen eines in Riesa insolvent gegangenen Betriebs bereiten im ehemaligen Stahl- und Walzwerk Riesa in ABM-Tätigkeit Elektroschrott auf, 9. September 1992 (T. Lehmann/ZB) — Wo vorher Stahl geschmolzen und gewalzt wurde, wurden im Umbruch rund 1.500 ABM-Kräfte im Umwelt-Flächenrecycling tätig. Etwa die Hälfte der 50.000 Einwohner Riasas lebte direkt oder indirekt vom Stahl- und Walzwerk.



zurückgreifen konnten. Städte wie Riesa, die diesen Status nicht erhielten und einseitig auf große Betriebe angewiesen waren, erlitten den industriellen Zusammenbruch nahezu ungebrems – zwischen Mitte der 1980er und den Transformationsjahren verloren sie im Schnitt 20.000 Einwohner durch den Verlust von Arbeitsplätzen.² Entscheidend für die wirtschaftliche Umstellung war die 1990 gegründete Treuhandanstalt, deren Aufgabe die schnelle Privatisierung, Sanierung oder Schließung volkseigener Betriebe war; Altschulden von rund 102 Milliarden DM aus dem DDR-System erschwerten dies massiv und machten viele Unternehmen für Investoren unattraktiv.³ Für die betroffene Bevölkerung wurde die Treuhand deshalb zum Symbol für den industriellen Verfall und stand für viele Menschen stellvertretend für die Erfahrung des Kontrollverlusts über das eigene Arbeitsleben.

Gleichzeitig entstanden in dieser Zeit Formen des Widerstands. Belegschaften protestierten gegen Betriebsschließungen, besetzten Werke oder organisierten Demonstrationen, um auf die Verluste aufmerksam zu machen.⁴ Diese Aktionen zeigten, dass viele Menschen sich nicht passiv der Transformation unterwerfen wollten, sondern politische Selbstwirksamkeit ausdrückten. Teilweise konnten Übergangslösungen geschaffen werden, beispielsweise durch Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften. Dennoch blieb die Gesamtbilanz ernüchternd: In den 1990er Jahren gingen etwa drei Viertel der industriellen Arbeitsplätze in Ostdeutschland verloren. Nur rund 20 bis 25 Prozent der Beschäftigung konnte erhalten werden.⁵ Die großen Kombinate wurden aufgelöst und durch kleinere Betriebe ersetzt, die oft über wenig Kapital und geringe langfristige Stabilität verfügten.

Die sozialen Folgen dieser wirtschaftlichen Umbrüche waren besonders gravierend, da der Betrieb in der DDR weit mehr als nur ein Arbeitsplatz war. Er organisierte nicht nur die Arbeit selbst, sondern sorgte auch für soziale Leistungen wie Kinderbetreuung, Freizeitangebote, medizinische Versorgung und kulturelle Veranstaltungen. Mit der Schließung der Betriebe brachen diese Strukturen abrupt weg. Viele Menschen fühlten sich dadurch nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich aus

2 — Vgl. Rösel: Leuchttürme (2020).

3 — Fuder: Privatisierung (2020), S. 76 f.

4 — Ein Beispiel hierfür ist das Stahlwerk Hennigsdorf im Herbst 1991, vgl. Warnecke: Kampf (2023), S. 13.

5 — Martens: Osten (2010), S. 3.

der Gemeinschaft ausgeschlossen.⁶ Besonders betroffen waren Frauen, die häufig in Verwaltungs- und Servicebereichen beschäftigt waren. Diese Arbeitsbereiche gehörten zu den ersten, die abgebaut wurden. Gleichzeitig führte der Wegfall betrieblicher Kinderbetreuung dazu, dass viele Frauen gezwungen waren, den Arbeitsmarkt zu verlassen, was die soziale Stabilität zusätzlich schwächte.⁷

Die Umbruchszeit lässt sich somit nicht nur als wirtschaftlicher Wandel verstehen, sondern als tiefgreifender Einschnitt in die Industriekultur. Mit ihr verschwanden nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die sozialen und kulturellen Strukturen, die Betriebe über Jahrzehnte hinweg gestiftet hatten. Für die Menschen bedeutete dies den Verlust eines zentralen Teils ihrer Identität und ihres alltäglichen Lebens. Gleichzeitig eröffneten sich neue Chancen und Möglichkeiten. Einige Beschäftigte nutzten die Situation für Umschulungen, den Einstieg in kleinere Betriebe oder selbstständige Tätigkeiten. Diese unterschiedlichen Erfahrungen bildeten die Vorstellung von Gewinner:innen und Verlierer:innen der Transformation. Während die einen durch den wirtschaftlichen Strukturwandel ihre berufliche Position und Handlungsfähigkeit verloren, konnten andere durch neue Möglichkeiten Handlungsspielräume gewinnen. Bis heute wirken sich die Folgen des Umbruchs auf diese Regionen aus: Viele besonders ländlichen Gegenden kämpfen weiterhin mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit, Abwanderung vor allem junger Menschen, Fachkräftemangel und einer geringeren Wirtschaftskraft im Vergleich zu Westdeutschland. Das West-Ost-Gefälle zeigt sich in Löhnen, Beschäftigungsquoten und Unternehmensgröße deutlich.⁸ In Städten wie Riesa sind die Spuren der industriellen Vergangenheit sichtbar, in umgenutzten Fabrikarealen oder spezialisierten Nachfolgeunternehmen und verdeutlichen, wie eng historische Industriekultur mit heutigen Chancen, strukturellen Problemen und dem kollektiven Gefühl von Verlust, Anpassung und Resilienz verknüpft bleibt.

Die strukturellen, ökonomischen und sozialen Veränderungen, die in den Jahren 1989 bis 1994 stattfanden, bilden somit die Grundlage für die Betrachtung der Industriekultur im Rahmen des Projekts UM/BRUCH. Sie zeigen, wie eng politische Entscheidungen und wirtschaftliche Entwicklungen das Leben der Menschen direkt betreffen und das kollektive Gedächtnis prägen. Die Auseinandersetzung mit diesen Prozessen ist daher nicht nur historisch bedeutsam, sondern liefert auch wichtige Erkenntnisse für gegenwärtige Diskussionen über städtische Entwicklung, Erinnerungskultur und soziale Gerechtigkeit.

Der Thementag im ehemaligen Muskator-Werkraum in Riesa

Der zweite Thementag des Projekts UM/BRUCH widmete sich unter diesem historischen Kontext dem Thema »Industriekultur«. Ziel der Veranstaltung war es, die komplexen Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichem Umbruch, sozialer Struktur und individueller Biografie zu beleuchten. Die Veranstaltung bestand aus einem Erzählcafé mit Zeitzeug:innen sowie einer Podiumsdiskussion mit Expert:innen und wurde in der Elbland Kunsthalle ausgerichtet. Das Gebäude der Kunsthalle ist das ehemalige Heizhaus des Muskator-Kraftfuttermischwerks und verknüpfte Architektur und Atmosphäre direkt mit der industriellen Vergangenheit und stimmte die Besucher:innen auf die Themen Industriekultur und Zeitzeug:innenberichte ein.

6 — Brunne/Kuhnhenne (Hg.): Proteste (2023), S. 8.

7 — Lindner-Elsner: Transformation (2023), S. 60.

8 — Martens: Osten (2010), S. 6.

Das Podium in der Elbland Kunsthalle Riesa: Liane von Billerbeck (Moderation), Christian Rau, Juliane Tomann und Fridtjof Florian Dossin (von links), 26. August 2025 (C. Faludi / GEDG)



Das Erzählcafé wurde moderiert von Lena-Marie Forkel von der GEDG. Zu Gast waren zwei Zeitzeugen: Volker Herold und Dirk Haubold. Beide hatten ihre Jugend in Riesa verbracht und ihre berufliche Sozialisation im VEB Stahlwerk erlebt. Herold absolvierte dort seine Ausbildung und arbeitete später im sozialen Bereich, während Haubold im betrieblichen Jugendclub tätig war. Beide waren während der Umbruchzeit und danach auch politisch und zivilgesellschaftlich aktiv und konnten somit lokale und persönliche Erfahrungen einbringen. Zu Beginn des Erzählcafés schilderten die Zeitzeugen die zentrale Rolle der Industrie für das soziale Leben in Riesa. Das Stahlwerk war nicht nur Arbeitgeber, sondern auch kulturelles und soziales Zentrum der Stadt. Es bot Freizeitangebote, betriebseigene Kinderbetreuung, kulturelle Veranstaltungen und organisierte die Einbindung der Jugendlichen in das Stadtleben. Die Erzählungen machten deutlich, wie eng Arbeit, sozialer Alltag und individuelle Biografien miteinander verwoben waren. Für die jungen Menschen in Riesa war der Betrieb nicht nur ein Arbeitsplatz, sondern auch ein identitätsstiftender Raum, der Orientierung und Zugehörigkeit vermittelte.

Das Jahr 1989 wurde von den Zeitzeugen als eine Phase zunehmender Unsicherheit beschrieben, in der das Vertrauen in politische Zusagen bereits vor den großen Demonstrationen zu schwinden begann. Private und kirchliche Räume wurden genutzt, um Austausch, Zweifel, Ausreisedenken und erste Vorstellungen von Veränderung zu formulieren. Die Demonstrationen im Herbst 1989 wurden als emotionale Grenzerfahrungen erlebt, die Angst und Entschlossenheit zugleich beinhalteten. Diese Erlebnisse markieren einen Wendepunkt, an dem individuelle Unsicherheiten in ein Gefühl neuer Handlungsmacht übergingen und der politische Umbruch als persönliche Erfahrung greifbar wurde. Mit dem Sturz der Mauer rückten die ersten Reisen in den Westen in den Vordergrund. Diese Konfrontation mit einer unbekannten Arbeits- und Lebenswelt war von Neugier, aber auch von Verunsicherung geprägt. Zugleich zeigte sich, dass die ostdeutsche Berufserfahrung in der westdeutschen Realität nur eingeschränkt anerkannt wurde. Die Jahre 1989 bis 1994 waren daher durch eine beschleunigte Umstruk-

Die Zeitzeugen Dirk Haubold (links) und Volker Herold beim Erzählcafé, moderiert von Lena-Marie Forkel (GEDG) in der Elbland Kunsthalle Riesa, 26. August 2025 (C. Faludi / GEDG)



turierung industrieller Strukturen gekennzeichnet. Große Betriebe, die über Jahrzehnte nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch soziale Netze und kulturelle Angebote bereitgestellt hatten, wurden geschlossen, ausgelagert oder umgebaut. Herold und Haubold beschrieben diesen Verlust als eine Form der persönlichen Entwertung. Fähigkeiten und Abschlüsse, die in der DDR gesellschaftliche Anerkennung erfahren hatten, verloren plötzlich an Wert. Dieser Prozess wurde nicht als rein sachlicher Anpassungszwang erlebt, sondern als persönliche Kränkung und Einschnitt in die Lebensbiografie. Gleichzeitig eröffneten sich neue Möglichkeiten: Umschulungen, die Arbeit in kleineren Betrieben, selbstständige Tätigkeiten oder Engagement in neuen Berufsfeldern gaben Handlungsspielräume, die jedoch als riskant und unsicher wahrgenommen wurden. Die Ambivalenz von Verlust und Aufbruch war damit ein zentrales Merkmal der Transformationszeit.

Ein weiteres zentrales Thema des Erzählcafés war die langfristige Wirkung dieser Jahre auf die Stadtgesellschaft. Riesa verlor nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die mit den Betrieben verbundenen sozialen Strukturen, wie das betriebseigene Clubhaus »Joliot Curie«. Zugleich entstanden neue Initiativen, Vereine und Formen des Engagements, die auf die veränderten Bedingungen reagierten. Die Zeitzeugen betonten, dass politisches Engagement häufig mit Frustration verbunden war, da Handlungsspielräume begrenzt blieben, ein Gefühl, das sich bis heute hält. Dennoch zeigte sich ein anhaltendes Bedürfnis nach Mitgestaltung und Anerkennung. Die Erinnerung an die Transformationszeit war geprägt von der Erfahrung, dass kollektives Engagement sowohl Chancen eröffnen als auch persönliche Enttäuschungen mit sich bringen konnte.

Die Podiumsdiskussion, moderiert von Liane von Billerbeck, knüpfte direkt an die Inhalte des Erzählcafés an und erweiterte diese durch wissenschaftliche Perspektiven. Teilnehmende waren Juliane Tomann, Professorin für Public History an der Universität Regensburg, Christian Rau, Historiker mit Schwerpunkt Gewerkschaften in der Umbruchzeit, und Fridtjof Florian Dossin, Städteplaner mit Fokus auf die Erhaltung

Christian Rau während der Podiumsdiskussion, 26. August 2025
(C. Faludi/GEDG)



Juliane Tomann während der Podiumsdiskussion, 26. August 2025
(C. Faludi/GEDG)



industriell geprägter Gebäude und Landschaften. Ausgangspunkt der Diskussion bildeten die Erzählungen der Zeitzeugen, die wiederholt ein kollektives »Wir« der Stadtgesellschaft ansprachen. Dossin interpretierte dieses »Wir« als Ausdruck einer historisch gewachsenen städtischen Identität, die durch industrielle Arbeit, soziale Strukturen und kulturelle Praktiken geprägt wurde. Die Teilhabe an betrieblichen Angeboten, die Erfahrungen im Jugendclub und die Beteiligung an städtischem Leben hätten ein starkes Gemeinschaftsgefühl erzeugt, das über Generationen hinweg identitätsstiftend wirkte. Tomann und Rau problematisierten die Ambivalenz dieses Begriffs. Die Zugehörigkeit zur Stadt, die Erinnerung an Arbeit und Opposition, sowie die DDR-spezifische Sozialisation führten zu einem komplexen Identitätsgefüge, das analytisch und emotional schwer fassbar sei. Das »Wir« vereine Zugehörigkeit, kollektive Erfahrung und politische Praxis und sei daher gleichzeitig widersprüchlich, emotional aufgeladen und nicht einfach rekonstruierbar.

Die Diskussion zeigte erneut, dass die Transformation nach 1990 nicht nur wirtschaftliche, sondern tiefgreifende soziale und biografische Einschnitte mit sich brachte. Rau betonte, dass ehemals anerkannte Lebensleistungen und Qualifikationen in der neuen Marktwirtschaft schnell entwertet wurden. Viele Erwerbsbiografien galten plötzlich als marginal, was Betroffene als Verlust sozialer Anerkennung empfanden. Industriekultur ist daher immer auch Auseinandersetzung mit Entwertung, Verlust und Neuorientierung. Tomann ergänzte, dass Industriekultur sowohl materielle als auch immaterielle Dimensionen umfasse. Gebäude, Maschinen, Arbeitspraktiken, Erfahrungswissen und körperliche Arbeitserfahrungen seien integrale Bestandteile industrieller Erinnerung. Entscheidend sei, dass Industriekultur nicht als objektiv gegebenes Erbe, sondern als Ergebnis gesellschaftlicher Wertzuschreibung verstanden werde. Welche Aspekte der industriellen Vergangenheit erinnerungswürdig seien, sei das Resultat politischer, zivilgesellschaftlicher und lokal verankerter Aushandlungsprozesse. Dossin unterstrich die Sinnlichkeit und körperliche Dimension industrieller Arbeit, geprägt von Hitze, Staub, Lärm, Gerüchen und körperlicher Erschöpfung. Diese Dimensionen seien in musealen und öffentlichen Kontexten häufig nicht vermittelbar und würden durch ästhetisierte Darstellungen ersetzt. Dies führe zu einer Kluft zwischen erinnerungskultureller Repräsentation und gelebter Erfahrung, wodurch die komplexe Realität industrieller Arbeit vereinfacht und entpolitisiert werde.

In der Diskussion wurde zudem die Dominanz männlich geprägter Narrative kritisiert. Heroische Darstellungen von Stahl- und Bergbauindustrien dominierten bisher die Industriekultur, während die Arbeit von Frauen und migrantischen Vertragsarbeiter:innen marginalisiert blieb. Dies führte zu selektiven Erinnerungsbildern und warf die Frage auf, für wen Industriekultur überhaupt gestaltet werde. Ehemalige Arbeiter:innen und insbesondere Frauen fänden sich in den bestehenden Darstellungen häufig nicht wieder. Ebenso wurde die Transformation in den 1990er Jahren in der Erinnerungskultur oft ausgeblendet, obwohl gerade diese Phase entscheidend für die Entstehung heutiger postindustrieller Strukturen war. Dossin betonte, dass Beschäftigungsmaßnahmen, Betriebsmuseen und kommunale Initiativen in dieser Übergangsphase erste eigene Geschichtsdeutungen ermöglichen. Mit dem Wegfall dieser Strukturen Ende der 1990er Jahre sei es jedoch zu einem weiteren Bruch gekommen.

Abschließend widmete sich das Podium der Frage der heutigen Nachnutzung und Umgestaltung industrieller Brachflächen. Alle Podiumsteilnehmenden warnten vor rein investorengetriebenen oder eventorientierten Konzepten, die historische Kontexte ausblenden und Orte von ihrem sozialen Umfeld entkoppeln. Dossin veranschaulichte dies mit dem Bild des »Raumschiffs«, einer funktional erfolgreichen, aber sozial und historisch isolierten Nutzung. Das Podium plädierte für partizipative Konzepte, die historische Ebenen sichtbar halten, die Zivilgesellschaft einbeziehen und die Erinnerung an Industrie in der Stadtgesellschaft verankern. Abschließend bestand Einigkeit darüber, dass *Industriekultur* kein einheitliches kollektives Bild herstellen kann, sondern als fortlaufender Aushandlungsprozess zu verstehen ist. Gerade in Städten wie Riesa wird sie damit zu einem wichtigen Raum gesellschaftlichen Austausches, in dem industrielle Vergangenheit als offene und weiterhin umstrittene Geschichte präsent bleibt.

Reflexion

Die Durchführung des zweiten Thementags »Industriekultur« in Riesa zeigte, wie eng historische Erinnerung, städtische Identität und partizipative Veranstaltungsformate miteinander verknüpft werden können. Der Veranstaltungsort, die Elbland Kunsthalle, war hierfür besonders geeignet. Das Gebäude selbst ist Teil des industriellen Erbes der Stadt und ermöglicht damit eine unmittelbare Verbindung zwischen den Inhalten der Veranstaltung und der lokalhistorischen Realität. Durch die raue Architektur des ehemaligen Heizhauses, die hohen Lagerhallendecken, Betonböden und freigelegten Rohwände wurde die Industriekultur nicht nur thematisch behandelt, sondern auch räumlich erfahrbar gemacht. Die zum Zeitpunkt in der Kunsthalle aufgebaute Ausstellung von Heinz-Detlef Moosdorf zeigte eindrucksvolle, stark situierte Szenen von Arbeiter:innen und eröffnete so das Thema Industriekultur auf einer künstlerischen Ebene. Auf diese Weise wurde die Verbindung von historischen Inhalten, visueller Kunst und partizipativer Erfahrung im Veranstaltungsort selbst spürbar. Als Kooperationspartner eignete sich der Betreiber-Verein der Kunsthalle besonders gut, da dieser ein ehemaliges Industriegebäude nutzt, öffentlich zugänglich macht und mit Formaten wie Erzählcafé und Podiumsdiskussion eine partizipative Auseinandersetzung mit dem Ort ermöglicht. Passend dazu wurden auf dem Podium genau solche Projekte diskutiert, wobei die Kunsthalle selbst als anschauliches Beispiel direkt vor Ort diente. Kritisch anzumerken ist jedoch, dass die Kunsthalle als junger Veranstaltungsort noch im Aufbau begriffen ist; um künftig ein breiteres Publikum anzusprechen und zu erreichen, könnte es sinnvoll sein, zusätzlich etablierte Vereine oder Arbeitnehmer:innenverbände als Kooperationspartner einzubinden.

Das Erzählcafé fand in einer intimen Runde mit rund einem Dutzend Teilnehmer:innen statt, wodurch ausreichend Raum für individuelle Beiträge blieb. Neben den beiden eingeladenen Zeitzeugen stellte sich heraus, dass ein Gast selbst als Arbeitnehmer die Transformationszeit in Riesa miterlebt hatte und eigene Erzählungen sowie Kontextualisierungen beisteuern konnte. Die kreisförmige Sitzanordnung mit den Zeitzeugen prominent auf einem Sofa markierte deren Rolle als Ausgangspunkt der Diskussion und lenkte den Fokus zugleich auf andere Stimmen. Die erste Programmhälfte widmete sich den Biografien und Erfahrungen der beiden Hauptzeitzeugen während des Umbruchs in Riesa, während die zweite Hälfte von impulsiven Beiträgen der Runde geprägt wurde, die Fragen, Gegenpositionen und zusätzliche Perspektiven einbrachten. Die Moderation kanalisierte dieses offene Gespräch, das von emotional aufgeladenen und teils frustrierenden Rückblicken auf Arbeitsverhältnisse, gesellschaftliche Zustände und kommunale Politik in Riesa durchzogen war. Sie ermöglichte eine sachliche Einordnung dieser Äußerungen, ohne die subjektiven Erfahrungen zu delegitimieren. Besondere Relevanz erlangte die Beteiligung der Expert:innen, die teilweise bereits vorab angereist waren und als Gäste teilnahmen. Ihre wissenschaftlich fundierten Interventionen erweiterten den Diskurs, indem sie persönliche Narrative in einen überregionalen historischen Kontext einbetteten und neue Fragestellungen provozierten.

Fridtjof Florian Dossin während der Podiumsdiskussion, 26. August 2025
(C. Faludi/GEDG)



Die Anwesenheit der Expert:innen beim Erzählcafé wirkte sich auch auf die Podiumsdiskussion aus: Es wurde auf Aussagen der Zeitzeugen zurückgegriffen und diese als Beispiele in den einzelnen Themenblöcken verwendet. Dadurch ergab sich ein roter Faden, der sich durch den gesamten Thementag zog. Für Teilnehmer:innen, die nur das Podium besuchten, war dieser Zusammenhang nicht in gleicher Weise zugänglich, dennoch schien der Kontext ausreichend klar, sodass zumindest nach außen keine Verwirrungen auftraten. Für die Filmaufnahme des Podiums könnte erwägt werden, vereinzelte Rückbezüge nachträglich auszuarbeiten, um den Zuschauer:innen zusätzlichen Kontext zu bieten. In der Podiumsdiskussion gab es viele Übereinstimmungen. Die Expert:innen äußerten selten Gegenpositionen, sondern unterstützten sich gegenseitig darin, mit ihren unterschiedlichen Hintergründen und Forschungsschwerpunkten Themen wie Industriekultur, Erinnerungskultur und Denkmalpflege differenziert darzustellen. Die Diskussion folgte weniger einer gegenseitigen Argumentation, sondern machte die Verzweigungen zwischen den einzelnen Themen sichtbar und griff wiederholt auf Aspekte und Begriffe zurück. So verdeutlichte das Podium die Diskursivität und die vielen Facetten des Themas Industriekultur und betonte die Bedeutung reflexiver Aushandlungsprozesse im Kontext der Transformationszeit.

Der enge inhaltliche Zusammenhang beider Veranstaltungen des Thementags in Riesa resultierte daraus, dass sowohl das Erzählcafé als auch die Podiumsdiskussion am selben Tag stattfanden. Dies brachte erhebliche organisatorische Vorteile mit sich, etwa hinsichtlich An- und Abreise sowie direkter inhaltlicher Verweise vom Erzählcafé auf das Podium, und schuf durch die Anwesenheit einzelner Personen in beiden Formaten einen erkennbaren Zusammenhang. Gleichzeitig verlangte es allen Beteiligten ein hohes Maß an Aufmerksamkeit ab, was sich etwa daran zeigte, dass nicht alle Gäste des Erzählcafés auch das Podium besuchten. Die Abwesenheit mag verschiedene Gründe gehabt haben, verdeutlicht jedoch, dass die Teilnahme an zwei längeren Gesprächsformaten desselben Tages außergewöhnliche Konzentrationsfähigkeit erfordert. Künftig dürfte es sich daher anbieten,

die Formate auf zwei Tage zu verteilen. Ein weiterer Nachteil lag darin, dass der Thementag auf einen Dienstag fiel und somit in die Arbeitswoche ragte. Für berufstätige Personen waren die Veranstaltungen dadurch weniger zugänglich, weshalb eine Verlegung ins Wochenende oder zumindest ein späterer Beginn des Podiums nach 18 Uhr zu erwägen ist. Die Wahl des Wochentags erschwerte zudem die Akquise von Zeitzeug:innen, da diese sich teilweise nicht frei nehmen konnten. Insgesamt gestaltete sich die Gewinnung von Zeitzeug:innen für das Erzählcafé als besonders anspruchsvoll: Einerseits bestand ein bestehendes, jedoch schwer erreichbares Netzwerk, andererseits wirkten inhaltliche Hemmnisse, da Themen wie Arbeitslosigkeit, biografische Brüche und Identitätsverlust nur selten öffentlich verhandelt werden und dies die Bereitschaft zur Teilnahme einschränkte. Letztlich konnten jedoch Dirk Haubold und Volker Herold gewonnen werden. Eine weibliche Perspektive blieb bedauerlicherweise unbesetzt, ebenso wäre eine migrantische Perspektive wichtig gewesen, um die Vielfalt der Transformationserfahrungen vollständig abzubilden; beides wurde im Erzählcafé und auf dem Podium jedoch thematisiert, sodass diese Perspektiven nicht unerwähnt blieben.

Trotz dieser kritischen Anmerkungen bot das Format des Thementags insgesamt eine hervorragende und ausgewogene Diskussionsplattform, um die Industriekultur der Transformationszeit zu beleuchten. Durch die Erfahrungsberichte der Zeitzeugen und die Analysen der Expert:innen wurden vielfältige Perspektiven sichtbar, darunter die städtische Identitätsbildung durch Industrie, die lückenhafte historiografische Auseinandersetzung mit der Umbruchszeit sowie die Stimmen marginalisierter Gruppen.

Neben der Durchführung des Thementags »Industriekultur« konnten durch die Veranstaltung Inhalte für weitere Formate gewonnen werden, die über das Projekt »UM/BRUCH« auf verschiedenen Plattformen geteilt und somit einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden. Die Podiumsdiskussion wurde aufgezeichnet und steht als Video zur Verfügung. Darüber hinaus werden zentrale inhaltliche Aspekte des Erzählcafés und des Podiums in einem Podcast-Feature zur Industriekultur in der Transformationszeit erneut aufgegriffen und fachlich eingeordnet. Für die inhaltliche Bereicherung des Features wurde zudem ein Interview mit dem Podiumsgast Fridtjof Florian Dossin durchgeführt. Darin geht Dossin detailliert auf zentrale Themen ein: die schrittweise Umnutzung industrieller Gebäude, die Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte sowie die Berücksichtigung der Perspektiven von Arbeiter:innen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Frage zu, wie industrielle Identität, das städtische Bild und Aspekte der Nachhaltigkeit in Umnutzungskonzepten bewahrt werden können. Ziel dieser Aufbereitung ist es, die im Thementag entwickelten Argumente und Erkenntnisse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen und das Thema »Industriekultur« im Kontext der Transformationsjahre nachhaltig darzustellen. Die ergänzenden Formate tragen dazu bei, die Ergebnisse über die Veranstaltung hinaus wirksam werden zu lassen und eine vertiefte Auseinandersetzung mit Industriekultur, Transformationsprozessen sowie deren sozialen, historischen und städtebaulichen Dimensionen zu ermöglichen. Dabei werden unterschiedliche Perspektiven miteinander verknüpft und die Diskussion langfristig sichtbar gemacht.

Literatur

Brunne, Sebastian/Kuhnhenne, Andreas (Hg.): Proteste, Betriebe und Gewerkschaften. Beiträge zur ostdeutschen Transformation seit 1990, Berlin 2023.

Fuder, Katja: Schnelle Privatisierung für schnelle Erlöse. Wie die Transformation der DDR-Wirtschaft finanziert werden sollte, in: Hoffmann, Dierk (Hg.): Transformation einer Volkswirtschaft. Neue Forschungen zur Geschichte der Treuhandanstalt, Berlin 2020, S. 70–83.

Lindner-Elsner, Jessica: Transformation der Automobilindustrie Ostdeutschlands. Soziale Ungleichheiten im Umbruchprozess am Beispiel Eisenach, in: Brunne, Sebastian/Kuhnhenne, Andreas (Hg.): Proteste, Betriebe und Gewerkschaften. Beiträge zur ostdeutschen Transformation seit 1990, Berlin 2023, S. 55–76.

Martens, Bernd: Der entindustrialisierte Osten, Jena/Halle (Saale) 2010.

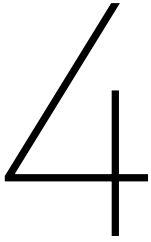
Rösel, Felix: Leuchttürme mit langen Schatten. Frühere DDR-Bezirkstädte haben heute noch immer fast 50.000 Einwohner mehr, in: ifo Dresden berichtet 27 (2020) H. 2, S. 10–13.

Warnecke, Jakob: »Der Kampf um unseren Betrieb hat begonnen.« Gewerkschaftliche Praxis im Hennigsdorfer Stahlwerk zwischen 1989 und 1994, in: Brunne, Sebastian/Kuhnhenne, Andreas (Hg.): Proteste, Betriebe und Gewerkschaften. Beiträge zur ostdeutschen Transformation seit 1990, Berlin 2023, S. 13–34.

Weiterführende Literatur

Köhler, Claus/Pohl, Rüdiger (Hg.): Aspekte der Transformation in Ostdeutschland. IEW-Tagungsband anlässlich eines Symposiums in Leipzig im September 1995. Band 34, Berlin 1995.

Richter, Götz: Soziale Bindungen zwischen System und Lebenswelt. Solidarische Integration im VEB in der DDR, Konstanz 1999.



Tourist:innen im Naturschutzgebiet
Dornbusch auf der Insel Hiddensee,
1991 (J. Kalaene / ZB)



Link zum Podcastfeature

Urlaubskultur

Margarete Puhl

Thementage am 21. und 22. September 2025

in der Homunkulus Figurensammlung, Vitte/Hiddensee



Historische Einordnung

Die Forderung nach Reisefreiheit wurde 1989 unter anderem mit dem Schlagwort »Visafrei bis Hawaii« zu einer zentralen Losung im Protest gegen das SED-Regime, der am 9. November 1989 zum Mauersturz in Berlin führte.¹ Schlagartig konnten Ost-Bürger:innen die Grenze in den Westen überschreiten, es stand ihnen – ökonomische oder soziale Einschränkungen einmal außer Acht gelassen – nun tatsächlich die Welt offen. Zu Zeiten der DDR bestand das Recht auf Reisefreiheit, das heißt das Land selbstbestimmt zu verlassen, nicht. Spätestens mit dem verschärften Passgesetz von 1957 drohte bei Ausreise aus dem DDR-Gebiet ohne Genehmigung die Gefängnisstrafe.² Der Mauerbau 1961 besiegelte dann das Anliegen des SED-Regimes unkontrollierte Bewegungen ins Ausland um jeden Preis zu unterbinden. Dem gegenüber stand ein staatlich breit subventionierter und reglementierter Urlaubssektor für Reisen innerhalb der DDR und ins sozialistische Ausland. Das Reisen hatte innerhalb der DDR einen hohen Stellenwert und nahm nicht zuletzt auch eine ideologische Funktion ein. Anfangs wurden Reisen noch als Belohnung für staatstreue Arbeiter:innen und Angestellte ausgegeben, später dann als Mittel zur Stabilisierung des sozialen und politischen Friedens für die breite Masse eingesetzt. Spätestens in den 1980er Jahren war das Reisen in der DDR eine Normalerscheinung. Das Ausmaß des Tourismus nahm im Laufe der Jahre so stark zu, dass es im letzten Jahrzehnt prozentual sogar das der Westdeutschen überflügelte.

1 — Die Gesellschaft für deutsche Sprache wählte 1989 Reisefreiheit zum Wort des Jahres, siehe Claudia Rusch: »Visafrei bis Hawaii«. Reisefreiheit damals und heute, <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/fakten-meinungen-mythen-die-ddr-als-projektionsflaeche/reisen>, z. a. 9.1.2026.

2 — Vgl. Spode: Urlaub (2022), S. 38.

Beliebte Urlaubsregionen in der DDR waren der Thüringer Wald, die Mecklenburgische Seenplatte, das Erzgebirge, der Harz und die Ostseeregion im Bezirk Rostock, in der auch Hiddensee lag. Die Ostseeinsel war schon seit Ende des 19. Jahrhundert ein beliebtes Reiseziel, der Tourismus stieg während der DDR jedoch stark an. Ein Urlaubsschein für Hiddensee war sehr begehrt und vor allem in den ersten Jahren aufgrund der begrenzten Kapazität nicht leicht zu erhalten. Reisen auf Hiddensee wurden anfangs vor allem über den Feriendienst des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) organisiert. FDGB-Heime auf Hiddensee waren beispielsweise das *Hittim*, das *Ostsee-Heim* oder das *Karl-Krull-Heim*. Der FDGB wurde staatlich finanziert und verfolgte die Interessen des Staates, das heißt es herrschte Streikverbot.³ Der Feriendienst des FDGB, 1947 gegründet, verfügte über Ferienheime, deren Betten für geringes Geld über die sogenannten gewerkschaftlichen Grundorganisationen in den Betrieben an die Gewerkschaftsmitglieder, die einen Ferienscheck beantragt hatten, verteilt wurden.⁴ Generell galt, Mehrfachbewerbungen waren verboten, und wenn ein Antrag bewilligt wurde, sollte man beim nächsten nicht oder nur mit einem »schlechteren« Platz berücksichtigt werden. 1954 konnte der Feriendienst des FDGB DDR-weit bereits eine Millionen Urlauber:innen entsenden – daraufhin stagnierte das Niveau, da es den Staat zu viel kostete. Durch die wachsende Zahl der Mitglieder (Mitte der 1980er hatte der FDGB über 9,5 Millionen Mitglieder) wuchs die Zahl der Anspruchsberechtigten jedoch rapide und die Wartezeiten verlängerten sich.

Um die Kapazitäten des FDGB zu steigern, wurde 1950 eine Regelung erlassen, die auch für Hiddensee galt: Auf Anfrage mussten dem FDGB 90 Prozent der Betten einer privaten Unterkunft zur Verfügung gestellt werden.⁵ Unter dem Machthaber Walter Ulbricht wurden in den Anfängen der 1950er Jahre zudem Razzien in Urlaubsgegenden durchgeführt und unter fadenscheinigen Gründen zahlreiche Hotels und Ferienunterkünfte beschlagnahmt. Im Zuge der sogenannten Aktion Rose 1953 wurden an der Ostseeküste Immobilien im Wert von 30 Millionen Mark enteignet.⁶ Von den Enteignungen profitierte jedoch weniger der FDGB als vielmehr Polizei, Staatssicherheit und Armee.⁷ Aufgrund der begrenzten Kapazitäten auf der Insel wurde Hiddensee von den Razzien, so auch von der Aktion Rose, größtenteils verschont. Ab Mitte der 1960er Jahre stiegen die Bautätigkeiten v. a. im Bereich des Edeltourismus unter Ulbricht. Ab 1971 wurden unter Erich Honecker zahlreiche dieser Projekte gestoppt, günstigere Bauprojekte gestartet und Luxushotels an den FDGB überführt, sodass sich die Kapazitäten des FDGB in der Ära Honecker verdoppelten.⁸

Was der FDGB aufgrund mangelnder Finanzierung nicht abdecken konnte, stellten ab den 1960er und 1970er Jahren dann die Volkseigenen Betriebe (VEB) bereit. In den 1980er Jahren entsandten die Betriebe schließlich mehr Urlauber:innen als der Feriendienst des FDGB. Auf Hiddensee waren 1989 60 Betriebe mit Erholungseinrichtungen auf der Insel vertreten, hinzu kamen Unterkünfte der SED, Stasi, NVA und des Ministerrats.⁹ Anders als beim FDGB entschieden die Betriebe vielfach in Eigenregie über die Platzvergabe. Mitunter tauschten sie ihre Einrichtungen, um den eigenen Arbeiter:innen und Angestellten Alternativen zu bieten. Die Kosten für die Urlauber waren ähnlich wie beim FDGB niedrig.

3 — Der Tourismus war für den Staat ein teures Unterfangen: So schlug der Feriendienst des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) 1970 mit 116 Millionen Mark, 1988 mit ca. 180 Millionen Mark aus dem Staatshaushalt zu Buche.

4 — Da die Vergabe über die Betriebe erfolgte, gab es aber keine einheitliche Praxis, manche verlost das Kontingent an FDGB-Urlaubsscheinen für den Betrieb oder hängten sie am Schwarze Brett aus. Besonders wichtige Kombinate (wie etwa die Wismut) sind bei der Zuteilung der Kontingente bevorzugt, und es kommt vor, dass Betriebe die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder künstlich erhöhen, um ein größeres Kontingent zu erhalten. Siehe auch Görlich: Urlaub (2012), S. 36.

5 — Faust: Hiddensee (2020), S. 273.

6 — Spode: Urlaub (2022), S. 45 f.

7 — Um das Vertrauen der Bevölkerung in die Partei wieder aufzubauen, wurden nach dem 17. Juni 1953 einige Verhaftete wieder freigelassen, viele der ehemaligen Hoteliers flohen in den Westen. Vgl. Spode: Urlaub (2022), S. 48.

8 — Ebd., S. 59 f.

9 — Faust: Hiddensee (2020), S. 290 f.

Erholungsurlaub an Deck des FDGB-Urlauberschiffes »Fritz Heckert«, um 1965 (Berliner Verlag)



Und auch private Reisen machten im ganzen DDR-Gebiet und so auch auf Hiddensee einen bedeutenden Anteil aus. Auf dem Festland wurden Privatreisen vor allem als Campingurlaube angetreten. Auf Hiddensee gab es weniger Campingplätze als vielmehr zahlreiche private Unterkünfte. Dabei wurde nicht immer offiziell vermietet: Etliche Bewohner:innen bauten Verschlüsse in Unterkünfte um und vermieteten diese inoffiziell, um sich etwas dazuzuverdienen. Die Politik wollte Privatreisen indes unterbinden, da sie, anders als in FDGB-Heimen oder betrieblichen Unterkünften, kaum kontrolliert werden konnten; nur gelang es ihr nicht: Privatreisen machten in den späten 1980er Jahren den Großteil der Reisetätigkeit auf Hiddensee aus. Zu den zahlreichen Übernachtungsgästen kamen zudem noch die Tagestourist:innen, die massenweise mit der *Weißer Flotte* vom Festland *angespült* wurden. Bereits in den 1960er Jahren war die Insel durch die vielen Urlauber:innen vor allem in den Sommermonaten überlastet.¹⁰

Hiddensee war jedoch nicht nur ein beliebtes und schwer zu erreichendes Reiseziel, sondern auch Grenzgebiet der DDR und unterlag daher besonderer Beobachtung. Aufgrund der Fluchtgefahr über die Ostsee wurden die Strände von Grenztruppen überwacht, vor der Küste waren Schiffe der *Volksmarine* zu sehen. Und: Bereits Ende des 19. Jahrhunderts etablierten Wissenschaftler:innen und Künstler:innen Hiddensee als einen politischen und künstlerischen Zufluchtsort. Dieses Erbe war auch während der DDR spürbar: Menschen, die Abstand zwischen sich und das Regime bringen wollten, die beispielsweise auf Bewilligung ihres Ausreiseantrages warteten, konnten auf Hiddensee als Saisonarbeiter:innen vom Tourismus leben – oder unangemeldet und unbeobachtet in den Dünen übernachten. Wenngleich auch auf

10 — Von geringerer Bedeutung für Hiddensee war das Reisebüro der DDR, das vor allem Kurzreisen und teure Auslandsreisen (mehrheitlich in sozialistische Staaten) organisierte.

Hiddensee die Staatssicherheit präsent war, bestand dort ein Freiraum, in dem unentdeckt zu bleiben möglich war. Die Zustimmung der Bevölkerung zur SED fiel zudem vergleichsweise niedrig aus. Zwischen 1946 und 1989 halbierte sich die Zahl der Parteimitglieder von 135 auf 70 Personen, sodass in der Kommunalpolitik aufgrund mangelnder Bereitschaft Ämter zu besetzen Kommissionen und Gremien nicht ordnungsgemäß arbeiten konnten.¹¹

Während der DDR war Hiddensee also ein Sammelbecken mit Zündstoff: Aufgrund des massenweisen Tourismus war es schwer den Überblick zu behalten, die Bewohner:innen waren auffallend ablehnend gegenüber der SED und vom Festland kamen viele regimekritische »Freigeister« hinzu. Die Lage spitzte sich auf Hiddensee wie auch andernorts Ende der 1980er Jahre zu: Während die Einheimischen immer weniger Baumaterialien für Instandhaltung ihrer eigenen Häuser zur Verfügung hatten und untereinander einen Tauschhandel mit Waren etablierten, zeigte sich die Partei davon unbekümmert. Das Ungerechtigkeitsgefühl der Hiddenseer:innen mündete 1987 in Aktion, als das Zentralkomitee (ZK) ohne Genehmigung des Gemeinderats begann das *Haus am Hügel* in Kloster baulich zu erweitern.¹² Während andere Unterkünfte verfielen und Wohnungsknappheit für die Bevölkerung herrschte, baute das Zentralkomitee im Wert von ca. 2 Millionen Mark neue Appartementshäuser. Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, war die Enteignung einer Hiddenseerin, der man ohne nennenswerte Entschädigung die an das *Haus am Hügel* angrenzende Obstbaumwiese nahm.

Im Oktober 1989, als bereits zwei der vier geplanten Appartementshäuser für das ZK fertiggestellt waren, gründete sich auf Hiddensee eine »Initiativgruppe« um den Inseleltpastor Manfred Domrös. Ebenfalls beteiligt waren Sonja Kühne, Leiterin des Gerhard-Hauptmann-Hauses und SED-Mitglied sowie Andreas Kaufman, Inhaber der *Griebener Gaststätte* und ebenfalls SED-Mitglied. Eine erste von der Initiativgruppe initiierte Einwohner:innenversammlung fand am 31. Oktober 1989 in der evangelischen Kirche unter dem Motto »Die Reformation geht weiter« statt. Ein Drittel der Hiddenseer Bevölkerung, ca. 400 Personen, nahm Teil, Thema war unter anderem das Bauprojekt des ZK am *Haus am Hügel*. Eine konkrete Forderung der Versammlung lautete, dass die zwei fertiggestellten Häuser als Wohnhäuser der Inselbevölkerung zur Verfügung gestellt werden sollten. Außerdem wurde ein offener Brief an den neuen Generalsekretär im Zentralkomitee, Egon Krenz, formuliert. Weitere Themen darin waren neben dem Prunkprojekt und dem massenweisen Ausbau von Ferienunterkünften durch den FDGB und Betriebe der Verfall von Gebäuden, die der Allgemeinheit dienen sollten, die ökologische Belastung der Insel und allgemein das *Messen mit zweierlei Maß*. Die Hiddenseer:innen forderten, an allen Entscheidungen die Insel betreffend beteiligt zu werden.¹³

Mit dem Sturz der Mauer im November 1989 waren auch auf Hiddensee die gewohnten Abläufe außer Kraft gesetzt. So waren beispielsweise bei der Bürgermeister:innenwahl im Januar 1990 nicht jene im Wahlregister, sondern alle stimmberechtigt, die bei der Wahl anwesend waren.¹⁴ Eine neu gegründete Arbeitsgruppe konnte die Forderungen bezüglich des *Hauses am Hügel* durchsetzen, unter dem Motto »Sanfter Tourismus« wurden Baustopps auf der Insel verhängt, Gebäude in das Eigentum der Gemeinde überführt, den Hiddenseer:innen zur

11 — Faust: Hiddensee (2020), S. 360 f.

12 — Ebd., S. 364 f.

13 — Ebd., S. 365.

14 — Dass die so gewählte Bürgermeisterin ihren Wohnsitz nicht nach Hiddensee verlegen wollte, führte dann dazu, dass die Wahl einfach wieder annulliert wurde.

Verfügung gestellt und so neuer Wohnraum geschaffen. Der neue Gemeinderat erließ Regelungen zur Eindämmung von Müll und unterzeichnete Gewerbeanträge, die in erster Linie den Bewohner:innen der Insel zugutekamen.

Im Sommer 1990 gab es auf Hiddensee erstmals freie Zimmer, da die DDR-Bürger:innen mit hoher Arbeitslosigkeit konfrontiert waren und daher andere Probleme zu bewältigen hatten.¹⁵ Das Urlaubsniveau hat sich jedoch bereits 1991 aufgrund der Beliebtheit der Insel wieder so weit erhöht, dass die Hiddenseer:innen weiterhin vom Tourismus leben konnten und die hohe Arbeitslosigkeit dort nicht Einzug erhielt. Mit der Abwicklung der ehemals *Volkseigenen Betriebe*, verfügte die *Treuhand* nun auch über die betrieblichen Ferieneinrichtungen. Diese wurden nicht selten an private Interessent:innen aus dem Westen verkauft und in Hotels umgewandelt.¹⁶ Gegen den Ausverkauf der Insel an Investoren waren die Bewohner:innen auf der Insel quasi machtlos, hatten sie meist selbst nicht das Geld, um Immobilieneigentum zu erwerben. Die Initiativgruppe um Pastor Domrös konnte jedoch wichtiges erreichen: Nachhaltiger Tourismus wurde zu einem Thema der Öffentlichkeit erhoben, überdimensionierte Infrastrukturausbauten wie beispielsweise der Hafenausbau in Vitte konnten verhindert und Freiflächen und Naturschutzgebiete, welche die Insel bis heute auszeichnen, konnten erhalten werden.

Die Thementagein der Humunkulus Figurensammlung in Vitte

Die Thementage auf Hiddensee verfolgten das Ziel, im Gespräch mit Zeitzeug:innen und Expert:innen die Transformation des Tourismus auf Hiddensee in den frühen 1990ern in den Blick zu nehmen: Was hat sich verändert und wie wurden diese Veränderungen gestaltet und erfahren? Dabei ist Hiddensee ein besonderer Ort, da hier Tourismus, Grenzcharakteristik und Freigeistigkeit aufeinandertreffen und sich miteinander vermengen. Es ging auf Hiddensee darum, diese besondere Situation genauer zu beleuchten, die über den exemplarischen Wert für die Transformation von Urlaubsregionen nach dem Mauerfall hinausgeht.

Am Sonntag, den 21. September von 18–20 Uhr fand in der Humunkulus Figurensammlung in Vitte die Podiumsdiskussion statt. Auf der kleinen Theaterbühne, vor der Kulisse des Stücks »Gastmahl des Meeres«, diskutierten Christiane Wolff, Marion Magas, Burkhard Bley und Hasso Spode über Urlaub in den frühen 1990er Jahren auf Hiddensee. Das Gespräch wurde von Liane von Billerbeck moderiert. Einleitend listete Hasso Spode die fünf Säulen der Urlaubsorganisation der DDR auf: Der Feriendienst des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), erstens, und die betrieblichen Urlaube, zweitens, machten einen Großteil der Urlaubsaktivität aus. Dazu kam, drittens, der Individualurlaub, der vor allem auf Campingplätze verlegt und im Laufe der DDR immer wichtiger wurde. Von diesem abzugrenzen ist, viertens, der sogenannte Schattentourismus: Unangemeldete Privatreisen in inoffiziellen Unterkünften oder mit Übernachtungen im Freien, beispielsweise in den Dünen der Ostseeinseln. Zuletzt, fünftens, das Reisebüro der DDR, über das für viel Geld Reisen ins sozialistische Ausland gebucht werden konnten. Nach dieser Auflistung berichteten Christiane Wolff und Marion Magas – beide in jungen Jahren auf die Insel gekommen – von ihren Erinnerungen an die Kindheit und Jugend

15 — Faust: Hiddensee (2020), S. 359.

16 — Bähre: Tourismuspolitik (2003), S. 432.

Auf der Bühne des Figurentheaters Homunkulus diskutieren (von rechts): Hasso Spode, Marion Magas, Burkhard Bley und Christiane Wolff, Liane von Billerbeck moderiert das Gespräch, 21. September 2025 (C. Faludi /GEDG)



Link zum Podium auf Hiddensee



auf Hiddensee: Sie erzählten einhellig, Grenztruppen und Volkspolizei seien zwar präsent gewesen, man habe sich mit ihnen aber gut arrangieren können. An Klischees wie das Luftmatratzenverbot oder eine Ausgangssperre am Strand nach Sonnenuntergang konnten sie sich nicht erinnern. Auf Hiddensee habe trotz der Grenzlage ein gemäßigter Ton geherrscht, bestätigte auch Hasso Spode: Die Grenzregelungen haben in der gesamten DDR zwar bestanden, wie sie vor Ort jedoch umgesetzt worden sei, stünde auf einem anderen Blatt. Im Kontrast dazu stand der Bericht Burkhard Bleys, Landesbeauftragter für die Aufarbeitung der SED-Diktatur von Mecklenburg-Vorpommern: Bis 1989 seien gesichert 135 Personen auf der Flucht von der Ostseeküste ums Leben gekommen, wobei davon auszugehen sei, dass die Dunkelzahl erheblich höher liege.

Christiane Wolff erzählte, dass sich die Stimmung in den späten 1980er Jahren auch auf Hiddensee veränderte. Die Ungerechtigkeit der Lebenssituation der einfachen Leute gegenüber den »Parteibonzen« sei nicht länger tragbar gewesen. Vor allem der mangelnde Zugang zu Baumaterialien habe die Einheimischen sehr belastet. Nachdem Wolff von ihrem Biologie-Studium in Greifswald auf die Insel zurückkehrte, wurde sie Teil der Initiativgruppe um Pastor Domrös und der Arbeitsgruppe, die sich erfolgreich für die Kommunalisierung der Appartementshäuser am *Haus am Hügel* einsetzte. Die Arbeit in der Initiativgruppe habe wenig Struktur gehabt, so habe es beispielsweise keine regelmäßigen Treffen gegeben. In dieser Zeit seien so viele Missstände zu bewältigen gewesen und man sei sich auf der Insel sowieso ständig über den Weg gelaufen, dass an Regelmäßigkeit gar nicht zu denken gewesen sei. Marion Magas, die seit 1975 auf Hiddensee lebt, war in den Sommermonaten der 1980er Jahre als Saisonarbeiterin u. a. in einem FDGB-Heim tätig und hielt sich immer wieder auch in Berlin auf, wo sie die politischen Spannungen miterlebte. In der Umbruchszeit begleitete sie die Entwicklungen auf Hiddensee intensiv, sah aber auch den Kontrast zu den städtischen Protesten wie etwa am 4. November auf dem Alexanderplatz. Auf

Im Rahmen der Podiumsdiskussion im Figurentheater Homunkulus erläutert Hasso Spode die Urlaubsstruktur der DDR, 21. September 2025
(C. Faludi/GEDG)



Christiane Wolff berichtet von den Zielen der Initiativgruppe, rechts von ihr Burkhard Bley und Marion Magas, 21. September 2025
(C. Faludi/GEDG)



Hiddensee sei der Machtwechsel vergleichsweise gemäßigt abgelaufen. Wolff betonte, dass man auch auf der abgeschiedenen Insel die Entwicklungen des Festlandes mitverfolgt habe, so haben die Hiddenseer:innen unter anderem die Montagsdemonstrationen in Leipzig und Halle und das gewaltsame Vorgehen des SED-Regimes als einschneidend erlebt.

Am folgenden Tag, Montag, den 22. September, kamen nachmittags zahlreiche Inselbesucher:innen bei Kaffee und Kuchen auf der Sonnenterasse des Figurentheaters zum Erzählcafé zusammen. Den Ausschank stellten Karl Huck und Wiebke Volksdorf in der kleinen Bar des Figurentheaters bereit. Drinnen gut ausgestattet, suchte man sich draußen einen Platz an einem der Tische. Nachdem alle Gäste einen Platz gefunden hatten, begrüßte Lena-Marie Forkel (GEDG) die etwa 30-köpfige Runde und erläuterte den Ablauf der

nächsten zwei Stunden: Da der Zeitzeuge, der für das Erzählcafé eingeladen war, aufgrund unvorhergesehener Ereignisse am Tag zuvor absagen musste, waren wir angehalten, von unserem ursprünglichen Format des Zeitzeugengesprächs abzuweichen, und das Gespräch unmittelbar für alle zu öffnen. Die Tischgruppen stellten nun Diskussionsgruppen dar, in welchen die Fragen, die Lena-Marie Forkel über ein Mikrofon in die Runde gab, besprochen wurden. Mit der Einstiegsfrage »Was haben Sie am 9. November 1989 gemacht?« begannen angeregte Gespräche über eigene Erinnerungen an die Zeit des Umbruchs. Das GEDG-Team übernahm in jeder der vier Tischgruppen die Moderationsrolle, um das Gespräch zusammenzuhalten und auch diejenigen zum Sprechen anzuregen, die sich weniger frei fühlten von ihren eigenen Erfahrungen zu berichten. Die Gäste der Veranstaltung hatten größtenteils den Mauersturz miterlebt, die meisten kamen aus der ehemaligen DDR, einige im Westen Beheimatete konnten jedoch ebenfalls Geschichten zur Umbruchszeit erzählen. Gerade der Dialog zwischen den verschiedenen Erfahrungen und Perspektiven aus unterschiedlichen Regionen innerhalb der ehemaligen DDR sowie aus Ost und West, aus verschiedenen Milieus, Generationen und politischen Standpunkten bereicherte den Austausch ungemein.

Auch die zweite Frage nach den Hoffnungen und Ängsten im Zuge des Mauersturzes löste ein angeregtes Stimmengewirr aus. Während die meisten Menschen zur Frage nach dem 9. November eine Anekdote erzählen konnten, erforderte die zweite Frage ein wenig mehr Reflexion und Einfühlung in die Zeit von vor 35 Jahren. Es wurde von der Hoffnung auf Freiheit, insbesondere Rede- und Reisefreiheit, berichtet – endlich sagen zu können, was man denkt, ohne Angst vor Sanktionierung haben zu müssen; endlich den Westen besuchen zu können. Die Angst vor der Ungewissheit, vor Arbeitslosigkeit und existentiellen Nöten, vor denen man in der DDR doch meist abgesichert war, bildeten das Pendant.

Die dritte Frage: »Was hätte aus Ihrer Sicht in der Umbruchszeit anders laufen sollen?« war nun eine konkret gesellschaftlich-politische Frage, die die Gäste von der Vergangenheit ins Heute holen sollte. Es waren einige Stimmen zu hören, die sich gewünscht hätten, dass Errungenschaften der DDR im Prozess der Wiedervereinigung ernst genommen worden wären. Als Beispiel wurden Aspekte des DDR-Bildungssystems genannt, von denen das gesamtdeutsche System hätte profitieren können. Außerdem fühlten sich manche der damaligen Ost-Bürger:innen im Prozess des Neuanfangs und der Umstrukturierung nach dem 9. November 1989 nicht gefragt. Es wurde der Eindruck berichtet, dass *über den Kopf der Leute* hinweg entschieden wurde, das Tempo sei rasant gewesen. Neben den neuen privaten Herausforderungen sei es schwer gewesen mitzuhalten. Für andere war die Umbruchszeit weniger eine Zeit der Unsicherheit als vielmehr eine Zeit der Chancen. Es wurde von Umzügen in den Westen, neuen Jobs und beruflichem Aufstieg berichtet.

Nach zwei Stunden intensiven Austauschs und Kennenlernens wurde die Veranstaltung offiziell beendet. Die Gäste saßen noch einige Zeit zusammen, tauschten sich weiter über Erlebtes und Erinnertes aus – und es war zu beobachten, dass der ein oder andere Kontakt ausgetauscht.

Auf der Terrasse der Homunkulus Figurensammlung kommen die Gäste des Erzählcafés über die Umbruchszeit ins Gespräch, 22. September 2025 (C. Faludi/GEDG)



Reflexion

Das Projekt UM/BRUCH hat zum Ziel, die Transformationszeit aus verschiedenen Blickwinkeln und mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten in Betracht zu nehmen. Wenngleich auf Hiddensee das Thema »Urlaubskultur« im Mittelpunkt stand, zeigte sich schnell, dass es notwendig sein würde, auf der Insel mehr als das zu thematisieren: Die kleine Ostseeinsel mit naturgegeben begrenzten Kapazitäten, die während der DDR beliebtes Reiseziel, bewachtes Grenzgebiet und politisch-kultureller Zufluchtsort war, dient in besonderer Weise als Brennglas für die Zeit vor und nach dem Mauersturz. Das macht den Ort so interessant für die Transformationsforschung und stellt zugleich vor Herausforderungen.

Auf der Insel mit knapp 1000 Einwohner:innen kennt man sich, die Erfahrung von Bekannten bespitzelt und als Hiddenseer:innen stets zu kurz gekommen zu sein beziehungsweise für jede Errungenschaft gekämpft haben zu müssen, bilden ein Erbe, das auch heute noch spürbar ist. So war es eine Herausforderung als Vertreter:innen eines Instituts aus Thüringen/Hessen mit einem Projekt zur Umbruchszeit anfängliches Misstrauen zu überwinden und Zeitzeug:innen zu finden, die bereit waren über ihre Erinnerungen zu sprechen. Wir waren dabei maßgeblich auf unsere Partner:innen vor Ort angewiesen, die uns in der Suche unterstützten und erste Kontakte zu Zeitzeug:innen herstellten. Insbesondere Jana Leistner vom Kunstverein Hiddensee sowie Karl Huck von der Homunkulus Figurensammlung haben dazu beigetragen, dass die Podiumsdiskussion und das Erzählcafé stattfinden konnten. Durch eine gelungene Zusammenarbeit konnten wir vor Ort zudem ein breites und interessiertes Publikum erreichen und so den Erzählungen der Zeitzeug:innen Christiane Wolff und Marion Magas Gehör verschaffen. Es wäre der Veranstaltungsplanung zuträglich gewesen, im Voraus bereits auf die Insel zu kommen, potenzielle Zeitzeug:innen persönlich kennenzulernen und Vertrauen aufzubauen. Die Zurückhaltung, die wir auf Hiddensee verstärkt wahrgenommen haben, finden wir im Rahmen unseres Projekts in abgeschwächter Form auch in ande-

Sabine Reichwein berichtet im Garten ihres *Hexenhauses* in Vitte auf Hiddensee von ihren Erinnerungen an die Umbruchszeit, Lena-Marie Forkel und Margarete Puhl führen das Interview, 21. September 2025 (C. Faludi/GEDG)



Link zum Interview mit Sabine Reichwein



Link zum Interview mit Christiane Wolff



Link zum Interview mit Marion Magas



Link zum Interview mit Grit Günther



Link zum Interview mit Claas Leschner



ren, vor allem kleineren Orten wieder. Eine »Pilotreise« mit dem Ziel vor Ort Gesicht zu zeigen und Vertrauen aufzubauen, könnte das Projekt UM/BRUCH prinzipiell voranbringen.

Auf Hiddensee waren wir mit der Situation konfrontiert, dass ein Zeitzeuge sehr kurzfristig für das Erzählcafé absagen musste und daher das geplante Format nicht mehr durchführbar war. Da die Veranstaltung gut besucht war, konnten wir zu einem offenen Gespräch in Tischgruppen einladen. Die Rückmeldungen des Publikums zur Veranstaltung sowie eigene Beobachtungen waren sehr positiv: Personen, die bei einem moderierten Zeitzeug:innengespräch vielleicht eher still zugehört hätten, fanden ins Sprechen, Erfahrungen wurden geteilt oder kontrastiert – in jedem Falle entstand ein lebendiges Gespräch, wie wir es bei den bisherigen Erzählcafés nicht erlebt hatten. Das mag nicht zuletzt am Aufhänger »Urlaubskultur« sowie daran liegen, dass das Publikum sich in erster Linie aus Urlaub:er:innen zusammensetzte. Nichtsdestotrotz zeigte es sich als förderlich, die Bühnensituation abzuschaffen und kleine egalitäre Austauschrunden zu ermöglichen. Ist es auch das Ziel des Projekts UM/BRUCH Reflexionsprozesse jener anzuregen, die in den 1990er Jahren nicht auf der großen Bühne des politischen Geschehens standen, so könnte es hilfreich sein, dieses Format weiterzuführen.

Neben dieser positiven Bilanz bezüglich des Erzählcafés können wir festhalten, dass wir eine spannend besetzte und sehr gut besuchte Podiumsdiskussion durchführen konnten. Trotz der Themenvielfalt, die auf Hiddensee besteht, ist es Liane von Billerbeck gelungen, ein stringentes Gespräch zu moderieren. Die Diskussion wurde ausgezeichnet und so einem breiten Publikum zugänglich gemacht. Außerdem konnten wir ausführliche und vielfältige Interviews mit spannenden Zeitzeug:innen führen. Auf Hiddensee hatten wir das Glück, auch spontan Menschen zu finden, die bereit waren zu erzählen. Es hat sich ausgezahlt, einen Tag länger vor Ort zu sein, so konnten wir mit genügend Flexibilität aufwarten und verteilt über drei Tage fünf Gespräche führen, die eine Vielzahl verschiedener Perspektiven wie-

derspiegeln: Christiane Wolff sprach vor allem über die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in den späten 1980ern und frühen 1990ern auf Hiddensee; Marion Magas gewährte einen Einblick in den Tourismus und das Leben als Saisonarbeiterin vor und nach dem Mauersturz sowie den Kontrast zwischen Stadt und Land; Grit Günther berichtete aus der Perspektive als Lehrerin auf Hiddensee; Claas Leschner berichtete als ein Hiddenseer Urgestein von der Umbruchszeit, seine Familie lebt seit drei Generationen auf der Insel; schließlich erzählte Sabine Reichwein – Tochter des Widerstandskämpfers Adolf Reichwein – als Westberlinerin, die als Urlauberin während und nach der DDR regelmäßig nach Hiddensee gekommen ist. Diese Vielstimmigkeit ermöglichte ein facettenreiches Portrait der Erfahrungen nach dem Mauersturz auf Hiddensee und ist in Form von Videoclips sowie in einem Feature-Podcast zum Thema Urlaub für zukünftige Interessierte nachzuverfolgen.

Literatur

Bähre, Heike: Nationale Tourismuspolitik in der Systemtransformation. Eine Untersuchung zum ostdeutschen Tourismus 1989–1999, Dresden 2003.

Faust, Manfred: Hiddensee – Die Geschichte einer Insel: Von den Anfängen bis 1990. Mit einer Chronik der wichtigsten Ereignisse von 1991 bis zur Gegenwart, Schwerin 2005.

Görlich, Christopher: Urlaub vom Staat. Tourismus in der DDR. Wien/Köln/Weimar 2012.

Spode, Hasso: Urlaub macht Geschichte. Reisen und Tourismus in der DDR. Berlin-Brandenburg 2022.

5

Fluchtgeschichten

Sarah Traub

Thementag am 3. Dezember 2025 in Gießen

Ein Bus mit Geflüchteten, die am Tag zuvor die Grenze zwischen Ungarn und Österreich durchbrochen hatten, verlässt die überfüllte Bundesaufnahmestelle Gießen in Richtung Notaufnahmelager in Schoepingen bei Muenster/Westfalen, 20. August 1989 (U. Weitz/picture alliance)



Link zum Podcastfeature



Historische Einordnung

Vom Paneuropäischen Picknick ins Notaufnahmelager Gießen

Am 9. November 1989 gingen die Bilder vom Sturz der Mauer um die ganze Welt. Diese ikonischen Szenen markieren den sichtbaren Höhepunkt eines Jahres tiefgreifender politischer und gesellschaftlicher Umbrüche, deren Dynamik schon Monate zuvor eingesetzt hatte. Bereits im Laufe des Jahres 1989 verließen zahlreiche DDR-Bürgerinnen und -Bürger ihr Land. Neben der Ausreise der Flüchtlinge aus der Prager Botschaft im September zählt das Paneuropäische Picknick an der ungarisch-österreichischen Grenze zu den bekanntesten und folgenreichsten Ereignissen dieser Phase.

Das Paneuropäische Picknick am 19. August 1989 nahe Sopron an der ungarisch-österreichischen Grenze gilt heute als einer der Schlüsselmomente auf dem Weg zum Fall des Eisernen Vorhangs.¹ Die ungarische Grenze war infolge politischer Reformen seit 1988 faktisch durchlässiger geworden: Teile des veralteten Signalzauns waren abgebaut oder funktionslos, eine lückenlose Sicherung existierte nicht mehr. Entscheidend war dabei der politische Kurswechsel der ungarischen Regierung, die sich vom sowjetischen Machtanspruch löste, die Reisefreiheit ausweitete und bewusst auf Gewaltanwendung verzichtete. Kaum ein Ort war wohl besser geeignet für eine symbolische Grenzöffnung. Gleichwohl war die Situation an der Grenze rechtlich wie sicherheitspolitisch weiterhin heikel.

1 — Einen guten Überblick zu den Ereignissen rund um das Paneuropäische Picknick gibt László Nagy: https://www.chronik-der-mauer.de/material/178896/laszlo-nagy-das-paneuropaeische-picknick-und-die-grenzoeffnung-am-11-september-1989_z_a_2.2.2026. Siehe ebenso: Kurucz (Hg.): Tor (2000).

Hunderte DDR-Bürger:innen durchbrechen am Rande des Paneuropäischen Picknicks nahe Sopron ein Grenztor von Ungarn nach Österreich, 19. August 1989 (Reuters).



Die Idee für das Picknick entstand im Juni 1989 aus oppositionellen Kreisen in Ungarn und wurde von Mitgliedern des Ungarischen Demokratischen Forums gemeinsam mit der Paneuropa-Union aufgegriffen. Ziel war es, im Zeichen eines vereinten Europas den Abbau des sogenannten Eisernen Vorhangs öffentlich sichtbar zu machen. Nach intensiven organisatorischen Vorbereitungen genehmigten die ungarischen Behörden eine zeitlich begrenzte Öffnung eines stillgelegten Grenztor bei Sopron. Die Öffnung war offiziell für den 19. August zwischen 15 und 18 Uhr vorgesehen und sollte ausschließlich den symbolischen Grenzübertritt geladener ungarischer und österreichischer Gäste ermöglichen. Entgegen der ursprünglichen Intention nutzten mehrere hundert Bürgerinnen und Bürger der DDR die temporäre Öffnung der Grenze zur Flucht nach Österreich. Viele von ihnen hatten sich bereits zuvor in Ungarn aufgehalten, nachdem das Land im Sommer 1989 zunehmend zum Transitstaat für DDR-Flüchtlinge geworden war. Dass es zu einem massenhaften Grenzübertritt kommen würde, hatten weder die Organisatoren noch die Behörden erwartet. Die ungarischen Grenzsoldaten, verunsichert und ohne klare Weisungen für diesen Fall, griffen nicht ein. Innerhalb kurzer Zeit kamen mehrere hundert Menschen über die offene Grenze nach Österreich. Auf österreichischer Seite wurden die Flüchtlinge von lokalen Behörden und der Gemeinde St. Margarethen versorgt und weitertransportiert. In den folgenden Stunden und Tagen wurde deutlich, dass das Paneuropäische Picknick weit mehr als eine symbolische Aktion gewesen war. Es zeigte der internationalen Öffentlichkeit, dass der Eisernen Vorhang faktisch durchlässig geworden war, und erhöhte den Druck auf die Regierungen in Budapest, Ost-Berlin und Prag erheblich. Das Ereignis wurde zum entscheidenden Katalysator, der zur endgültigen Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze am 11. September 1989 und letztlich zum Sturz der Berliner Mauer beitrug.

Fluchtbewegungen 1989

Das Paneuropäische Picknick hatte eine weit über den unmittelbaren Grenzübertritt hinausgehende Wirkung. Die Bilder und Berichte von der offenen Grenze verbreiteten sich rasch und verstärkten den oh-

nehin wachsenden Legitimationsverlust der SED-Herrschaft. In den Wochen nach dem 19. August stieg die Zahl der DDR-Bürgerinnen und -Bürger, die über Ungarn oder die Tschechoslowakei die Ausreise suchten, weiter an. Dabei führten nicht ausschließlich ungenehmigte Fluchten Menschen in den Westen. Parallel nahm sowohl die Zahl der freigekauften politischen Häftlinge aus DDR-Haftanstalten als auch die der genehmigten Ausreiseanträge deutlich zu. Flucht, Freikauf und Ausreise bildeten gemeinsam ein vielschichtiges Migrationsgeschehen, das den inneren Zerfall der DDR sichtbar machte.

In der Bundesrepublik Deutschland existierte für die Versorgung der Flüchtlinge ein seit den frühen Nachkriegsjahren etabliertes System von Notaufnahmelagern. Eine zentrale Rolle spielte dabei das Notaufnahmelager Gießen. Ein Großteil derjenigen DDR-Bürgerinnen und -Bürger, die im Zuge des Paneuropäischen Picknicks oder in dessen unmittelbarer Folge die Grenze nach Österreich überschritten hatten, wurde nach ihrer Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland in zentralen Aufnahmeeinrichtungen registriert. In den meisten Fällen führte dieser Weg nach Gießen, wohin Schutzsuchende mit Sondertransporten weitergeleitet wurden.

Das Notaufnahmelager Gießen

Anders als viele Lager der Nachkriegszeit, bei denen es sich um umgenutzte Einrichtungen aus der NS-Diktatur handelte (etwa frühere Zwangsarbeiterlager etc.), war das Lager in Gießen erst nach 1945 entstanden. Die zunächst genutzten Baracken stammten jedoch aus älteren Beständen des Reichsarbeitsdienstes. Bereits 1946 diente Gießen der Aufnahme und Weiterverteilung größerer Vertriebenen-transporte. Bis zum Jahresende passierten rund 30.000 Personen die Stadt, meist in kurzfristig angekündigten Großtransporten. Die Verweildauer war in dieser Phase auf wenige Tage bis maximal zwei Wochen begrenzt. Ab 1947 entwickelte sich das Lager zum Regierungsdurchgangslager (Redulag) und wurde damit zu einer zentralen Adresse für sehr unterschiedliche Personengruppen: Heimatlose ehemalige Kriegsgefangene, ehemalige Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge sowie Heimatvertriebene, die bereits zuvor in Westdeutschland angekommen waren und nun zwecks gleichmäßiger Verteilung in andere Länder verlegt wurden. Aber es erfolgt auch bereits die Aufnahme von »illegalen Grenzgängern« aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), die rasch zur dominierenden Gruppe wurden.

Mit Inkrafttreten des Bundesnotaufnahmegesetzes 1950 wurde Gießen eines von drei zentralen Bundesnotaufnahmelagern der Bundesrepublik.² Die Einrichtung erfüllte nun eine bundesweit koordinierende Funktion. Neben Unterkünften entstanden Funktionsbaracken für Verwaltung, medizinische Versorgung, Sicherheitsbehörden, Geheimdienste sowie politische Organisationen. In den 1950er- und frühen 1960er-Jahren wurde das Lager schrittweise baulich modernisiert. Nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 sanken die Zugangszahlen deutlich. Gießen blieb jedoch – neben Berlin-Marienfelde – bewusst als »Tor zur Freiheit« geöffnet. In den folgenden Jahrzehnten kamen vor allem ältere Menschen, genehmigte Ausreisende sowie freigeverkaufte politische Häftlinge. Für viele war Gießen der erste sichere Ort nach Haft, Verfolgung und Isolation.

2 — Zur Geschichte des Notaufnahmelagers gibt es zahlreiche Publikationen. Einen guten Überblick bieten u. a.: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/vanlaak20130331/>, z. a. 2.2.2026; van Laak/Mück (Hg.): Sehnsuchtsort (2016); van Laak: Übergang (2017).

Die Einrichtung war jahrzehntelang ein zentraler Knotenpunkt im bundesdeutschen Aufnahmesystem – blieb dabei aber stets eine Durchgangsstation, kein Ort dauerhaften Ankommens. Die Aufgabe der hier Beschäftigten bestand darin, ankommende Personen zu registrieren, ihre rechtliche Stellung zu klären und sie medizinisch sowie sozial zu betreuen. Zugleich diente das Lager der sicherheitsbehördlichen Überprüfung und der administrativen Steuerung der Weiterverteilung innerhalb der Bundesrepublik. Der Aufnahmeprozess folgte einem standardisierten Ablauf. Nach der Ankunft wurden die Betroffenen erfasst, befragt und in provisorischen Unterkünften untergebracht. Medizinische Untersuchungen, Anhörungen vor Aufnahmekommissionen und Gespräche mit Sozialdiensten gehörten ebenso dazu wie Wartezeiten. Trotz dieser bürokratischen Struktur war das Lager auch ein Ort intensiver menschlicher Begegnungen – zwischen Geflüchteten, hauptamtlichen Mitarbeitenden und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern.

Gießen im Jahr 1989 – Ausnahmezustand

Ab Mitte der 1980er-Jahre stiegen die Zahlen erneut deutlich an. 1984 passierten rund 25.000 Menschen das Lager, erstmals seit Jahrzehnten war es wieder voll belegt. Notbetten wurden aufgestellt, Abläufe verdichtet, Personal aufgestockt. Diese Entwicklung setzte sich 1989 dramatisch fort. Im Jahr 1989 erlebte das Notaufnahmелager Gießen seine letzte und intensivste Phase. Bereits im Sommer trafen Flüchtlinge über Ungarn – auch die Teilnehmenden des Paneuropäischen Picknicks – und später aus der Westdeutschen Botschaft in Prag ein. Nach dem 9. November 1989 kamen zehntausende Menschen mit Autos oder Zügen. Allein im November wurden rund 22.000 Personen registriert, mehrere tausend Menschen pro Woche erreichten das Lager. Zeitweise koordinierten die Verantwortlichen mehrere Dutzend Außenstellen und Notunterkünfte im Stadtgebiet. Bis zum Ende des Jahres 1989 wurden rund 120.000 Übersiedlerinnen und Übersiedler aus der DDR in Gießen registriert. Mit der Einstellung des Aufnahmeverfahrens zum 1. Juli 1990 endete die Funktion des Lagers als Notaufnahmееinrichtung für DDR-Bürger:innen. Insgesamt hatten bis dahin rund 900.000 Menschen aus der DDR Gießen durchlaufen.

Das Lager stand im Spannungsfeld zwischen routinierter Verwaltungspraxis und einer historisch außergewöhnlichen Situation. Für viele Ankommende war Gießen der erste Ort formaler Anerkennung in der Bundesrepublik – zugleich aber auch ein Ort der Ungewissheit. Entscheidungen über Wohnort, Arbeit und soziale Integration fielen erst später.

Heute dient das ehemalige Notaufnahmелager Gießen als Lern- und Erinnerungsort, an dem die Geschichte von Flucht, Migration, Diktatur und Demokratie anschaulich vermittelt wird.³ Am historischen Standort wurde zuletzt eine Dauerausstellung eingerichtet, die die Erlebnisse der Ankommenden, ihre Beweggründe und Lebenswege dokumentiert und damit die deutsch-deutsche Migrationsgeschichte greifbar macht. Der Lernort wurde am symbolträchtigen 17. Juni 2025 eröffnet und dient als Gedenkstätte von nationaler Bedeutung, die nicht nur die Geschichte der SED-Diktatur aufarbeitet, sondern auch positive Aspekte der Demokratiegeschichte vermittelt und zur Reflexion über Freiheit, Menschenrechte und Integration anregt. Das pädagogische

3 — Mehr dazu siehe: <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/giessen-eroeffnet-erste-gedenkstaette-zur-ddr-flucht---ausstellung-in-notaufnahmелager-v1,gedenkort-giessen-100.html>, z. a. 2.2.2026, sowie: <https://www.notaufnahmелager-giessen.de/>, z. a. 2.2.2026.

Die eingeladenen Zeitzeug:innen kamen während des Erzählcafés in zwangloser Runde schnell ins Gespräch, 3. Dezember 2025 (C. Faludi/GEDG)



Programm richtet sich an ein breites Publikum: Schulklassen ab der dritten Klasse können an Führungen, Workshops und Zeitzeug:innengesprächen teilnehmen, die historisches Wissen vertiefen und demokratische Werte vermitteln. Ergänzend werden moderne und interaktive Elemente eingesetzt, um besonders jüngere Generationen anzusprechen und die Geschichte lebendig zu machen. Durch diese Kombination von Ausstellung, Bildungsangeboten und Erinnerungsarbeit leistet der Lern- und Erinnerungsort einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der deutschen Geschichte und zur Stärkung des demokratischen Bewusstseins.

Der Thementag im Notaufnahmелager in Gießen

Mit der Veranstaltung in Gießen erweiterte das Projekt UM/BRUCH 89–94 seine Perspektive bewusst um einen westdeutschen Erfahrungsraum, der die politisch-gesellschaftlichen Umwälzungen als Ganzes abzubilden hilft. Flucht, Migration und Neuanfang im Westen stellen dabei zentrale Erfahrungsdimensionen dar, die nicht nur den Zusammenbruch der DDR, sondern auch die Transformationsprozesse der frühen 1990er Jahre prägten. Beim Thementag »Fluchtgeschichten« am 3. Dezember in Gießen sollten die doppelten Transformationsgeschichten im Spiegel geflüchteter und ausgewanderter Menschen aus der (ehemaligen) DDR gezeigt werden. Nach der Ankunft im Westen erlebten diese Menschen mit dem politischen Umbruch von 1989 eine zweite Transformation: Sie wurden zu Zeitzeug:innen eines radikalen gesellschaftlichen Wandels, der sowohl ihre Herkunftsgesellschaft als auch ihre eigene Biografie nachhaltig veränderte. Ferner wurde darüber diskutiert, wie hilfreich oder hinderlich die »Transformationserfahrung im Gepäck« der Geflüchteten bei der Integration in den neuen Sozialraum wirkte.

Die Wahl des Veranstaltungsortes war dabei von besonderer Bedeutung. Das Notaufnahmелager Gießen ist ein bundesweit einzigartiger authentischer Ort: Über Jahrzehnte hinweg fungierte es als zentrale Erstaufnahmееinrichtung für Menschen aus der SBZ und später aus der DDR. Hunderttausende durchliefen hier ein formalisiertes Auf-

nahmeverfahren – oft nach Flucht, Haft oder jahrelanger Unsicherheit. Als heutiger Lern- und Erinnerungsort bietet Gießen einen authentischen Zugang zur Geschichte von Migration, Verwaltung und Ankommen und verbindet historische Forschung, museale Präsentation und Zeitzeug:innenarbeit.

An diesem Erinnerungsort nahm die GEDG in ihrem Projekt die oft übersehene doppelte Transformationsgeschichte von Menschen in den Blick, die aus der DDR geflüchtet sind. Für viele begann der Umbruch bereits mit der Flucht selbst – die Mut, Unsicherheit und den Neuanfang in einer neuen Gesellschaft einschloss. Mit dem Sturz der Mauer und den politischen Veränderungen von 1989 erlebten diese Menschen eine zweite Zäsur: den umfassenden Wandel ihrer ehemaligen Heimat, den sie nun aus neuer Perspektive beobachteten und miterlebten. Die Veranstaltung zielte darauf, diese Verschränkung von individuellen Fluchtbiografien und gesellschaftlicher Transformationen – die sich gegenseitig spiegelten und prägten – sichtbar zu machen.

Den Auftakt bildete am Nachmittag ein Zeitzeugencafé im Notaufnahmелager. Dieses Format war bewusst niedrigschwellig angelegt und zielte darauf ab, persönliche Erinnerungen und Erfahrungen in einer offenen, wertschätzenden Atmosphäre zugänglich zu machen. Im Mittelpunkt stand nicht die chronologische Rekonstruktion historischer Abläufe, sondern das gemeinsame Erzählen, Zuhören und Erinnern. Die Durchführung des Zeitzeugencafés war eng mit der Arbeit des Lern- und Erinnerungsortes Notaufnahmелager Gießen verknüpft. Bereits im Rahmen der Erarbeitung der neuen Dauerausstellung hatten zahlreiche Zeitzeuginnen und Zeitzeugen mitgewirkt, Interviews gegeben, Materialien zur Verfügung gestellt und ihre Perspektiven eingebracht. Als Dank für dieses Engagement war ursprünglich ein eigenes Treffen geplant, das sich nun inhaltlich und organisatorisch sinnvoll mit der Veranstaltung des Projekts UM/BRUCH 89–94 verbinden ließ. Diese enge Verzahnung erwies sich als großer Gewinn, da sie bestehende Vertrauensverhältnisse nutzte und den Austausch vertiefte. Allerdings war der Kreis hierdurch auch gewissermaßen exklusiv zusammengestellt und bot kaum Möglichkeiten zur Durchmischung mit Außenstehenden. Im Ergebnis entstand mitunter ein Potenzial zur Reproduktion von Meistererzählungen, wiedergegeben durch die Deutungshoheit der großen Gruppe »Dabeigewesener«. Dem entgegen wirkte die spezifische Heterogenität der Flucht- und Aufnahmeerfahrungen. Anwesend waren ehemalige Geflüchtete, freigekaufte politische Häftlinge, Menschen mit genehmigten Ausreisearträgen ebenso wie Personen, die nach dem Mauersturz 1989 in Gießen ankamen. Hinzu kamen frühere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Notaufnahmелagers, darunter Verwaltungsangestellte, Seelsorger sowie ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Insgesamt nahmen über 20 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen an dem Café teil – eine außergewöhnlich große Gruppe mit einem entsprechend breiten Erfahrungsspektrum. Viele der Zeitzeug:innen begegneten sich an diesem Tag erstmals persönlich. Die Gespräche waren einerseits geprägt von emotionalen Erinnerungen und dem Erfahrungsaustausch untereinander. Andererseits förderte besonders die Begegnung zwischen ehemaligen Bewohnerinnen und Bewoh-

Auch ehemalige Mitarbeiter des Notaufnahmелagers nahmen am Erzählcafé teil – wie etwa Steffen Ferraro-Schmidt, der damalige Küchenchef, 3. Dezember 2025 (C. Faludi/GEDG)



nern des Lagers und denjenigen, die dort gearbeitet oder geholfen hatten, unterhaltsame Anekdoten zutage. Das Zeitzeugencafé bot somit mindestens einen Raum für Verständigung über Handlungsspielräume, Zwänge und individuelle Motive der Handelnden in einer historischen Ausnahmesituation.

Ein zentrales Merkmal des Formats war, dass die unterschiedlichen Erfahrungen bewusst nebeneinander stehen bleiben durften. Es ging nicht darum, ein einheitliches Narrativ zu erzeugen oder Erinnerungen zu hierarchisieren. Vielmehr wurde die Vielfalt der Biografien als Ausdruck der komplexen Flucht- und Transformationsgeschichte verstanden. Diese Offenheit ermöglichte es auch, Ambivalenzen und Brüche zu thematisieren, etwa widersprüchliche Gefühle gegenüber dem Westen oder langfristige biografische Folgen der Flucht. Das Zeitzeugencafé erfüllte damit mehrere Funktionen zugleich: Es war Erinnerungsraum, Ort der Begegnung und Teil eines kollektiven Prozesses der historischen Wissensproduktion. Zugleich machte es erfahrbar, welchen Wert dialogische und partizipative Formate für die zeitgeschichtliche Arbeit haben. Die besondere Situation in Gießen, an einem authentischen Ort mit einer großen Zahl engagierter Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, konnte in diesem Format in besonderer Weise genutzt werden. Das Zeitzeugencafé wurde so zu einem zentralen Baustein der Veranstaltung und bereitete zugleich den Boden für die abendliche Podiumsdiskussion, in der die individuellen Erfahrungen in einen größeren historischen Zusammenhang eingeordnet wurden.

Am Abend des Thementages schloss sich eine öffentliche Podiumsdiskussion am Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmелager Gießen an. Moderiert wurde das Gespräch erneut von der Journalistin Liane von Billerbeck (Deutschlandfunk), die die Diskussion in die Veranstaltungsreihe des Projektes UM/BRUCH einbettete und die besondere Perspektive des Veranstaltungsortes hervorhob. Als erster westdeutscher Ort innerhalb des Projekts eröffnete Gießen einen Blick auf den Umbruch von 1989/90, der Flucht, Aufnahme und

Die Gäste auf dem Podium der Abendveranstaltung (von links): Walburga Habsburg Douglas, Hermann Frankfurth, Matthias Leschhorn, 3. Dezember 2025 (C. Faludi/GEDG)



Transformation aus der Perspektive der Ankunftsgesellschaft sichtbar machte.

Auf dem Podium diskutierten die Co-Organisatorin des Paneuropäischen Picknicks, Juristin und Politikerin Walburga Habsburg Douglas, der Zeitzeuge Hermann Frankfurth,⁴ der nach seiner Ausreise aus der DDR im Notaufnahmелager Gießen aufgenommen worden war, sowie der ehemalige Pfarrer im Notaufnahmелager, Matthias Leschhorn. Diese Zusammensetzung brachte unterschiedliche Erfahrungsebenen und Deutungsebenen zusammen: politische und historische Einordnung, biografische Betroffenheit sowie institutionelle und zivilgesellschaftliche Perspektiven auf Aufnahme und Unterstützung.

Walburga Habsburg Douglas schilderte als Zeitzeugin des Paneuropäischen Picknicks im August 1989 die politische und symbolische Bedeutung dieses Ereignisses. Das Picknick, initiiert von oppositionellen Kräften in Ungarn, entwickelte sich für zahlreiche DDR-Bürgerinnen und -Bürger zu einem realen Fluchtmoment. Habsburg Douglas berichtete eindrucksvoll von der Atmosphäre an der Grenze, vom Durchtrennen des Stacheldrahts und von den Menschen, die mit wenigen persönlichen Gegenständen die Chance zur Flucht ergriffen. Für sie markierte das Paneuropäische Picknick den Beginn eines unumkehrbaren Prozesses, der das Ende des Eisernen Vorhangs einleitete und den politischen Umbruch in Europa beschleunigte.

Der Zeitzeuge Hermann Frankfurth ergänzte diese Perspektive durch seine persönliche Ausreisegeschichte aus der DDR. Er schilderte die politischen und sozialen Gründe für seinen Ausreisearbeit, darunter Repressionen, berufliche Einschränkungen und die Benachteiligung seiner Kinder aufgrund der christlichen Überzeugung der Familie. Die Ankunft im Westen beschrieb er als tiefgreifenden biografischen Einschnitt, der von materieller Unsicherheit, kultureller Orientierungslosigkeit, aber auch von großer Hilfsbereitschaft geprägt war. Besonders eindrucksvoll waren seine Erinnerungen an die Zeit im Not-

4 — Als Gast für das Podium war ursprünglich Hermann Pfitzenreiter vorgesehen, der als Zeitzeuge am Paneuropäischen Picknick teilgenommen hat und anschließend ins Notaufnahmелager Gießen kam. Herr Pfitzenreiter musste seine Teilnahme aus privaten Gründen leider absagen. Dank des umfangreichen Netzwerks an Zeitzeug:innen unseres Kooperationspartners, dem NAL Gießen, konnte Herr Frankfurth spontan als würdiger Ersatz gewonnen werden, wofür wir uns erneut herzlich bedanken möchten.

Walburga Habsburg Douglas während
des Podiumsgesprächs,
3. Dezember 2025
(C. Faludi / GEDG)



Hermann Frankfurth (links) und
Matthias Leschhorn während des
Podiumsgesprächs,
3. Dezember 2025
(C. Faludi / GEDG)



Link zum Podium in Gießen

aufnahmелager Gießen, das für ihn zugleich Ort der Erleichterung und der Ungewissheit war.

Aus der Perspektive der Aufnahmegesellschaft berichtete Matthias Leschhorn, der als Gemeindepfarrer maßgeblich in die Betreuung der Ankommenden eingebunden gewesen war. Er schilderte die enormen logistischen und emotionalen Herausforderungen, die sich insbesondere im Herbst 1989 ergaben, als die Zahl der Geflüchteten die Kapazitäten des Lagers weit überstieg. Entscheidend für das Funktionieren des Aufnahmeprozesses seien das hohe Engagement der hauptamtlichen Mitarbeitenden, der Einsatz zahlreicher ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer sowie die Unterstützung durch kommunale und staatliche Stellen gewesen.

In der Diskussion wurde deutlich, dass das Notaufnahmелager Gießen nicht allein als funktionale Institution verstanden werden kann, sondern als sozialer Raum, in dem individuelle Hoffnungen, staatliche

Verwaltungslogiken und gesellschaftliche Erwartungen aufeinandertrafen. Thematisiert wurden Spannungen zwischen standardisierten Aufnahmeverfahren und individuellen Bedürfnissen ebenso wie die Bedeutung informeller Unterstützung, persönlicher Begegnungen und zivilgesellschaftlichen Engagements.

Zugleich richtete das Podium den Blick auf die Zeit nach 1989. Flucht und Aufnahme wurden als Beginn eines längeren Transformations- und Aushandlungsprozesses beschrieben, der weit über den Moment der Ankunft hinausreichte und die Biografien der Betroffenen nachhaltig prägte. Die Diskussion machte deutlich, dass diese Erfahrungen als integraler Bestandteil der Transformationsgeschichte der frühen 1990er Jahre verstanden werden müssen und nicht lediglich als Vorgeschichte der Wiedervereinigung. Und sie machte deutlich, dass die Transformation Ost auch eine hohe Relevanz für Westdeutschland hat.

Reflexion

Die Gießener Veranstaltung im Rahmen des Projekts UM/BRUCH 89–94 machte sichtbar, welches Erkenntnispotenzial in der Verbindung von Zeitzeug:innenarbeit, historischem Ort und dialogischen Veranstaltungsformaten liegt. Durch die bewusste Fokussierung auf Flucht, Erstaufnahme und Ankommen im Westen wurde ein Aspekt der Transformationsgeschichte von 1989/90 in den Mittelpunkt gerückt, der vor allem im Sinne seiner Nachwirkungen in öffentlichen Debatten lange Zeit unterrepräsentiert war. Zugleich eröffnete der westdeutsche Veranstaltungsort neue Perspektiven auf Gestaltungsräume, Überforderungen und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse nach dem Mauersturz.

Als besonders tragfähig erwies sich erneut das Format der Thementage mit einer Verbindung von Zeitzeugencafé am Nachmittag und Podiumsdiskussion am Abend. Diese Trennung in zwei Formate ermöglichte es, unterschiedliche Ebenen der Auseinandersetzung gezielt anzusprechen. Während das Zeitzeugencafé Raum für persönliche Erinnerungen, emotionale Verdichtungen und offene Erzählungen bot, erlaubte die Podiumsdiskussion eine stärkere analytische Rahmung und historische Einordnung. Beide Formate ergänzten sich sinnvoll und machten deutlich, dass Transformationsgeschichte nur dann in ihrer Komplexität erfassbar wird, wenn individuelle Erfahrungen und strukturelle Perspektiven miteinander verschränkt werden.

Das Zeitzeugencafé erwies sich insbesondere vor dem Hintergrund der besonderen Situation in Gießen als außerordentlich geeignetes Format. Die große Zahl an anwesenden Zeitzeuginnen und Zeitzeugen – mit sehr unterschiedlichen Flucht-, Aufnahme- und Arbeitsbiografien – stellte einen Erfahrungsschatz dar, der in dieser Breite kaum in anderen Formaten zur Sprache gebracht werden kann. Gerade diese Vielfalt machte sichtbar, dass es keine einheitliche »Fluchterfahrung« gab, sondern ein Nebeneinander von Erleichterung und Unsicherheit, von Neubeginn und langfristigen biografischen Brüchen, von Gestaltungsspielräumen, die sich nach und nach entfalteten. Das Erzählcafé ermöglichte es, diese Differenzen auszuhalten und als produktiven Bestandteil historischer Erkenntnis zu begreifen.

Ein weiterer zentraler Erfolgsfaktor war die enge Kooperation mit dem Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmelager Gießen. Als professioneller Partner brachte dieser nicht nur umfangreiche inhaltliche Expertise

Im Zeitzeugengespräch berichtet der Zeitzeuge Hermann Frankfurth der GEDG-Mitarbeiterin Margarete Puhl von seinen Fluchterfahrungen, 4. Dezember 2025
(C. Faludi / GEDG)



Link zum Interview mit Hermann Frankfurth



ein, sondern stellte auch räumliche, technische und organisatorische Ressourcen zur Verfügung, die für die Durchführung der Veranstaltung entscheidend waren. Darüber hinaus erwies sich der historische Ort selbst als wirkungsmächtig: Die Gespräche fanden nicht in einem neutralen Veranstaltungsraum statt, sondern an einem Ort, der für viele Teilnehmende biografisch aufgeladen war. Dies verlieh den Erzählungen eine besondere Tiefe und Authentizität.

Die abendliche Podiumsdiskussion griff die im Zeitzeugencafé angestoßenen Themen auf und führte sie in einen größeren historischen Zusammenhang über. Der thematische Bogen – vom Paneuropäischen Picknick über individuelle Fluchtwege bis hin zur Ankunft im Notaufnahmelaager Gießen – erwies sich als besonders geeignet, um die Zusammenhänge zwischen politischen Entscheidungen, gesellschaftlichen Handlungsspielräumen und individuellen Erfahrungen sichtbar zu machen. Das Podium zeigte, wie eng europäische, nationale und lokale Ebenen miteinander verflochten waren und wie sich Transformationsprozesse konkret im Leben einzelner Menschen niederschlugen. Zugleich eröffnete die Diskussion eine wichtige Perspektive auf westdeutsche Erfahrungen nach dem Mauersturz. Während der Fokus der Transformationsforschung häufig auf Ostdeutschland liegt, wurde in Gießen deutlich, dass auch im Westen neue Gestaltungsräume entstanden – aber ebenso Überforderungen, Improvisationen und Aus Handlungsprozesse. Die Aufnahme hunderttausender Geflüchteter stellte Verwaltungen, Zivilgesellschaft und Ehrenamtliche vor enorme Herausforderungen und verlangte kurzfristige Lösungen in einer historisch außergewöhnlichen Situation. Diese Erfahrungen sind ein integraler Bestandteil der gesamtdeutschen Transformationsgeschichte und verdienen eine stärkere Berücksichtigung.

Als Stärke der Veranstaltung erwies sich insgesamt ihre dialogische Anlage. Sowohl im Zeitzeug:innencafé als auch in der Podiumsdiskussion stand nicht die einseitige Wissensvermittlung im Vordergrund, sondern der Austausch zwischen unterschiedlichen Perspektiven. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wurden nicht als bloße Quellen behandelt, sondern als aktive Mitgestaltende historischer Deutung. Dieser Ansatz

László Nagy reiste zu unserem Thementag aus Ungarn an. Im Zeitzeugengespräch mit GEDG-Mitarbeiterin Margarete Puhl berichtete Nagy von seinen Erlebnissen beim Paneuropäischen Picknick, 4. Dezember 2025. (Screenshot GEDG)



Link zum Interview mit
László Nagy



Link zum Interview mit
Walburga Habsburg Douglas



Link zum Interview mit
Matthias Leschhorn



entsprach dem Selbstverständnis des Projekts UM/BRUCH 89–94 und trug dazu bei, die Transformationszeit als offenen Erfahrungsraum zu begreifen, dessen Deutungen bis in die Gegenwart hineinwirken.

Gleichzeitig wurden auch Herausforderungen sichtbar, die für zukünftige Projekte relevant sind. Die starke Fokussierung auf persönliche Erinnerungen erfordert eine sensible Moderation, um unterschiedliche Erfahrungen nebeneinander stehen zu lassen, ohne sie zu hierarchisieren oder zu vereinheitlichen. Ferner bestand die Gefahr, dass eine Meistererzählung reproduziert wurde, die kaum Fragen oder Kontroversen zuließ. Zudem zeigte sich, dass die Verbindung zwischen individuellen Biografien und strukturellen Transformationsprozessen nicht automatisch hergestellt wird, sondern einer bewussten Rahmung bedarf. Hier bieten sich Anknüpfungspunkte, um künftig stärker gegenwartsbezogene Fragestellungen einzubeziehen, etwa zu aktuellen Debatten über Flucht, Migration und Aufnahmegesellschaften. Auch organisatorisch lassen sich Lehren ziehen. Die Durchführung mehrerer Veranstaltungsformate an einem Tag ermöglicht eine effiziente Nutzung von Ressourcen, stellt jedoch hohe Anforderungen an Teilnehmende und Publikum. Eine zeitliche Entzerrung könnte künftig dazu beitragen, weitere Personengruppen zu erreichen und mehr Vertrauen aufzubauen.

Insgesamt verdeutlichte die Gießener Veranstaltung, dass zeitgeschichtliche Projektarbeit dann besonders wirksam ist, wenn sie historische Tiefenschärfe, lokale Verankerung und partizipative Formate miteinander verbindet. Sie leistete damit einen wichtigen Beitrag zur Erweiterung der Transformationsgeschichte um westdeutsche Perspektiven und bot zugleich wertvolle Impulse für die Weiterentwicklung des Projekts UM/BRUCH 89–94 sowie für vergleichbare erinnerungskulturelle Vorhaben.

Am Folgetag des Thementages wurden in den Räumen des Lern- und Erinnerungsortes Notaufnahmeflager Gießen vier ausführliche Zeitzeug:innen-Interviews geführt, die die am Vortag aufgeworfenen Perspektiven vertieften und ergänzten. Neben den drei Gästen der Podiumsveranstaltung – Walburga Habsburg Douglas, Hermann Frankfurth und Pfarrer Matthias Leschhorn – stand auch László Nagy

als Gesprächspartner zur Verfügung. In den Interviews wurden unterschiedliche Erfahrungsräume und Handlungsebenen sichtbar: Während László Nagy und Walburga Habsburg Douglas ihre Erlebnisse rund um das Paneuropäische Picknick im Sommer 1989 sowie die politischen Umbrüche in Ungarn und auf europäischer Ebene reflektierten, standen bei Hermann Frankfurth und Matthias Leschhorn vor allem die Ereignisse in Gießen im Mittelpunkt. Thematisiert wurden dabei konkrete Erfahrungen von Ankunft, Aufnahme und Betreuung ebenso wie institutionelle Handlungsspielräume, Improvisationsprozesse und gesellschaftliche Aushandlungen im westdeutschen Kontext. Die Interviews erweiterten damit die Perspektive des Thementages um individuelle Tiefenschärfe und boten zugleich wertvolles Material für die weitere zeitgeschichtliche Aufarbeitung.

Um die vielfältigen Eindrücke, Erfahrungen und Diskussionen des Thementages sowie der anschließenden Zeitzeug:innen-Interviews nachhaltig zugänglich zu machen, wurden die gesammelten Materialien in unterschiedlichen medialen Formaten aufbereitet. Ziel ist es, die Inhalte über den Veranstaltungskontext hinaus für ein breites Publikum erfahrbar zu machen und langfristig in Bildungs- und Vermittlungszusammenhänge einzubinden. Das Podiumsgespräch wurde vollständig aufgezeichnet und ist sowohl auf der Projektwebsite unter umbruch89.de als auch auf dem YouTube-Kanal der GEDG (@demokratie-geschichte_org) abrufbar. Darüber hinaus werden ausgewählte Interviewausschnitte sowie kurze thematische Clips veröffentlicht, die zentrale Aussagen und biografische Perspektiven pointiert bündeln. Ergänzend widmet sich das GEDG-Podcast-Feature »Umbruch 89/94« jedem Thementag mit einer eigenen Folge, in der Inhalte, Diskussionen und historische Einordnungen noch einmal zusammengeführt und vertieft werden. Auf diese Weise entsteht ein vielschichtiges digitales Archiv, das die Gießener Veranstaltung nicht nur dokumentiert, sondern ihre Impulse für eine breitere Auseinandersetzung mit Flucht, Transformation und Aufnahmegesellschaft nachhaltig weiterträgt und in die dazugehörigen Kontexte einbettet.

Literatur

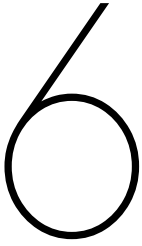
Ackermann, Volker: Der »echte« Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961, Osnabrück 1995.

Bispinck, Henrik/Hochmuth, Katharina (Hg.): Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland. Migration, Politik, Erinnerung, Berlin 2014.

Kurucz, Gyula (Hg.): Das Tor zur deutschen Einheit. Grenzdurchbruch Sopron, 19. August 1989, Berlin 2000.

van Laak, Jeannette: Einrichten im Übergang. Das Aufnahmelager Gießen (1946–1990), Frankfurt/New York 2017.

van Laak, Jeannette/Mück, Florentin (Hg.): Sehnsuchtsort Gießen? Erinnerungen an die DDR-Ausreise und den Neubeginn in Hessen, 2016.



Queere Bewegung

Lena-Marie Forkel

**Thementage am 6. und 7. Dezember 2025 im Sonntags-Club
und in der Gedenkstätte Berliner Mauer in Berlin**

»Lesben offensiv gegen faschistische
Männergewalt«: Lesben- und
Schwulendemo in Berlin, 7. Juni 1991
(R. Zöllner / picture alliance; koloriert)



Link zum Podcastfeature



Historische Einordnung

Der 9. November 1989 ist für queere DDR-Geschichte in doppelter Hinsicht ein bedeutsames Datum. Während auf den Straßen der Druck der Friedlichen Revolution die Mauer zu Fall bringt, feiert im Kino International in Ost-Berlin *Coming Out* Premiere, der erste DDR-Spielfilm, in dem gleichgeschlechtliche Liebe im Mittelpunkt steht. Die Erlaubnis, den Film produzieren zu dürfen, war dabei für Regisseur Heiner Carow das Ergebnis eines langen Kampfes, denn homosexuelles Leben wurde in der SED-Diktatur rechtlich, politisch und gesellschaftlich diskriminiert. Auf der rechtlichen Ebene stellte der seit dem Kaiserreich geltende Paragraf 175 sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe. Mit seiner Abschaffung 1968 wurden zwar erstmals einvernehmliche gleichgeschlechtliche Handlungen zwischen erwachsenen Männern legalisiert, eine rechtliche Gleichstellung bedeutete das jedoch nicht. Stattdessen führte die DDR gleichzeitig den Paragraf 151 ein, der für gleichgeschlechtliche Beziehungen ein Schutzalter von 18 Jahren vorschrieb und somit nun schwule und lesbische Partnerschaften heterosexuellen gegenüber diskriminierte. Im Dezember 1988 wurde auch dieser Paragraf aufgehoben und Homosexualität erstmals rechtlich gleichgestellt.

Auch auf politischer und gesellschaftlicher Ebene mussten queere DDR-Bürger:innen starke Einschränkungen erdulden. So gab es außer vereinzelten Lokalen in Ost-Berlin lange keine öffentlichen Orte für homosexuelle Menschen und kaum Möglichkeiten, sich kennenzuler-

nen oder zu vernetzen und auch etwaige Versuche wurden konsequent unterbunden. Weiterhin wurde Tanzveranstaltungen DDR-weit die polizeiliche Genehmigung verweigert und eindeutige Partnerschaftsannoncen wurden erst ab 1985 und nur nach Zustimmung der Chefredaktion in Zeitungen gedruckt.¹

Gegen diese Situation setzten sich ab den 1970er Jahren schwule und lesbische Aktivist:innen zur Wehr. Anfang 1973 gründeten Michael Eggert, Michael Keller und Peter Rausch die Homosexuelle Interessengemeinschaft Berlin (HIB) mit dem Ziel, als emanzipatorische Gruppe für die Rechte queerer Menschen in der DDR zu kämpfen und ein Kommunikationszentrum zur Selbsthilfe und Vernetzung zu gründen. Bis Ende der 1970er Jahre gelang es ihnen, trotz starker Repressionen zahlreiche Veranstaltungen und öffentliche Aktionen zu organisieren. Gleichzeitig wurden ihre Bemühungen, offiziell als Bürgergemeinschaft anerkannt zu werden, von den verantwortlichen DDR-Behörden konsequent abgelehnt, woraufhin die HIB 1979 ihre Arbeit schließlich einstellen musste. Erst, nachdem sich Mitte der 1980er Jahre auch der staatliche Umgang mit Homosexualität zusehends wandelte, gründete die Aktivistin Ursula Sillge 1987 auf Basis der alten Verbindungen und als Nachfolgeorganisation der HIB den Berliner Sonntags-Club. Parallel dazu entstanden ab 1982 unter dem Dach der Evangelischen Kirche der DDR homosexuelle Arbeitsgruppen, in denen sich zunächst hauptsächlich schwule Männer, im Laufe der 1980er Jahre aber auch zunehmend lesbische Frauen organisierten, politisierten und DDR-weit zu einer Bewegung vernetzten.

Der Sturz der SED-Diktatur im November 1989 bedeutete für queere DDR-Bürger:innen, egal ob in kirchlichen Strukturen engagiert oder in Gruppen wie dem Sonntags-Club, zunächst die Möglichkeit, eigene und freiere Organisationsformen für den Kampf um queere Emanzipation zu schaffen. So beschlossen Mitglieder des Sonntags-Clubs bereits am 10. November 1989 eine Vereinsgründung, die im Juli 1990 offiziell wurde. Eine Gruppe um den schwulen Theologen und Aktivist Eduard Stapel, der in den 1980er Jahren die kirchlichen Arbeitskreise Homosexualität in Leipzig und Magdeburg mitaufgebaut hatte, gründete im Februar 1990 den Schwulenverband der DDR, der 1999 zum Lesben- und Schwulenverband wurde und auch heute noch als Verband Queere Vielfalt eine der wichtigsten Interessenvertretungen queerer Menschen in Deutschland ist. Viele lesbische Aktivist:innen engagierten sich in der Umbruchszeit schließlich im Unabhängigen Frauenverband (UFV).

Der UFV wurde am 3. Dezember 1989 in der Berliner Volksbühne von über 1200 Mitgliedern verschiedener Frauen- und Lesbengruppen gegründet und sollte als unabhängige politische Interessenvertretung für Frauen dienen. Ziel war es, weibliche und lesbische Perspektiven im gesellschaftlichen Umbruch und der Gestaltung einer neuen DDR hörbar zu machen, die sonst, so fürchteten die Vertreter:innen des UFV, in den Forderungen der männlich geprägten Bürgerrechtsgruppen unterzugehen drohten. Um diese Ziele in die Tat umzusetzen und gesellschaftlichen Veränderungen aktiv mitzugestalten, erkämpften sich Mitglieder des UFV, nicht ohne Widerstand der männlichen Organisatoren, Plätze am Zentralen Runden Tisch. Dort nahmen sie, unter ihnen auch mehrere lesbische Aktivist:innen, an den insgesamt 16 Sitzungen teil und engagierten sich darüber hinaus in verschiedenen Arbeitsgruppen, in denen

1 — Sillge: Frauen (1991), S. 37.

»Erste Schwulen-Demo in Ostberlin«
gegen den Paragraf 175 vor dem
Brandenburger Tor, 27. Oktober 1990
(R. Zöllner / picture alliance; koloriert)



sie unter anderem für eine geschlechterdifferenzierte Sprachregelung in vom Zentralen Runden Tisch entworfenen Gesetzestexten, die Einrichtung eines Ministeriums für Gleichstellung und Gleichstellungsbeauftragte in Betrieben und Kommunen sowie für den Erhalt des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch und eine weitere bedarfsdeckende Bereitstellung von Kinderbetreuung kämpften.² Weiterhin flossen ihre Forderungen in den vom Runden Tisch erarbeiteten Verfassungsentwurf ein, in dem unter anderem die Gleichstellung der Geschlechter und, aus lesbischer Sicht besonders zentral, ein Diskriminierungsverbot auf Grund der sexuellen Orientierung sowie der Schutz von auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaften verbürgt waren.³ Neben der Arbeit am Zentralen Runden Tisch gründeten sich 1990 auf Basis des in den 1980er Jahren entstandenen Netzwerks aus Lesbengruppen auch DDR-weit Büros des UFVs, die auf regionaler und kommunaler Ebene frauen- und lesbenpolitische Projekte und Initiativen verwirklichen konnten.

Während sich mit dem Sturz der Mauer neue Gestaltungsspielräume für queeren Aktivismus eröffneten, bedeuteten das Ende der DDR und die Wiedervereinigung jedoch nicht automatisch auch ein Ende staatlicher Diskriminierung. Stattdessen stellte die Übernahme des bundesdeutschen Rechtssystems für viele queere DDR-Bürger:innen einen Rückschritt dar. Zum einen war der diskriminierende Paragraf 175, der in der DDR seit 1968 abgeschafft gewesen war, in der Bundesrepublik noch Teil des Strafgesetzbuchs, wurde allerdings nach der Wiedervereinigung auf dem Gebiet der sogenannten neuen Bundesländer nicht angewendet. Auch für trans Personen bedeutete die Wiedervereinigung rechtliche Nachteile, da sie nun dem bundesdeutschen Transsexuellengesetz ausgesetzt waren, das ein höheres Alter für offizielle Namensänderungen vorschrieb als das DDR-Recht. Weiterhin hatten neben der veränderten Rechtslage auch der von der Wiedervereinigung ausgelöste Strukturwandel Auswirkungen auf den queeren Aktivismus in Ostdeutschland. So verloren mancherorts Gruppen Mitglieder an den Westen und für viele Aktivist:innen begann angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit ein Kampf um die finanzielle Existenz, der die queere Emanzipationsarbeit in den Hintergrund rücken ließ.

2 — Sänger: Teilhabe (2005), S. 291.

3 — Vgl. Maria Bühner: Die Situation von lesbischen Frauen in der DDR, in: Deutschland Archiv, 2023, <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/541019/die-situation-von-lesbischen-frauen-in-der-ddr/>, z. a. 30.1.2026.

Die Zeitzeug:innen Peter Rausch und Christiane Seefeld (Mitte) beim Erzählcafé im Berliner Sonntags-Club, 6. Dezember 2025 (C. Faludi/GEDG)



Insgesamt ist die Umbruchszeit für queere DDR-Bürger:innen also von Ambivalenzen geprägt. Der Mauersturz bringt neue Möglichkeiten, eigene Projekte zu verwirklichen und gesellschaftlichen Wandel aktiv mitzugestalten, gleichzeitig schafft er neue Herausforderungen, sowohl auf individueller als auch auf struktureller Ebene. Nichtsdestotrotz werden in der Zeit zwischen 1989 und 1994 viele zentrale Grundsteine für queere Emanzipation in Ostdeutschland, aber auch der gesamten Bundesrepublik gelegt. Sowohl der in der Umbruchszeit als Verein etablierte Sonntags-Club, als auch der Verband Queere Vielfalt sind bis heute wichtige Institutionen der gesamtdeutschen queeren Bewegung, deren Arbeit es ebenfalls mitzuverdanken ist, dass 1994 der diskriminierende Paragraf 175 endgültig aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wurde, seit 2017 gleichgeschlechtliche Paare heiraten dürfen und seit 2024 trans, inter und nicht-binäre Personen ihren Geschlechtseintrag und ihren Vornamen selbstbestimmt ändern können. Auch wenn der Unabhängige Frauenverband sich in seiner ursprünglichen Form nicht durchsetzen konnte, bestehen in vielen ostdeutschen Städten die 1990 gegründeten Frauenzentren weiter. Und obwohl der Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches letztlich verworfen wurde, haben ihn einige der von den Mitgliedern der Lesbengruppen eingebrachten Forderungen überdauert. So fand beispielsweise das Diskriminierungsverbot aufgrund von sexueller Orientierung in den frühen 1990er Jahren Einzug in die Landesverfassungen von Brandenburg, Thüringen und Berlin. Die Forderung nach einer Verankerung im Grundgesetz bleibt bis heute bestehen.

Die Thementage im Sonntags-Club und der Gedenkstätte Berliner Mauer in Berlin

Die Thementage »Queere Bewegung« im Dezember 2025 hatten zum Ziel, mit Zeitzeug:innen und Expert:innen einen queeren Blick auf die Umbruchszeit zu werfen und die Gestaltungsmöglichkeiten und Herausforderungen der Zeit für queere Emanzipationsarbeit zu diskutieren. Das Thema ist dabei für das Projekt UM/BRUCH nicht nur darum naheliegend, weil queere Aktivist:innen die Möglichkeiten zur

Paula Kreutzmann (links), Peter Braun und Barbara Wallbraun bei der Podiumsdiskussion in der Gedenkstätte Berliner Mauer, 7. Dezember 2025
(C. Faludi/GEDG)



Link zum Podium in Berlin



gesellschaftlichen und politischen Mitgestaltung in den Jahren 1989 bis 1994 wie oben dargestellt auf vielfältige Art und Weise nutzten und damit die entstehende Demokratie aktiv mitformten. Die Notwendigkeit der Beschäftigung mit queerer Transformationsgeschichte zeigt sich vielmehr auch in den immer lauter werdenden queerfeindlichen Kräften, die jede Abweichung von einem hetero- und cisnormativen Gesellschaftsbild als Modeerscheinung verschreien. Auch ihnen wollen wir uns mit der aktiven Erinnerung an die lange Geschichte queerer Emanzipationsarbeit entgegenstellen.

Den ersten Teil des Thementag bildete das Erzählcafé, das in den Räumen des geschichtsträchtigen Berliner Sonntags-Clubs stattfand. Bei Kaffee und Kuchen entstand ein ungezwungenes Gespräch, in dem die queere Bewegung der DDR von ihren Anfängen bis hin zu ihren heutigen Ergebnissen geschildert und diskutiert wurde. Als Zeitzeug:innen konnten wir Christiane Seefeld und Peter Rausch, zwei der ersten Mitglieder der Homosexuellen Interessengemeinschaft Berlin und des späteren Sonntags-Club begrüßen, sowie Pat Wunderlich, die Mitglied der Berliner Gruppe »Lesben in der Kirche« und später auch kurze Zeit für den Unabhängigen Frauenverband in einer Arbeitsgruppe des Zentralen Runden Tisches mitwirkte.

Das Gespräch drehte sich zunächst um die Möglichkeiten und Grenzen, in der DDR öffentlich als queere Person zu leben und Gleichgesinnte zu finden. Dazu berichtete Peter Rausch von den vereinzelt Kneipen in Ost-Berlin, in denen sich schwule Männer treffen konnten und über die sie auch Kontakt zur West-Berliner Schwulenszene pflegten. Diese Kontakte waren es nicht zuletzt, die Peter Rausch im Januar 1973 auf die anstehende Ausstrahlung Rosa von Praunheims *Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt* in der ARD aufmerksam machten, was die Gründung der Homosexuellen Interessengemeinschaft Berlin inspirierte. Rausch berichtete weiter von den Veranstaltungen und Aktionen, die die HIB im Verlauf der 1970er Jahre organisieren konnte, aber auch von den vielen staatlichen Repressionen und den Versuchen, Mitglieder der HIB als unfreiwillige Versuchspersonen für

Studien über Homosexualität zu missbrauchen. Auch Christiane Kloweit berichtete eindrücklich davon, wie sie sich Einschüchterungsversuchen der Staatssicherheit zur Wehr setzen musste, nachdem sie in ihrer Wohnung Gesprächskreise für schwule Männer organisiert hatte. Zur Überwachung queerer DDR-Bürger:innen durch die Staatssicherheit konnten letztlich auch Personen aus dem Publikum des Erzählcafés ergänzen, das teilweise gezielt queere Personen als Inoffizielle Mitarbeiter:innen angeworben wurden, um queere Gruppen zu zersetzen.

Mit Blick auf die Umbruchszeit erinnerten sich alle an eine Hoffnung und einen Geist des Aufbruchs, die bisher nur unter starken Einschränkungen mögliche Emanzipationsarbeit nun endlich in öffentliche und selbstbestimmte Strukturen überführen zu können. Peter Rausch und Pat Wunderlich berichteten, dass sowohl für den Aufbau des Sonntags-Club als auch für den Unabhängigen Frauenverband Anfang der 1990er Jahre leicht Arbeitsplätze und Projektstellen geschaffen werden konnten, was beiden Strukturen eine rasche Umsetzung vieler Ideen ermöglichte. So schaffte der Sonntags-Club etwa neue Gesprächsgruppen für bisexuelle und trans Personen und baute das langersehnte Kommunikationszentrum an mehreren Standorten aus. Unter dem Dach des UFVs entstanden DDR-weit Regionalbüros mit eigenen Mitarbeitenden, durch die wiederum zahlreiche Frauenprojekte realisiert werden konnten.

Neben dem beschriebenen Projekte-Boom kamen allerdings auch Rückschläge zur Sprache. So erzählten die eingeladenen Zeitzeug:innen, einhellig und ergänzt aus dem Publikum, von Enttäuschungen, die sie mit der Wiedervereinigung und der Transformationszeit verbinden. Zum einen stellte die rechtliche Situation für Frauen, schwule Männer und trans Personen einen Rückschritt dar, zum anderen überlebten viele der in den frühen 1990er Jahren auf den Weg gebrachten Projekte und Initiativen die Anfangsjahre nicht. Zuletzt sei besonders auch das erste Aufeinandertreffen mit westdeutschen queeren Aktivist:innen von Schwierigkeiten geprägt gewesen. Berichtete Streitpunkte waren dabei unter anderem die Tatsache, dass eine große Zahl der lesbischen Aktivist:innen aus der DDR Kinder hatten sowie, dass Lesben in der DDR eng mit Schwulen zusammenarbeiteten, was sie beides in den Augen der westdeutschen Aktivist:innen als Lesben und als Feminist:innen zu disqualifizieren schien.

Die Ambivalenz des Umbruchs für die queere Bewegung der DDR war auch Thema bei der am folgenden Tag stattfindenden Podiumsdiskussion in der Gedenkstätte Berliner Mauer. Dort diskutierten der Zeitzeuge Peter Rausch, die Kultur- und Geschichtswissenschaftlerin Paula Kreutzmann sowie die Regisseurin des Dokumentarfilms *Uferfrauen. Lesbisch L(i)eben in der DDR* Barbara Wallbraun. Moderiert von Liane von Billerbeck klärte das Podium zunächst die Frage, inwieweit der heute gebräuchliche Begriff »queer« genutzt werden kann, um über historische Personen und Bewegungen zu sprechen. Dabei betonten Barbara Wallbraun und Peter Rausch, dass der Begriff zwar in der DDR nicht geläufig war, heute aber als Sammelbegriff nützlich sei, um die große Vielfalt an queeren Identitäten zu benennen. Paula Kreutzmann ergänzte, dass der Begriff auch in der historischen Auseinandersetzung hilfreich sein könne, um Personen zu beschreiben, die von einer Hetero- und Cisnormativität abweichen, denen im Rückblick und von außen aber nur schwer ein konkreteres Label zugeordnet werden kann.

Moderatorin Liane von Billerbeck (links) im Gespräch mit Paula Kreutzmann und Peter Rausch, 7. Dezember 2025 (C. Faludi/GEDG)



Das Podium beleuchtete dann die verschiedenen Strukturen, in denen sich queere Menschen in der DDR organisieren konnten. Dabei beschrieb Peter Rausch den beschwerlichen und letztlich aussichtslosen Kampf, die Homosexuelle Interessengemeinschaft Berlin in den 1970er Jahren als Verein zu etablieren, während Barbara Wallbraun die besondere Bedeutung der kirchlichen Arbeitsgruppen für die queere Emanzipationsarbeit herausstellte. Die Arbeit dieser Gruppen hätte, anders als die HIB, über Ost-Berlin hinaus in die gesamte DDR ausstrahlt, wo unter dem Dach der evangelischen Kirche im Laufe der 1980er Jahre ein stabiles Netzwerk an Aktivist:innen entstanden sei, das durchaus als Bewegung bezeichnet werden könne.

Anknüpfend an dieses Netzwerk beschrieben Paula Kreutzmann und Barbara Wallbraun dann die besondere Bedeutung des Unabhängigen Frauenverbands für feministische und lesbische Emanzipationsarbeit in der Umbruchszeit. Mit dessen Forderungen nach einer echten Gleichstellung von Frauen und Männern, nach der paritätischen Besetzung von politischen und ökonomischen Entscheidungspositionen und gleicher Bezahlung bei gleicher Arbeit, nach Toleranz gegenüber verschiedenen Formen des Zusammenlebens statt stereotyper Betrachtung von Geschlecht und Sexualität sowie nach der Abschaffung des Paragraf 218, der Schwangerschaftsabbrüche kriminalisiert, verfolgte dieser nicht nur Ziele, die auch heute immer noch aktuell seien, sondern war er im Umbruchsprozess auch Sprachrohr für viele DDR-Bürger:innen, die durch eine Wiedervereinigung in einigen Bereichen einen rechtlichen und gesellschaftlichen Rückschritt befürchteten, der dann, trotz der Arbeit des UFVs und weiterer Aktionsgruppen, zumindest teilweise auch eingetreten sei.

Weiterhin sei die Umbruchszeit für viele Aktivist:innen von privaten und strukturellen Schwierigkeiten geprägt gewesen. So beschrieb Paula Kreutzmann, dass das Leben vieler nach der Wiedervereinigung von Alltagssorgen angesichts von Arbeitslosigkeit oder ungeklärter Kinderbetreuung geprägt gewesen sei. Barbara Wallbraun erklärte weiterhin, dass nach 1989 nicht nur Konflikte zwischen ost- und westdeutschen Aktivist:innen aufgekommen seien, sondern auch zwischen denjenigen

Die Filmemacherin Barbara Wallbraun
bei der Podiumsdiskussion in der Ge-
denkstätte Berliner Mauer,
7. Dezember 2025
(C. Faludi/GEDG)



Ostdeutschen, die noch vor dem Mauersturz die DDR verlassen hatten und denen, die dortgeblieben waren. Als letztes hätten auch Verdächtigungen und Vorwürfe gegenseitiger Bespitzelung im Laufe der 1990er Jahre einige Freundschaften und Beziehungen zerstört.

Trotz dieser Rückschläge seien in der Umbruchszeit viele Grundlagen für den bis heute andauernde Emanzipationsprozess queerer Menschen in Deutschland gelegt worden. Diesen Prozess sahen alle drei Podiumsgäst:innen allerdings besonders in den letzten Jahren als gefährdet. So sehen sich viele queere Projekten vermehrt von finanziellen Kürzungen und politischen Anfeindungen bedroht und queere Demonstrationen müssen sich immer öfter gegen rechtsextreme Gegenproteste behaupten. Das sind also Zeichen genug, dass der Kampf für die Gleichberechtigung aller noch nicht beendet ist.

Reflexion

Im Rahmen dieses Thementags war es besonders wichtig, dass im Erzählcafé und auf dem Podium vielfältige Perspektiven vertreten sind. Im Kontext der queeren Bewegung im Umbruch bedeutet das zum einen, dass Perspektiven aus den verschiedenen Organisationsstrukturen, die zum Ende der DDR und in der Transformationszeit bestanden haben, zu Wort kommen sollen, um ein differenziertes Bild über die queere Bewegung der DDR zu schaffen, was durch unsere Zeitzeug:innen Peter Rausch, Christiane Seefeld und Pat Wunderlich gelungen ist. Dabei war es auch ein Anliegen, im Rahmen des Erzählcafés und der Podiumsdiskussion besonders weibliche und lesbische Perspektiven zu integrieren, da vor allem letztere in der allgemeinen Geschichtsschreibung, und besonders auch mit dem Blick auf die Transformationsgeschichte oft übersehen werden. Zum anderen sollten möglichst viele verschiedene Identitäten, die unter dem Oberbegriff »queer« zusammengefasst werden können, Gehör finden. Während an diesem Thementag zwar lesbische und schwule Sichtweisen auf den Umbruch vertreten waren, ist es trotz Bemühungen nicht gelungen, trans, inter oder nicht-binäre Personen als Zeitzeug:innen zu gewinnen. Dies kann zum einen damit zusammenhängen, dass diese

Die Zeitzeugin Pat Wunderlich im Interview im Sonntags-Club, 6. Dezember 2025 (C. Faludi/GEDG)



Link zum Interview mit Pat Wunderlich



Link zum Interview mit Peter Rausch



in den in der DDR und im Umbruch aktiven Gruppen weniger sichtbar waren und zum anderen damit, dass sie auch heute immer noch deutlich stärker marginalisiert und von Anfeindungen betroffen sind als schwule, lesbische und bisexuelle Menschen.

In Berlin zeigte sich besonders im Erzählcafé die Bedeutung des richtigen Orts für das Gelingen der Veranstaltung. Der Sonntags-Club bot dabei nicht nur eine angenehme Atmosphäre und einen geschützten Raum für die Berichte der Zeitzeug:innen, sondern durch seine bedeutende Rolle in der damaligen und der heutigen queerpolitischen Arbeit auch wichtige Verbindungspunkte zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Auch konnten durch den in der queeren Szene bekannten Ort mit der Veranstaltung ein relevantes Zielpublikum erreicht werden, sodass das Erzählcafé im Verlauf immer mehr den Charakter des Austauschs und weniger den eines Vortrags bekam. Diese Entwicklung ist nicht nur aus Sicht des Projekts sehr zu begrüßen, sondern auch von den Teilnehmenden im Nachhinein sehr positiv bewertet worden. Es ist außerdem hervorzuheben, dass im Anschluss an das Erzählcafé zwei der Zeitzeug:innen längeren Interviews zugestimmt haben, in denen Themen, die im Erzählcafé bereits angeschnitten wurden vertieft und der Blick auf die Gestaltungsspielräume in der Umbruchszeit weiter ausgeweitet werden konnten.

Die Interviews im Rahmen der Thementage durchzuführen hat sich dabei als sehr vorteilhaft erwiesen. Neben den organisatorischen Vorteilen wurde durch das den Interviews vorangegangene Erzählcafé bei den späteren Interviewpartner:innen merklich Vertrauen zum Projekt aufgebaut, was das spätere Erzählen vor laufender Kamera erleichterte. Außerdem konnten Nachfragen zu einigen konkreten, im Erzählcafé geteilten Anekdoten und Beobachtungen aus der Umbruchszeit in den Fragenkatalog der Interviews aufgenommen werden, was die inhaltliche Qualität erhöhte und deren Weiterverarbeitung erleichterte. Letztlich hat sich auch die Auswahl von solchen Interviewpartner:innen, die die Umbruchsprozesse in ihrem konkreten Wirkungsbereich erlebt und mitgestaltet haben, bei den Interviews in Berlin sehr bewährt.

Die Publikumsbeteiligung an der Podiumsveranstaltung in der Gedenkstätte Berliner Mauer blieb unter dem erhofften Ausmaß, was sicherlich auch der zeitlichen Positionierung am Sonntagabend sowie dem großen Angebot ähnlicher Veranstaltungen in Berlin zuschulden ist. Gleichzeitig bestärkt diese Erfahrung den Grundsatz des Projekts, nicht nur thematische Nischen zu suchen, sondern auch Veranstaltungsorte zu wählen, in denen die Transformationsgeschichte bisher wenig besprochen wurde. Außerdem zeigt sich die Notwendigkeit, auch in der Vorbereitung intensiv mit den Veranstaltungsorten zusammenzuarbeiten, um eine erfolgreiche Bewerbung zu gewährleisten. Insgesamt konnte durch die Thementage mit den zwei durchgeführten Zeitzeug:inneninterviews und der Podiumsdiskussion aber sehr wertvolles Filmmaterial gewonnen werden, das in seiner Weiterverarbeitung zu kurzen Videoclips, einem ausführlichen Podiumsmitschnitt und einem kritisch-narrativen Podcast-Feature queere DDR- und Transformationsgeschichte zukünftig auch einem breiteren Publikum zugänglich macht.

Literatur

Sänger, Eva: Begrenzte Teilhabe. Ostdeutsche Frauenbewegung und Zentraler Runder Tisch in der DDR, Frankfurt am Main 2005.

Sillge, Ursula: Un-Sichtbare Frauen. Lesben und ihre Emanzipation in der DDR, Berlin 1991.

Weiterführende Literatur

Hampele Ulrich, Anne: Der Unabhängige Frauenverband. Ein frauenpolitisches Experiment im deutschen Vereinigungsprozess, Berlin 2000.

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt/Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): »Das Übersehenwerden hat Geschichte.« Lesben in der DDR und in der friedlichen Revolution, Halle (Saale) 2015.

Tammer, Teresa: Coming out in die deutsche Einheit. Vom Aufbruch und Abschied der DDR-Schwulenbewegung, in: Großbölting, Thomas/Lorke, Christoph (Hg.): Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017, S. 313–332.

Netzwerk und Danksagung

»UM/BRUCH. Möglichkeiten und Grenzen der Mitgestaltung in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft 1989 bis 1994« ist ein Projekt, das nachhaltig vielfältige Zugangs- und Nutzungsangebote schafft. An seiner Konzeption, Umsetzung und Produktion sind und waren zahlreiche Menschen beteiligt. Wir, das Projektteam, sind ihnen allen für ihre Unterstützung sehr dankbar.

Zuvorderst danken wir der Staatsministerin und Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, Elisabeth Kaiser, sowie ihrem Vorgänger, dem heutigen Bundesminister für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Carsten Schneider. Ohne ihre finanzielle Förderung wäre das Projekt nicht möglich gewesen. Großen Rückhalt erfahren/erfuhren wir in diesem Zusammenhang auch durch zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Arbeitsstabes und des Ministerbüros. Unser Dank gilt insbesondere Felix Zimmerer, Annelie Wilke, Anja Zachow, Robert Ehrenpfordt und Markus Gallander. Ferner zu Dank verpflichtet sind wir der Bundesstiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte und dem Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, die uns im Vorfeld des Projekts unterstützten.

Besonderer Dank gilt dem ehemaligen Interims-Geschäftsführer des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation in Halle (Saale), Jan Büchner, für seine Vermittlungstätigkeit sowie der Leiterin des Bereichs Ausstellung, Dialog und Kultur, Andrea Wieloch für ihre freundliche Offenheit zu einer Kooperation.

Dankbar sind wir überdies den weiteren Gästen des Auftaktworkshops für ihre kritischen Anmerkungen und hilfreichen Impulse: Norbert Böhnke (Stadtmuseum Halle), Agnès Arp (Oral-History-Forschungsstelle Erfurt), Silke Satjukow (Institut für Geschichte Universität Halle-Wittenberg) und Franziska Wittau (Landeszentrale für politische Bildung Thüringen).

Im Rahmen der Thementage danken wir unseren Partnerinnen und Partnern vor Ort: Anja Dietel (Elbland Kunsthalle Muskator e.V., Riesa), Jana Leistner und Mathias Buss (Kunstverein Hiddensee e.V.), Wiebke Volksdorf und Karl Huck (Seebühne Hiddensee e.V.), der Evangelischen Kirchengemeinde Kloster/Hiddensee (für die Möglichkeit zur Nutzung der Galerie am Torbogen), Florian Greiner, Linus Maletz, Mark Schiefer, Hanna Püschel (Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmelager Gießen), Fae Kiefner, Nicole Otte, Peter Rausch (Sonntags-Club e.V., Berlin) sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Stiftung/Gedenkstätte Berliner Mauer.

Besonders danken wir Johannes Romeyke für seine geduldige Arbeit hinter der Kamera und beim Schnitt der Videoclips, Andreas Feddersen (musealis GmbH) für die routinierte Koordination der Produktionsarbeiten, Friedhelm Mund für das Sounddesign der Podcast-Features und Johanna Bergk für die Komposition der Titelmelodie der Videoclips. Eric Jentzsch (zentralform) danken wir für die immer sorgfältigen Grafikarbeiten und kreativen Impulse,

Jan Köpsel für den schnellen und unkomplizierten Aufbau der Website. Ein weiterer Dank gilt Liane von Billerbeck (Deutschlandradio) für die stets professionelle Moderation unserer Podien sowie Petrus Beck, Maria Cunetchi, Emily Ebel und Constanze Roth für vielfältige Unterstützung bei der Durchführung unserer Veranstaltungen.

Überdies danken den Expertinnen und Experten auf den Podien: Christopher Banditt (Co-Leiter des Bereichs Hochschulstudien am Zentrum für Qualitätsentwicklung in Lehre und Studium der Universität Potsdam), Burkhard Bley (Landesbeauftragter für die Aufarbeitung der SED-Diktatur von Mecklenburg-Vorpommern), Fridtjof Florian Dossin (Bauhaus-Universität Weimar), Paula Kreutzmann (Universität Leipzig), Christel Riemann-Hanewinkel (Parlamentarische Staatssekretärin), Jes Möller (Präsident des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg), Christian Rau (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin), Hasso Spode (Technische Universität Berlin), Tine Stein (Lehrstuhlhaberin für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Göttingen), Juliane Tomann (Professorin für Public History an der Universität Regensburg), Barbara Wallbraun (Filmemacherin/Leipzig).

Unser herzlicher Dank gehört den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die auf Podien, im Erzählcafé und vor der Kamera Einblicke in ihre Geschichten gewährt haben; darunter: Günter Buchenau (Halle(Saale)), Walburga Habsburg Douglas (Malmköping/Schweden), Hermann Frankfurth (Wettenberg), Grit Günther (Kloster/Hiddensee), Torsten Hahnel (Halle(Saale)), Dirk Haubold (Riesa), Volker Herold (Riesa), Dietmar Müller, Heinrich Blum, Peter Kleiner, Mathias Leschhorn, Elke Schlegel, Steffen Ferraro-Schmidt, Siegfried Stempel, Anita Katzung, Margret Fromm Erich (alle u. a. in Gießen), Claas Leschner (Neuendorf/Hiddensee), Marion Magas (Vitte), László Nagy (Debrecen/Ungarn), Peter Rausch (Berlin), Sabine Reichwein (Vitte/Hiddensee), Christiane Seefeld (Berlin), Wolfgang Schuster (Halle (Saale)), Christiane Wolff (Kloster/Hiddensee) und Pat Wunderlich (Rostock). Sie alle füllten das Projekt erst mit Leben.

Partnerorganisationen & Mitwirkende vor Ort

Elbland Kunsthalle Muskator e. V. (Anja Dietel, Riesa)

Evangelische Kirchengemeinde Kloster/Hiddensee (für die Möglichkeit zur Nutzung der Galerie am Torbogen)

Kunstverein Hiddensee e. V. (Jana Leistner, Mathias Buss)

Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmелager Gießen (Florian Greiner, Linus Maletz, Hanna Püschel, Mark Schiefer)

Niederlausitzer Sorbisches Museumsdorf Bloischdorf e. V. (Grit Neumann)

Seebühne Hiddensee e. V. (Wiebke Volksdorf, Karl Huck)

Sorbisches Kulturzentrum Schleife (Pascal Noack)

Sonntags-Club e. V. (Fae Kiefner, Nicole Otte, Peter Rausch)

Stiftung/Gedenkstätte Berliner Mauer (Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter)

Expertinnen & Experten (Podien)

Christopher Banditt (Co-Leiter Bereich Hochschulstudien, Zentrum für Qualitätsentwicklung in Lehre und Studium, Universität Potsdam)

Juliane Baruck (Projektleiterin »Hallo Bundestag«)

Burkhard Bley (Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur)

Fridtjof Florian Dossin (Bauhaus-Universität Weimar/Institut für Graue Energie)

Stephan Hilsberg (Politiker/Journalist)

Paula Kreutzmann (Universität Leipzig)

Jes Möller (Präsident des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg)

Nine-Christine Müller (Podcasterin/Moderatorin)

Gesine Oltmanns (Bürgerrechtlerin, Stiftung Friedliche Revolution)

Christian Rau (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin)

Hasso Spode (Technische Universität Berlin)

Tine Stein (Lehrstuhlinhaberin für Politische Theorie und Ideengeschichte, Universität Göttingen)

Juliane Tomann (Professorin für Public History, Universität Regensburg)

Barbara Wallbraun (Filmemacherin, Leipzig)

Zeitzeuginnen & Zeitzeugen (u. a.)

Heinrich Blum (Gießen)

Günter Buchenau (Halle (Saale))

Steffen Ferraro-Schmidt (Gießen)

Hermann Frankfurth (Wettenberg)

Margret Fromm Erich (Gießen)

Grit Günther (Kloster/Hiddensee)

Walburga Habsburg Douglas (Malmköping/Schweden)

Torsten Hahnel (Halle (Saale))

Dirk Haubold (Riesa)

Volker Herold (Riesa)

Anita Katzung (Gießen)

Peter Kleiner (Gießen)

Claas Leschner (Neuendorf/Hiddensee)

Matthias Leschhorn (Gießen)

Marion Magas (Vitte/Hiddensee)
Dietmar Müller (Gießen)
László Nagy (Debrecen/Ungarn)
Hermann Pfitzenreiter (Gießen)
Peter Rausch (Berlin)
Sabine Reichwein (Vitte/Hiddensee)
Christel Riemann-Hanewinckel (Halle (Saale))
Elke Schlegel (Gießen)
Wolfgang Schuster (Halle (Saale))
Christiane Seefeld (Berlin)
Siegfried Stempel (Gießen)
Christiane Wolff (Kloster/Hiddensee)
Pat Wunderlich (Rostock)

Produktion, Medien & Gestaltung

Johannes Romeyke (Kamera & Schnitt)
Andreas Feddersen (musealis GmbH; Koordination der Produktionsarbeiten)
Friedhelm Mund (Sounddesign Podcast-Features)
Johanna Bergk (Komposition)
Eric Jentzsch (zentralform; Grafikarbeiten & kreative Impulse)
Jan Köpsel (Website)

Moderation & Unterstützung

Liane von Billerbeck (Deutschlandradio; Moderation der Podien)
Petrus Beck, Maria Cunetchi, Emily Ebel, Constanze Roth (Unterstützung bei der Durchführung der Thementage)

Team GEDG

Marc Bartuschka
Christian Faludi
Lena-Marie Forkel
Leona Ludwig
Alexander Maser
Margarete Puhl
Sarah Traub

Impressum

Herausgeber

Christian Faludi

Lektorat

Marc Bartuschka

Projektteam

Marc Bartuschka

Christian Faludi

Lena-Marie Forkel

Leona Ludwig

Alexander Maser

Margarete Puhl

Sarah Traub

Gestaltung

Eric Jentzsch | zentralform

Auflage

150

Erscheinungsjahr/-ort

2026 Weimar

ISBN

978-3-949903-21-2

Kontakt

redaktion@gedg.org

www.gedg.org

GEDG Paper

Die von der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte verlegte Publikationsreihe »GEDG Paper« erscheint seit 2024 in unregelmäßigen Abständen. Gemeinsam mit Autorinnen und Autoren aus Forschung, Politik und Zivilgesellschaft veröffentlichen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts darin Studien, Analysen, Berichte und Handlungsempfehlungen zum Themenfeld Demokratiegeschichte. Die Ausgaben der Reihe werden als Broschur gedruckt und sind über die Webseiten der GEDG bestellbar und/oder stehen zum kostenlosen Download bereit.

Redaktioneller Hinweis: Die Entscheidung über die Verwendung gendergerechter Sprache oblag den Beitragenden. Eine redaktionelle Angleichung wurde nicht vorgenommen.

GEDG Paper #2 — 2026

UM/BRUCH. Möglichkeiten und Grenzen der Mitgestaltung in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft 1989 bis 1994. Teil 1

Dr. Marc Bartuschka ist Historiker aus Jena und wissenschaftlicher Referent der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte.

Dr. Christian Faludi leitet die Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte und zeichnet für die Umsetzung des Projekts sowie die Herausgabe der Reihe GEDG Paper verantwortlich.

Lena-Marie Forkel ist Historikerin aus Weimar und wissenschaftliche Referentin der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte.

Leona Ludwig ist wissenschaftliche Hilfskraft der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte.

Margarete Puhl ist Philosophin aus Berlin und wissenschaftliche Referentin der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte.

Sarah Traub ist Historikerin aus Mainz und stellvertretende Leiterin der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte.

Gefördert durch:



Gesellschaft zur Erforschung
der Demokratie-Geschichte



Die Beauftragte
der Bundesregierung
für Ostdeutschland